Der Neue

DER KUNFTIGE REKTOR UND SEINE POLITIK

VON MICHELSCHUMMER

Am 9. Februar wählte der Grosse Senat der Universität Prof. Dr. Volker Sellin zum Nachfolger von Prof. Putlitz für die Amtszeit vom 1.10.87 bis 30.9.91.

Sein Vorgänger hatte den oftzitierten Dialog mit den Studierenden nie richtig ernst genommen und begnügte sich mit Nicht-Stellungnahmen bzw. inhaltsleeren Worten. In seiner Amtszeit wurden das Hochschulrahmengesetz novelliert, die hiesige Zwischenprüfungsordnung verschärft, Vortragsreihen verboten, das Haus der Studierenden trotzdem eingeweiht und schliesslich, von all dem unberührt, die 600-Jahrfeier gefeiert. Wir fragen uns jetzt, was das neue Rektorat bringen wird.

Sellins Antrittsrede enthält einige positive Denkansätze, die jedoch allgemein genug gehalten sind, um uns über seine künftige Politik weiter im Unklaren zu lassen.

Zu einem klärenden Interview ist Herr Sellin vor Antritt seines Rektorats grundsätzlich nicht bereit. Bleiben als Quellen unserer Mutmaßungen nur seine Rede im Großen Senat und seine bisherigen Veröffentlichungen.

So spricht er sich z.B. aus für

- einen Ausbau der Universitätsautonomie
- eine Beibehaltung der Stärke des Lehrkörpers trotz sinkender Studentinnenzahlen



- Lehrveranstaltungen, an denen jede ihrer Qualifikation entsprechend teilnehmen kann
- einen höheren Frauenanteil an den Unis
- eine deutliche Erhöhung der Bafög-Ermessungsgrenzen und eine partielle Rückkehr zu nicht zurückzuzahlenden Zuschüssen
- die Abschaffung des NC auf absehbare Zeit.

Und er warnt vor

- einer Beibehaltung der Sparpolitik bei Investitionen und Sachmitteln
- einer Verschulung und Normierung der Studiengänge.

Von der Wiedereinführung der Verfassten Studentenschaft hält er nichts, sei denn, sie erfüllte eine sinnvolle Funktion in der Universität.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

Vorbild Frankreich?

VON CONSTANZE REINDERS

Über den "Dezember '86" in Frankreich werden schon einige diese oder jene Kurzmeldung gelesen haben. Doch ist es auch schon wieder ein gutes halbes Jahr her, daß die die Zeitungen davon berichteten und die Erinnerung daran ist inzwischen reichlich verblaßt. Daher soll im folgenden noch einmal kurz umrissen werden, worum es bei dieser Hochschulreform und dem Protest von seiten der Schüler/-innen und Studenten/-innen ging. Hier also die Fakten: Am 12. November 1986 legte der französische Wissenschaftsund Erziehungsminister, Alain Devaquet, einen 5 wesentliche Neuregelungen enthaltenden Gesetzesentwurf vor. Und so sahen diese Regelungen aus:

- Studienplätze sollten künftig nach universitätsinternen Auswahlverfahren vergeben
werden, die teilweise mit unserem "Numerus
Clausus" vegleichbar sind. Dies hätte den
Bruch mit der langen französischen Tradition
bedeutet, nach der, mit Ausnahme der
"Grandes Ecoles" (der Elitehochschulen), Auswahlverfahren aller Art bisher untersagt
waren.

- Die vorher landesweit ausgestellten Diplome sollten künftig den Namen der Universität aufführen, an der das Studium absolviert wurde. Zusammen mit den von Hochschule zu Hochschule variierenden Auswahlverfahren, hätte dies sicherlich zu einer Hierarchie der Universitäten geführt.
- Die Einschreibegebühren sollten um das Mehrfache von dem erhöht werden, was sie heute betragen. Die genaue Höhe der Gebühren wäre wiederum den einzelnen Universitäten überlassen geblieben.
- Die Promotionsregelung sollte dergestalt geändert werden, daß der französische Doktortitel unter den internationalen Standard gesunken wäre.
- Die führenden Positionen in den Universitätsgremien sollten künftig nur noch von ordentlichen Pofessoren/-innen eingenommen werden.

FORTSETZING AUF SEITE 2

Albrecht zieht uns aus bis aufs Hemd

STUDENTEN PROTESTIEREN IN NIEDERSACHSEN

VON ECKE BUND

Was sich an den niedersächsischen Hochschulen tut, grenzt schon an Legendenbildung. Blickten die deutschen Studierenden wie oft schon in der Geschichte voller Neid nach Frankreich und bejammerten das deutsche Schicksalsleid von Apathie und Resignation gegenüber ihrer immer schlechter werdenden Ausbildungssituation, so brachte der kalte Guß des niedersächsischen Kabinetts das Faß zum Überlaufen.

Die Verluste des Landes Niedersachsen aus dem Länderfinanzausgleich, sinkende Einnahmen aus Erdgas- und Erdölförderung und geringere Steuereinnahmen, z. B. durch Ausfall der Körperschaftssteuer von Seiten des angeschlagenen VW-Konzerns sollten durch Sparmaßnahmen wettgemacht werden: Rund 600 Millionen sollten zusammengekürzt werden - Leidtragender, wie fast immer: der Bildungsetat. Hier hauteWissenschaftsminister Joha les-Jöpken Cassens (CDU) gehörig in die Kerbe: knapp 150 Millionen DM Einsparungen setzte er allein für den Personalhaushalt der Hochschulen an.



Seit geraumer Zeit gibt es in Heidelberg keine Zeitung mehr, die sich mit studentischen Angelegenheiten befaßt. Um dieser Misere ein Ende zu bereiten, haben wir - die Redaktion (Studentinnen/en aus verschiedenen Fachbereichen) - uns seit Beginn dieses Semesters Woche für Woche im Studiehaus zusammengesetzt. Das Resultat -"SCHLAGLOCH" - liegt vor euch. Die Idee zu dieser Zeitung beruht auf dem Gedanden, zu aktuellen (studenten-) politischen und kulturellen Themen aus dem Raum Heidelberg und darüberhinaus zu berichten. Diese Zeitung ist als ein "Sprachrohr" zu verstehen, das den Informationsaustausch unter den einzelnen Fachbereichen fördern soll und z.B. kleinen Fakultäten die Möglichkeit bietet, aus ihrem Schattendasein herauszutreten. FORTSFTZUNG AUF SEITE 2

Mittel zum Zweck stellte ein rigoroser Stellenstop dar, der über 1 1/2 Jahre laufend 6200 Stellen kosten sollte. Es war geplant an den Hochschulen 371 Stellen zu streichen, das sind 3,5 % des Personals bei noch weiter steigenden Student/inn/enzahlen. Um ebendiese Zahlen zu senken, sollten "Systemschmarotzer und Bummelanten", so CDU-Abgeordnete, zur Kasse gebeten werden. 500 bis 1000 DM pro Semester sollten diejenigen an Studiengebühren aufzubringen haben, die länger als drei FORTSETZUNG AUF SEITE 4

Hochschule auf Elitekurs?

STUDIERENDE AUFDIE STRASSE

VON KLAUS DESTEREICHER

20 Jahre nachdem der Student Benno
Ohnesorg in Berlin während einer AntiSchah-Demonstration von einer Polizeikugel tödlich getroffen wurde, schafft
es die Studentenbewegung in der BRD
wieder, seit längerem die Nachrichtenund Kommentarspalten der Zeitungen zu
füllen.

Der Kampf der Studentinnen/en findet jedoch in einer grundlegend veränderten Situation statt. Vom Ende der 6Jer Jahre eingeleiteten Reformkurs, der eine Demokratisierung der Hochschule, Chancengleichheit sowie eine soziale Öffnung der Hochschulen einleiten sollte, ist nicht mehr allzu viel übrig geblieben. Der von der katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt ausgehende Druck- und Anpassungszwang, will mensch noch einen der wenigen begehrten Arbeitsplätze erhalten, tun ein übriges. Außerdem versucht seit 1982 die neue konservativ-liberale Bundesregierung,

FORTSETZUNG AUF SEITE 4



Frankreich . . .

FORTSETZUNG VON S 1

In Anbetracht der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der schlechten Studienbedingungen in Frankreich (1986 betrug sie dort laut "Libération" 25,8% und in der BRD 8,2%) konnte eine Reform, die eine engere Selektion sowie eine Aufteilung der Hochschulen in "Elite-" und "Ausschußuniversitäten' nach sich gezogen hätte, eigentlich nur auf Ablehnung bei den Studenten/-innen stoßen. Daß sie sich so stark dagegen wehren würden wie es dann tatsächlich der Fall war, hatte jedoch niemand erwartet: Schulen und Universitäten wurden bestreikt, landesweit demomstrierten bis zu 500 000 Schüler/-innen und Studenten/-innen an einem Tag. Die dadurch hervorgerufenen Reaktionen waren sehr unterschiedlich. Eltern, die im Mai '68 selbst auf die Straße gegangen waren, gaben sich überrascht, so viel hatten sie ihren Sprößlingen gar nicht zugetraut, und die linksorientierte Presse veröffentlichte immer wieder lobende Kommentare führender Intellektueller und Philosophen. Und leider gab es da auch noch, auf der anderen Seite des Spektrums, den diffamierenden Leitartikel im reaktionären "Figaro", demzufolge die Sudenten/-innen allesamt von "geistigem Aids" befallen seien, sowie die brutalen Einsätze der Polizei bei Demonstrationen und Krawallen im Laufe derer drei Studenten schwer verletet wurden und einer. Malik Oussekine. am 5.12. ums Leben kam.

Hinter den Protestkundgebungen standen die Forderungen, das "baccalauréat" (das ungefähr unserem Abitur entspricht) weiterhin als alleinige Hochschulzugangsberechtigung beizubehalten, die Diplome nach wie vor ohne Erwähnung der Universität auszustellen und die Einschreibegebühren, der üblichen Praxis entsprechend, landesweit festzulegen.

Die Schüler/-innen und Studenten/-innen konnten ihre Forderungen durchsetzen: Der Gesetzesentwurf wurde zurückgezogen, zwei Minister mussten gehen und die Regierung geriet - nicht zuletzt durch die unter Innenminister Charles Pasqua stehende Polizei und ihre Praktiken - in eine allgemeine Krise.

He, Sie!

FORTSETZUNG VON S.1

Wir denken, daß über Unifeten und sonstigen Klamauk hinaus, es noch viele weitere interessante und wichtige Themen und Aktivitäten gibt, über die etablierten heidelberger Zeitu gen entweder nur wenig oder gar nicht berichtet wird. Auch soll die Zeitung all diejenigen ansprechen, die z.B. einfach Lust am Schreiben haben, Gedichte verfassen oder über sonstige mögliche oder unmögliche Dinge berichten möchten. Sicherlich kann diese Kurzdarstellung nicht als eine absolut feststehende Richtlinie angesehen werden - d.h., wir womöglich für andere Ideen nicht aufgeschlossen wären. Unserer Meinung nach ermöglichen neue Ideen eine vielseitige Gestaltung der Zeitung, die unter Umständen den Rahmen herkömmlicher Zeitungen sprengen könnten. Wir hoffen, daß wir diesem Anspruch gerecht werden und richten nochmals den Apell an alle Studentinnen/en, unsere Arbeit zu unterstützen, so daß diese Ausgabe keine "Eintagsfliege" sein wird.

Kontaktadresse: AK-Zeitung . c/o Kastra Lauerstr. 1 Gibt einem der Ausgang dieses Gesetzesentwurfs nicht zu denken, insbesondere angesichts der bevorstehenden Novellierung des Landesunigesetzes, mit der auch badenwürttembergischen Studenten eine verstärkte Selektion ins Haus steht? Oder angesichts der neuen Zwischenprüfungsordnung hier in Heidelberg, die einhergehen soll mit Kürzungen der Studieninhalte, der Auswahl an Themen für Magisterarbeiten sowie der Bearbeitungszeit für Examensarbeiten. Wer träumt da nicht von einer Protestbewegung à la française! Doch wie schon die mehr als klägliche Teilnahme von Seiten der Studenten an der Heidelberger Demonstration vom 11.6. gezeigt hat, scheint kein großes Engagement aufkommen zu wollen. Der politische Defaitismus, die Überzeugung, hier in Deutschland habe sich durch Demonstrationen selten etwas geändert, es lohne sich daher gar nicht erst, gegen irgend welche Gesetzesentwürfe Protest zu erheben, scheint sich immer mehr breitzumachen, zusammen mit dem häufig beklagten Neokonservativismus der Jugend. Der eigene Strumpf wird mit mehr Fleiß und Aufmerksamkeit denn je gestrickt, von Angelegenheiten, die die Studenten/-innen ganz allgemein betreffen hālt man/frau sich lieber fern. Und dies obwohl einem bei Betrachtung der derzeitigen Studentenzahlen und der allgemeineb Arbeitsmarktlage klar werden muß, daß wohl die wenigsten es mit dieser Strategie zu etwas bringen werden. Denn für einen Aufbau- oder Sonderstudiengang qualifiziert man/frau sich nicht durch eine möglichst apolitische Einstellung. Vielmehr geht es um Leistung, Leistung und nochmal Leistung, die nur ein winziger Bruchteil der Studenten/ -innen bringen können. Da ist eine Reaktion wie die der französischen Schüler/ -innen und Studenten/-innen, die sich übrigens als betont unpolitisch verstanden wissen wollten, wohl wirkungsvoller und, wie das Beispiel Niedersachsen zeigt, auch in

Bleibt die Hoffnung, daß sich die Studenten/-innen hierzulande auch noch aus der Reserve locken lassen und die Beruhigung, daß der Bogen selbst in Frankreich erst einmal überspannt werden mußte, um die vorher in diesem Punkte eher trägen Studenten/-innen auf die Straße zu treiben.

Deutschland möglich.

Der Neue . . .

FORTSETZUNG VON S. 1

Herr Sellin legte 1968 hier sei Rigorosum ab und wurde 1980 auf eine C4-Stelle für neuere Geschichte berufen.
Von 82 bis83 war er Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät. Seine Publikationen beschäftigen sich hauptsächlich mit der politischen und sozialen Geschichte des 19. Jahrhunderts, was seine Einstellung zur Gegenwartsgeschichte nicht sehr erhellt.
Trotz der teilweise positiven Ansätze und der schönen Worte darf nicht übersehen werden, dass

- er eine Vergrößerung des Freiraumes der Forschung fordert (im Zusammenhang mit der ERhaltung der Lehrkörperstärke). Das in einer Zeit, wo sich die Drittmitteleinkünfte innerhalb eines Jahres mehr als verzehnfacht haben, an denen die DFG (Deutsche Forschungs Gesellschaft) nur zu einem Drittel Anteil hat, d.h. der Rest aus nichtstaatlichen Ouellen kommt.
- er die ERhöhung des Bafögs u.A. mit * der Verkürzung der Studienzeit begründet
- er zwar mehr Autonomie der Universitäten fordern kann, es folglich aber mit dem Wissenschaftsministerium aufnehmen muss, dem die Unis weisungsgebunden sind.

In Beantwortung einer Frage sagte Sellin im Großen Senat, er könne als Rektor den Studenten das Angebot größtmöglicher Zusammenarbeit und rechtzeitiger Information machen. Wir dürfen gespannt sein.

Martin Allrecht
MIT BRENNENDER GEDULD

Zühne der Zeit an den Mauern der Macht
Und die Verlündeten der Zeit feiern
Im Schutz der Nacht
Bei Wein und Poesie
Ihre geheime Anarchie.





NEWS

SCHLAGLOCK

MÖLLEMANN FORDERT NEUE STUDENTENVERTRETUNG

BONN (dpa). Bildungsminister Jürgen Möllemann (FDP) möchte eine neue Bundesvertretung für die 1,3 Millionen Studenten schaffen. Dabei sollten alle Gruppen und politischen Richtungen repräsentativ vertreten sein. Denkbar sei eine Art Bundes-Studenterparlament mit einem demokratisch gewählten Sprecherkreis, erläuterte Möllemann. Ein solches Gremium könne durch eine Novelle des Hochschulrahmengesetzes oder durch ein eigenständiges Gesetz noch in dieser Legislaturperiode geschaffen werden. Der Bildungsminister beklagte, daß die in Bonn ansässige Organisation der Vereinigten Deutschen Studenterschaften (VDS) heute nur noch einseitig von kommunistischen Gruppen dominiert sei. Auch Jungsozialisten und Grüne arbeiteten dort nicht mehr mit. Die VDS setzten sich aus Vertretern der Allgemeinen Studentenausschüsse (AStA) an den Hochschulen zusammen. Große Studentengruppen, wie beispielsweise der unionsnahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), sind dort nicht vertreten, weil sie an keinem AStA beteiligt sind. Einige Hochschulen haben auch die Mitarbeit beim VDS aufgekündigt.

VIERMAL PROFESSOR

BONN (dpa) - Professor ist nicht mehr Professor. Gleich viermal gibt es künftig diese Amtsbezeichnung für den Hochschullehrer, fein sortiertnach der jeweiligen Tätigkeit: "Universitätsprofessor", "Professor an einer wissenschaftlichen Hochschule", "Professor an einer Kunsthochschule" und den nur "Professor". Letzterer wird vornehmlich an den Fachhochschulen anzutreffen sein. Bei allen Titeln sind natürlich auch komplizierte Sonderfälle möglich.

Die neuen Titel schuf der Bundestag mit einem "Gesetz zur Anderung des Bundesbesoldungsgesetzes", fast unbemerkt und ohne Aussprache und in seltener einstimmigkeit am 5. Dezember. Mehr Besoldung gibt es mit den neuen Titeln nicht. Zwingend notwendig wurde die Anderung, weil hunderte Hochschullehrer erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe geklagt hatten. Ihnen war der einfache Professorentitel zu schlicht. Am liebsten hätten sie sich wieder "ordentlicher Professor" genannt. Das war dem Gesetzgeber aber dann doch nicht recht.

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundesfraktion, Werner Broll gab schriftlich zu Protokoll: "...feinsinnige Unterscheidungen, welche die Eitelkeit der einen befriedigen die der anderen verletzenwerden - hoffentlich nur in jenem Maße, das solchen Äußerlichkeiten angemessen ist." Der Bundesrat muß der Änderung am 19. Dezember noch zustimmen. Er hätte am liebsten sechs Professoren titel gehabt.

Unser Gastkommentar:

Thilo Koch: Wenn Göttingen Schule macht

EINE NEUE PROTESTGENERATION AN DEN UNIVERSITÄTEN FORDERT DEN STAAT HERAUS

So weit ist es gekommen. Eine der nuhmneichsten deutschen Universitäten kann ihr zweihundertfünfzigjähriges Zestehen nicht teienn. kunn den Bundespräsidenten nicht ehnen, weil es studentische Demonstrationen so wolfen. Die Öffentlichkeit scheint Kisher nicht recht zu verstehen, was hier in Gättingen passient ist Ein Universitätsjukitäum, eines unter vielen - nun ju. die Kupitulation eines Universitätsteleitung und eines Lundesregierung vor mutmaßlichem Tenror - vielleicht war das weise, der Klügere aibt bekanntfich nuch.

So kann man den Fall Göttingen sehen. Aber darl mun? Muß wan sich nicht fragen, auf welchem Hintergrund sich die Blamage abspielte, welche Tendenzen sich hier akzeichneten, wofun die Kontrahenten der Auseinandersetzung jeweils stehen? Um es kunz und Bundig zu sagen: Des Mehsheit unserer Studenten paßt die ganze Richtung nicht, die Richtung, in die unsere Demokratie Bundesrepublik Deutschland geht. Dabei ist es notabene gleichgültig, ob in Bonn ein Helmut Schmidt oder ein Helmut Kohl Kanzler ist. Antiautoritäre Stoatsneadnossenheit, das ist die Grundströmung, aktuelle Unzufriedenheiten. zum Teil Berechtigte, kommen als Schaumknonen dazu.

Worauf nun trifft diese Protest- und Verweigerungshaltung eines großen, ja des tonangelenden Teils unseren akademischen lugend? Tatsächlich auf repressionslüsterne Autokraten, auf "ein rechtes Kantell" der Meinungsund Medienhierarchen? Absolut nicht, sondern auf eine tief verunsicherte Gesellschaft und eine Altere Generation, denen politische Repallsentanten fast ausnahmslos friedliche Bürger sind, die sich in Ruhe des enrungenen Wohlstandes erfreuen möchten.Notgedrungen schickt man gegen Gewalttüter die Polizei an die Front, aber wiederum Berlin-Kreuzberg hat gezeigt, wie ohnmachtig der ganze riesige Apparat des liberalen Rechtsstaates einer Handvoll entschlossener Terroristen gegenüberAnders als in Kneuzhera ist den Staat in isttingen east aan nicht zum Kampl angetreten. Die erwarteten Chaoten und Schlager manschienten ins Leene. Alles blieb friedlich. Genauso friedlich wie iede ungeschlagene Schlacht allauft. Rei der eine der Reiden Armeen non jeden Feindbenührung davonläuft. Leiden muß man zu solch militärischen Veraleichen kommen, weil Kneuzkenn und davon die Frankfurter Starthahn-West und unzählige undere "Treffen" Schlachtfeldern glichen. Wein, es lahat kein Weg an der Einsicht borbei. daß der Ministerpräsident von Niedersachsen und den Universitätspräsident von Göttingen einen Kampl verlorengalen, den durchaus nicht verlorengehen mußte.

Gewiß, es wird in diesem Ringen mit der Jugend und um die Jugend keine endgültigen Siege und Sieger geßen. Wir haßen es mit einer Strömung zu tun, die die Grundlesten unserer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ordnung Bedricht. Wenn die Protestgeneration – es ist schon die zweite oder dritte seit 1968 – an die Schalthekel der Macht in Staat und Gesellschaft kommt, dann ist uns das sicher: Chaos, Anarchie, Rückkchr in vorindustrielle Armut und Aßhängigkeit. Selßstaufgaße gegenüßer den Radikalen und Totalitären im Inneren und von außen.

Dagegen gilt es Widerstand zu leisten, zivilen, legalen und legitimen Widerstand, Das Wesen und die Unsachen jener Grundströmung zu untersuchen ist ein Gebot der Stunde, spätestens, seit in den Universitätsstädten die Grünen die Hallte der jungen akademischen Wühler für sich gewinnen. Aker zum Verstehen- und Beeinflussenwollen muß die hante Entschlossenheit kommen, den Kampf aufzunehmen, auszutragen und durchzustehen. Wenn Göttingen Schule macht, dann wehe diesem ersten guten, soliden und freiheitlichen Staat, den wir Deutsche je hatten in unser jammervollen Geschich-

aus: Darmstädter Echo vom 9.6.1987

Schwul-lesbische Demo

ÜBER 500 AUS SÜDDEUTSCHLAND KAMEN NACH HEIDELBERG

YON MIGHEL SCHUMMER

Am Samstag, 20. Juni zogen etwa 4-500 Lesben, Schwule und andere vom Uniplatz ausgehend durch die Altstadt. Während der Demonstrationszug lärmend und kreischend durch die Plöck runter und die Hauptstraße hochzog ("Wir sind die schwulen Tanten und grüßen die Passanten", und "Erbarmen, zu spät, die Lesben kommen"), erhielt er regen Zulauf von Passanten, bis dieser auf eine Stärke von 5-600 angewachsen war.



Unterdessen verteilten andere an die staunenden und ein wenig verunsicherten in der Mehrheit jedoch schlicht neugierigen ZuschauerInnen Zettel, welche eine Gleichberechtigung Hetero- mit Homosexuellen fordert ("Wir verlangen deshalb ferner,dass Heterosexuelle aufgrund ihres bekanntermaßen risikoreichen Sexualverhaltens (Dienstreisen, Betriebsausflüge, Faschingsparties,o.ä.) nun wegen Aids mit Zwangsmaßnahmen bedroht werden.")

Auf der Abschlusskundgebung dann sprach kurz ein Vertreter des Bundes-verbandes Homosexualität, nachdem zuvor die DKP grüßen liess.Noch kürzer fasste sich eine Vertreterin der Tunten Zimova, in einen Traum von Kleid gehüllt. Sie grüßte auch.

Es folgt W.L.Williams, Vorsitzender der International Lesbian and Gay Association, ILGA.Er zitierte hauptsächlich aus seinem Buch über die Vermischung von männlich und weiblich in der indianischen Kultur.

Harald von der Schwup, dem Schwulpolitischen Arbeitskreis formuliert
noch einmal die Forderungen der Schwulen: Keine Aids-Zwangstests, stattdessen mehr Geld hür die Aids Hilfe,
Abschaffung des §175...

Für die Lesben hielten Heike Schiller und Jutta Oesterle-Schwerin (MdB, die Grünen) eine schöne Doppelrede. "Es gibt in Deutschland 2 Millionen Lesben. Aber wo sind die denn?" Sie finden diese in erster Linie dem Bedürfnis des Mannes untergeordnet und fordern u.a. eine juristische Gleichstellung von Ehe und lesbischer Lebensgemeinschaft und eine Erweiterung des Nichtdiskriminierungsparagraphen auf sexuelle Orientierung.

Eigentlicher Anlass der Demo und anderer Demos im ganzen Bundesgebiet ist der Christopher Street Day, der Tag an dem vor 18 Jahren New Yorker Schwule sich zum ersten Mal gegen eine Polizeirazzie wehrten, und erkannten, dass sie eigentlich (Gemeinsam) ganz schön stark sind.

Da in HD in diesen Tagen gerade der Weltsexologenkongress tagte, legten die VeranstalterInnen die Demo um eine

Woche vor. um einen aktuelleren Bezug zu haben.

So sprachen im Anschluss an die Lesben zwei schwule Vertreter dieses Kongresses, Rolf Gindorf, Soziologe aus Hamburg und John de Cecco, Psychologieprofessor aus San Francisco.
Sie schilderten, dass auf diesem Kongress zum ersten Male schwule Wissenschaftler als solche aufgetreten seien, was bei den Kollegen einige Verlegenheit hervorgerufen hätte. Gindorf berichtete ausserdem von einem Gerichtsurteil,das einer geschiedenen Frau, die mit ihrer Freundin zusammenlebt, die Kinder aus der Ehe mit dem Mann zuspricht.

De Cecco wollte sein Herz gerne noch an einen Heidelberger verlieren nur ginge sein Zug schon um Sechs.

In der BRD gibt es ungefähr 4 Mio. Homosexuelle. In Heidelberg ca 6000, davon allein 1500 StudentInnen. Es ist deshalb einerseits ein Armutszeugnis, wenn nur so wenige demonstrieren kommen man blicke nur neidisch in die USA. Andererseits aber ist es überhaupt schön, dass für einige Stunden ein wenig Leben in unser Provinzstädtchen kam.

Die Demonstration jedenfalls wird in vielen japanischen Fotoalben dokumentiert sein.

Justiz in Heidelberg

3 MONATE KNAST FÜR EIN FARBEI

VON NICOLE STEBELER

Ein Jahr feierte die Heidelberger Uni mit Pomp und Tralala ihren 600sten Geburtstag. Kaum waren die Jubelgäste abgereist und die Talare wieder eingemottet, da machte sich die Heidelberger Justiz in bewährter Weise ans Werk. Anlaß waren die Ereignisse im Mai 1986: gegen das 125jährige Jubiläum des DIHT (Deutscher Industrie- u. Handelstag) am 14. Mai in der Stadthalle fand eine Demonstration mehrerer hundert Menschen statt.Den Abschluß der Demonstration bildete die kurzzeitige Besetzung des DIHT-Jubiläumszeltes auf dem Uniplatz. In diesem Zelt konnte Mann/Frau sich über die grandiosen Leistungen des DIHT mittels Stellwänden, Monitoren, Broschüren etc. informieren. Bei der Besetzung wurden Broschüren herumgeworfen, mit Farbe gesprüht und Farbeier geworfen. Fußend auf den Aussagen eines Aktivbürgers und eines Polizisten (Staatsschutz)wurde während der Besetzung Simon B. stellvertretend herausgegriffen und

verhaftet.Nach Fersonalienfeststellung wurde er wieder freigelassen.Ihm wird vorgeworfen,er habe ein Farbei geworfen. Welche Folgen hatte das nun? Wegen mittäterlicher Sachbeschädigung

wegen mittaterlicher Sachbeschadigung erging ein Strafbefehl in Höhe von 1200 DM.Im anstehenden Zivilprozeß sind etwa 10000DM an Schadensersatzforderungen zu erwarten.

Aufgrund des eingelegten Einspruches kam es zur Verhandlung vor dem Amtsgericht Heidelberg, die am 15.1.1987 stattfand. Erfreulich die Solidarität die durch den gefüllten Gerichtssasl augenscheinlich wurde. Die Zeugenvernehmung bot das in linkspolitischen Prozeßen durchaus gewohnte Bild: Die beiden Hauptbelastungszeugen bogen sich ihze Aussagen nach Wunsch zurecht. Während der Zeugenaussage glänzte der Richter mit der Feststellung, daß angesichts der "Verwüstungen" (laut DIHT waren die Sachschäden nach kurzer Zeit beseitigt, RNZ vom 15.5.1987) eine An-

klage auf Landfriedensbruch möglich sei. Der Staatsanwalt griff dies natürlich auf und plädierte auf schweren Landfriedensbruch. Der Antrag des Verteidigers auf Aussetzung der Verhandlung begründet mit der ungleich schwereren Anklage - wurde von dem Richter mit der lapidaren "Begründung" abgelehnt. daß er als erfahrener Rechtsanwalt dies ohne Vorbereitung kennen müsse.Sämtliche weiteren Beweisanträge des Verteidigers wurden dann auch von dem Duo Richter/Staatsanwalt abgelehnt.Während einer Verhandlungspause traten dann noch einmal diejenigen Zivilbullen auf den Plan, die kurz zuvor im Prozeß ausgesagt hatten: Reinhard T. wurde festgenommen, weil er angeblich auch an der Zeltbesetzung teilgenommen haben soll und nun erkannt worden sei:Michael S., weil er der Verhaftung von Reinhard T. Widerstand geleistet haben soll. Mittlerweile ist dieses Verfahren gegen eine Geldbuße von 250DM eingestellt worden.Der weitere Prozeßverlauf bis zur Urteilsverkündung brachte nichts

Newes mehr. Dieses Stück Bundesrepublikanischer Wirklichkeit endete mit drei Monaten Gefängnis (wegen einfachen Landfriedensbruchs) auf zwei Jahre Bewährung und 500 DM "Bußgeld" an die Polizeistiftung(1) Baden- Württembergs. Die Staatsanwaltschaft, die das überaus milde Urteil natürlich erzürnte, legte am 16.1.1987 Berufung ein.mit der Begründung, angesichts der Schäden hätte eine Verurteilung auf schwerem Landfriedensbruch erfolgen müssen. Uber die Hintergründe dieser Prozesse informiert eine Broschüre des AK Politische Justiz, die im KASTRA, Lauerstr. 1 gegen eine Spende erhältlich ist.In dieser Broschüre finden sich Artikel zur Geschichte des DIHT, des Landfriedensbruchs und der politischen Justiz in Heidelberg.

Zur Deckung der Prozeßkosten bitten wir um eine Spende auf das Konto des Rechtshilfefonds Heidelbergs Kontonummer:10828543300.BLZ 67210111.Bank für Gemeinwirtschaft,Stichwort:Jubiläum.

Elitekurs . . .

FORTSETZUNG VON S. 1

ihr hochschulpolitisches Elitekonzept durchzusetzen. Was anfing mit der Streichung des Schülerbafögs und der Umstellung des Studentenbafögs auf Darlehensbasis, endet noch nicht mit der Verabschiedung des neuen Rochschulrahmengesetzes (HRG) 1985 sowie dessen Umsetzung in den einzelnen Bundesländern, in welchem Zusammenhang auch die jeweiligen Studentenproteste in den einzelnen Ländern stehen.

HRG

Das neue HRG enthält als wesentliche Punkte eine Stärkung der Stellung der Ordinarien gegenüber den Studentinnen/ en, wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen/en,eine Feststetzung der Regelstudienzeit auf 8 Semester für Unis und 6 Semester für FHs, eine Erleichterung der Drittmittelforschung sowie als Kann-Bestimmungen Steilkurse und Elitestudiengånge mit gesonderten Eingangsprüfungen. Diese können neben Klausuren auch Auswahlgespräche mit den jeweiligen Professorinnen/en sein. Hinzu kommt kommt, daß die Einführung derartiger Kurse kostenneutral geschehen soll und diese somit zu Lasten der bisherigen Studiengänge gehen werden, so daß für eine kleine Minderheit eine gute Ausbildung ermöglicht wird auf dem Rücken der großen Mehrheit, die in kurzer Zeit durch ein Schmalspurstudium geschleust werden soll.

Schon heute wäre der Universitätsbetrieb ohne Drittmittel von staatlichen (z.B. Deutsche Forschungsgemeinschaft) oder halbstaatlichen Stiftungen wie zum Beispiel der Volkswagenstiftung oder der Industrie kaum mehr aufrecht zu erhalten. Die neuen Bestimmungen sehen vor, daß die Ergebnisse nicht mehr veröffentlicht werden müssen und daß Genehmigung und Finanzierung der Forschungsprojekte der Kontrolle der Univerwaltung und der Öffentlichkeit entnogen werden können. Dies geht einher mit der stetigen Kürzung der staatlichen Ausgaben für die Hochschulen, d.h. die Universitäten sind gezwungen, sich Drittmittelaufträge der Industrie zu besorgen. Unter dem Stichwort "mehr Markt" soll der Konkurrenzkampf unter den Hochschulen um Aufträge und StuHochschulen geraten mehr und mehr in Abhängigkeit vom Geldbeutel der Großkonzerne und die vielbeschworene Freiheit der Forschung hat sich dem Wille der Industie unterzuordnen. Dies bleibt natülich nicht ohne Aus-

wirkungen auf die Studieninhalte.
Gesellschaftskritische Themen werden
ausgeklammert und statt Forschungen
zur Lösung der drängenden Probleme
wie Frieden, Umwelt usw. wird einseitig High-Tech-Forschung mit dem Ziel
leicht an die Industrie transferierbarer Forschungsergebnissen ohne Risiko- und Folgenabschätzung betrieben.
Für die Geisteswissenschaften bleibt
dann nur noch auf Sparflamme betriebene Akzeptanzforschung (Maßnahmen, die
die Umsetzung und die Aufnahme der High
High-Tech-Technologieen in der Bevöl-

In den Ländern

kerung erleichtern sollen).

derzeit sind die Wissenschaftsministerien der einzelnen Länder damit beschäftigt, ihre Landeshochschulgesetze dem HRG anzupassen.

In Niedersachsen sollen zusätzlich zu den oben aufgeführten Bestimmungen Studiengebühren von 500 DM pro Semester für Seniorenstudentinnen/en und für diejenigen Studentinnen/en eingeführt werden, die die Bafög-Höchstförderungsdauer um drei Semester überschreiten. Aufgrund der Studentenproteste wurde die Verabschiedung auf Anfang 88 vertagt und außerdem der Steilkursparagraph aus dem Entwurf genommen. In Bayern soll eine modifizierte Ewangsexmatrikulation eingeführt werden, indem bei Überschreiten der Grundstudiumsdauer um 2 Semster bzw. der gesamten Studiendauer um 4 Semester die Zwischen bzw. Abschlußprüfungen automatisch als nicht bestanden gelten bei zweimaliger Wiederholbarkeit der Prüfungen innerhalb kurzer Frist. Neben befristeter Immatrikulation, zum Beispiel nur bis zum Vordiplom oder der Zwischenprüfung, sollen auch Studiengebühren für die Teilnahme an weiterführenden Studien eingeführt werden. Dies sind neben Aufbaustudiengängen Zweitstudien und Studien an Universitäten für FH-Absolventinnen/en. ZUsätzlich soll der Datenschutz bezüglich der Erhebung und Verarbeitung personenbezogemer Daten, also Daten zur Person, zum Hochschulzugang sowie über Studienverlauf und Prüfungen, aufgeIn Nordrbein-Westfalen werden aufgrund der Proteste die in Diskussion
gebrachten Studiengebühren nicht eingeführt und die Anpassung der Hochschulgesetze auf Anfang 88 verschoben.
Außer den Elitestudiengängen und
Steilkursparagraphen, die gestrichen wurden, lehnt sich der übrige
Landeshochschulgesetzentwurf an das
HRG an.

In Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wurden bereits HRG-konforme Landeshochschulgesetze verabschiedet, in
Baden-Württemberg und in Berlin liegen
derartige Referentenentwürfe auf dem
Tisch. Das Saarland, Bremen, Hessen und
Hamburg haben noch keine Landeshochschulgesetzentwürfe veröffentlicht.
Mit klassischen Reformvorstellungen haben diese Gesetze nichts mehr gemein,
außerdem ist nicht zu erkennen, wie sie
zur Lösung der Probleme der Hochschule
beitragen sollen.

Seit dem Ende der Hochschulexpansion stehen die Hochschulen u.a. in einer permanenten finanziellen und personellen Krise. Seit Anfang der 70er Jahre sind sie bei steigendem Bundeshaushalt mit laufenden Stellenstreichungen und Ausgabenkürzungen konfrontiert. Besonders die ärmeren Bundesländer wie zum Beispiel Niedersachsen spielen hierbei die Vorreiterrolle.

Die Ausbildungskapazitäten der Hochschulen orientieren sich an einem in den neunziger Jahren erwarteten Rückgang der Studentinnen/en-Zahlen, so daß die Universitäten heute im Durchschnitt zu 175% überlastet sind. Das Verhältnis zwischen Personal sowie finanziellen Aufwendungen und der Anzahl der Studentinnen/en ist bereits wieder schlechter als in den 60er Jahren. Die permanente Unterfinanzierung der Hochschulen erleichtert außerdem den Umstrukturierungsprozeß in der Hochschulforschung. Seitdem Bundesbildungsminister Möllemann andeutete, daß der Wettbewerb unter den Hochschulen, der erst noch so richtig angeheizt werden soll, auch die Schließung der schlecht abschneidenden Hochschulen erfordern werde, solidarisieren sich auch immer mehr Dozentinnen/en und Professorinnen/en mit den protestierenden Studentinnen/

Daß es bei dieser Auseinandersetzung nicht nur um abstrakte und abgehobene Gesetzesvorhaben der jeweiligen Regierungen geht, zeigt sich hier in Heidelberg zum Beispiel an der Einführung der neuen Zwischenprüfungsordnung oder der Tatsache, daß wir dieses Jahr das traurige Jubiläum der 10-jährigen Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft in Baden-Württemberg und Bayern feiern dürfen.

Bafög

Nachdem Rückgang der Gefördertenquote von 1982 35% auf 1985 27% und die Umstellung auf Volldarlehen dafür sorgten, daß der Anteil der Studentinnen, en aus unteren unteren und mittleren Schichten von 1982 57% auf 1985 52% zurückging, tun die Studiengebühren ein übriges, daß die Hochschulen mehr undmehr den Studentinnen/en aus reichem Baus vorbehalten bleiben.

In diese Richtung gehen auch die neuesten Vorschläge aus dem Bundesbildungsministerium zur Schließung des sogenannten Mittelstandslochs bei der Ausbildungsförderung. Statt über eine ausreichende soziale Absicherung der Studentinnen/en durch den Staat, wird über Bildungssparen, ähnlich dem Bausparen, verbilligte Kredite bei Banken, Bürgschaften durch den Staat, Umschichtung des Kindergeldes und andere privatisierte Lösungen nachgedacht, die alle gemeinsam haben, daß sie die Haushalte, deren Kinder studieren, stärker belasten und zudem die Studentinnen/en noch stärker und länger als bisher von ihren Eltern abhängig ma-

Neueste Überlegungen im Bundesbildungs-

ministerium gehen dahin, auch den Dachverband der studentischen Interessensvertretungsorgane, die Vereinigten Deutschen Studentenschaften, in denen alle Asten vertreten sind, abzuschaffen mit dem Argument, daß diese einseitig . von kommunistischen Gruppen dominiert sei und durch ein Bundesstudentenparlament zu ersetzen, "um bei unmittelbar die Studenten betreffenden Fragen wieder einen demokratisch legitimierten Gesprächspartner zu haben". Hiermit will sich Möllemann durch Eingriffe in die studentische Autonomie sich ihm genehme Gesprächspartner verschaffen. In diesem Zusammengang zeigt auch eine Bemerkung von Frau Wisniewski (MdB, CDU), Professorin in Heidelberg und in der letzten Legislaturperiode Berichterstatterin für das Hochschulrahmengesetz, daß nämlich, wie die Forschung ergeben hätte, die Entwicklung und die Begabung nachhaltig von den Genen bestimmt sei und daß dies natürlich auch gewaltige bildungspolitische Auswirkungen habe (FR, 21.5.87), wie sehr die rechte Ideologie dabei ist, die Hegemoim hochschulpolitischen Bereich zu

Albrecht .

FORTSETZUNG VON S. 1

Semester über der Bafög-Förderungshöchstdauer an den Unis zubringen. § 40 des Entwurfs zum Niedersächsischen Hochschulgesetz sah die Zwangsexmatrikulation nach Überschreiten der doppelten Regelstudienzeit vor.

Mit dem Paket von Studienverschärfungen konfrontiert, wachten die Studierenden auf. 22 Hochschulen traten Anfang Mai in den Streik, Aktionen von Elsfleht bis Göttingen, von Clausthal bis Oldenburg fanden statt. Zehntausende demonstrierten in Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Göttingen und nochmal Hannover. "Wir haben nichts zu feiern", sagten die Student/inn/en, und die Uni Göttingen muß angesichts der 50.000 Demonstrant/inn/en den Festakt zum 250jährigen Be-



stehen, einschließlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Bundespräsident Weizsächer, ablasen. Göttingen erlebt seine bisher größte Demo und das größte Polizeiaufgebot.

Was bewegt die Studierenden zum Protest? 124.000 studieren unter einer Überlast von 150 % auf 81.000 Studienplätzen. Oft sind mangelnde Praktikumsplätze Ursache von Studienverzögerungen. Stellenstreichungen würden eine zusätzliche Verlängerung des Studiums bedeuten. Sparmaßnahmen würden dringende Erneuerungen

verhindern. "Das Verhältnis von Dozent/in zu Student/in hat sich in den
letzten Jahren von 1: 13 auf 1: 22
verschlechtert", so der hannoveraner
Uni-Prasident Seidel. "Die Uni Hannover hat in den letzten fünf Jahren
netto über 120 Stellen bei noch steigenden Studentenzahlen abgeben müssen."

Es fliegen raus die Jobber, es bleiben nur die Popper

Viele Studierende müssen für ihren Lebensunterhalt jobben. Für Studierende mit Kindern ist der eigene Verdienst die wichtigste Binnahmequelle. Der Bafög-Anteil an der Finanzierung sank von 37 % (1982) auf 27 % (1985), teilt die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes mit.

Die Studiengebühren stoßen so auf den

erbitterten Widerstand. Gartenbau und Landespflegestudent/inn/en rechneten dem Leiter des Fraktionsbü^sros der Landtagsfraktion der CDU, Dr. Gerold, vor, daß im Fach Landespflege 9 Semester Bafög gezahlt werde, die durchschnitt-



liche Studiendauer jedoch 14,2 Semester betrage und damit die Mehrzahl der Student/inn/en von mehreren Semestern Studiengebühren betroffen sei. Frage, der Studierenden: "Ein Student der Landespflege, der eine Familie zu versorgen hat, ist mit erhöhten Aufwendungen belastet. Nach 9 Semestern erhält er kein Bafög mehr und benötigt infolge seiner Nebenarbeit eine entsprechend längere Studienzeit. Außerdem sind Studiengebühren aufzubringen. Dies bedeutet eine zusätzliche Verlängerung des Studiums." Dr. Gerold: "Das haben wir bedauerlicherweise in unserer Regelung nicht berücksichtigt... Wenn es zuviele Ausnahmeregelungen gibt, können wir die Studiengebühren gleich fallen lassen.."

Für die Konzerne?

Viel Unmut erzeugte auch das Vorhaben der Landesregierung durch Stellenverschiebungen die Reformuniversitäten Oldenburg und Osnabrück mit Schwerpunkt Geistes- und Gesellschaftswissen-



schaften zugunsten des Forschungsvierecks Hannover, Braunschweig, Göttingen, Clausthal zu benachteiligen. "Schon kurzfristig setzt eine Vernichtung von Oualifikationsstellen ein, mittelfristig werden aber noch viel mehr Arbeitsplätze durch den Abbau ganzer wissenschaftslicher Fächer und Schwerpunkte bedroht", so der Präsident der Uni Oldenburg in seiner vom Konzil beschlossenen Vorlage gegen die Sparmaß-

Für den Forschungspool des Wissenschaftsministeriums dagegen sollen 60 neue Stellen geschaffen werden. Die Studierenden befürchten, daß wenige Eliteinstitutionen im Sinne eines Renommierprojektes "Forschungsland Niedersachsen" aufgepäppelt werden, während kritisch forschende Fachbereiche und die Ausbildung für viele am Boden liegen soll. Es geht eben nicht nur ums Sparen, sondern um die Nutzbarmachung der Hochschulen für die Interessen der Industrie.

Das Humboldtsche Bildungsideal scheint nicht die Maxime der Konservativen und Liberalen im niedersächsischen Landtag zu sein. In dies Bild paßt, daß Studiengebühren auch für Seniorenstudent/inn/en erhoben werden sollen.

Betteln gegen Albrecht

Ihre Rechnung hatte die Landesregierung jedoch ohne den Wirt gemacht. Eine unglaubliche Fülle von Aktionen verschiedenster Herangehensweisen brach über sie herein und konfrontierte die Mandatsträger mit der breiten Ablehnung ihres Sparprogramms: 15.000 Menschen blockierten die hannoveraner Innenstadt am 14.5., ein Riesensparschwein, auf dem ein kopfloser Albrecht ritt, wanderte mit Unterstützung der grünen Landtagsfraktion in die Bannmeile. Eine überdimensionale Torte mit Pleitegeier verziert platzte in die Jubiläumssitzung des Landtags. Ein andermal requete es falsche 500-Mark-Scheine mit Albrechts Konterfei in die Abgeordnetenbänke. Allgegenwärtig wild gestikulierende Mandatsträger und Presseleute, die meist sehr wohlwollend und reichhaltig von den Happenings berichteten.

Unter dem Motto "Albrecht zieht uns aus bis aufs Hemd" hängten 50 Studierende ihre Kleider auf eine neben dem Landtagsgebäude gespanntenWäscheleine



"Uns stinkt die Politik des Wissenschaftsministers", eine Fuhre Mist landet vor Minister Cassens Amtssitz, angekarrt von Student/inn/en der Tierärztlichen Hochschule Hannover. Kanuten paddeln in die Bannmeile, ein Transparent wird entrollt: "Albrechts Politik geht baden. "Als Minister ICH WILL ABER NICHT RAUS cassens die Hannoveraner SEIN !!! Uni anläßlich einer Labor besichtigung besucht, wird er von mehr als 3000 Pro-0 testierenden eingekesselt und darf sich erst nachdem er über eine Stunde Rede und Antwort geständen hat aus dem Demonstrationspulk herauswinden.

"Die Ratten verlassen das sinkende Schiff" - eine Fahrraddemo startet nach Nordrhein-Westfalen, wo die Studiensituation noch besser sein soll. Die Studierenden suchen den Kontakt zur Bevölkerung: E-Techniker/innen reparieren Elektrogeräre am Raschplatz und diskutieren mit der Bevölkerung. Eine "Aktion Verkehrsberuhigung" läuft am Klagesmarkt-Kreisel. Im Uhrzeigersinn werden die Fahrzeuge angehalten, Flugblätter verteilt. Während mensch mit den Autofahrer/inne/n diskutiert, wer den ihnen (zur Besänftigung) die Scheiben gereinigt. Mit dem Spruchband "Betteln gegen Albrecht" macht sich eine Gruppe in die Innenstadt auf und bekommt witzigerweise eine ganze Menge Geld zusammen. Die Bürger/innen/nähe zahlt sich aus. Eine Repräsentativumfrage des Instituts für Statistik der TU Braunschweig unter 3008 Bürgern aus 11 niedersächsischen Städten ergibt, daß 57,8 % der Befragten gegen Studiengebühren für

Breite Front

"Langzeitstudenten" sind.

Charakteristisch für die Bewegung ist die breite Zusammenarbeit von Studierenden, Schüler/inne/n, Lehrpersonal und DGB, der z. B. auch zur Demo am 2. Juni in Hannover aufrief. Der Präsident der Uni Oldenburg Daxner sprach sich ebenso wie sein Kollege Seidel aus Hannover, der zugleich Vorsitzender der Landeshochschulkonferenz ist, gegen die Sparmaßnahmen aus und befürchtet irreparablen Schaden für das Land Niedersachsen.

In der Landtagsmannschaft der CDU/FDP ging es drunter und drüber. Cassens

Kopf wurde gefordert, nachdem schon Kultusminister Oschatz geschaßt worden war. Cassens Staatssekretär Weert Börner mußte als Sündenbock gehen, da Cassen als Mandatsträger bei nur einer Stimme Mehrheit im Landtag nicht in die Wüste geschickt werden konnte. Die FDP bekam seinen Posten zur Neubesetzung angeboten. Die lehnte den Schleudersitz ab, ie habe keine weiteren Personalwünsche bis zum Ende der Legislaturperiode.

Erste Erfolge

Die Landesregierung mußte erste Zugeständnisse machen. Die für WS 87/88 geplanten Studiengebühren von 1000 DM, mußten auf 500 DM mit beabsichtigter Einführung im SoSe 88 reduziert werden. Zusatzregelungen für einige Fächer wie E-Technik oder Maschinenbau, Sonderregelungen bei Krankheit oder Schwangerschaft mußten eingeräumt werden. Die Zwangsexmatrikulation wurde aus dem Hochschulgesetz zurückgezogen. Die Landesregierung hat sich angeschlagen eine Atempause verschafft. Doch die Student/inn/en haben das letzte Wort sicher noch nicht ge-

Die Studierendenbewegung, die mit ihrer Orientierung gerade für die sozial und finanziell Benachteiligten eintritt und damit nicht als Standespolitik betreibende Kraft anzusehen ist, hat jetzt schon deutlich gemacht, daß gemeinsames, solidarisches Handeln aller Betroffenen an den vom Wendekurs bedrohten Hochschulen etwas bewirken kann. Es bleibt zu hoffen, daß sie auch durchschlagenden Erfolg haben

NEWS

SEXOLOGEN IN HEIDELBERG

VON WIM VAN DER WELFT Vom 14. bis 20. Juni tagte in der Stadt Fachleute aus der ganzen Welt referierten über Themen wie : Familienplanung, Krankheit und Sexualität, Aids, Sexualerziehung von Kindern und Jugendlichen, Soziologische Aspekte

"Von richtigen Professoren hätte ich mehr erwartet, als dass sie über Dinge referieren, die vielleicht für eine Diplomarbeit geeignet sind", meinte eine Besucherin zu einem Vortrag, dem eine Studie zugrundelag, in der knapp über 100 Personen befragt worden waren.

der männlichen Homosexualität, etc.

Aufsehen erregte eine Gruppe homosexueller Wissenschaftler, die sich ausdrücklich dazu bekannten. (Siehe auch Unseren Artikel über die Schwulenund Lesbendemo.)

FAUST ERHEBT DIENSTAUFSICHTSBESCHWERDE GEGEN PUTLITZ

Meldung von FAUST:

Der FAUST-Stützpunkt Heidelberg hat am 25.5.1987 gegen Rektor zu Putlitz, beim Ministerium für Wissenschaft und Kunst Stadthalle der 8. Weltsexologenkongress. Baden-Württemberg, eine Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben. Der Grund dafür liegt in einem Raumverbot, das das Rektorat im November gegen eine Veranstal tung der FAUST in der Neuen Uni zur sozialen Lage der Studenten/innen aussprach. Das Rektorat hat das Verbot damals nicht mit dem Veranstaltungsvorhaben begründet, sondern mit der Gesinnung der FAUST, die dem Rektorat nicht passt und den Widerspruch der FAUST gegen dieses Verbot bis heute pflichtwidrig nicht beschieden. Eine Dienstaufsichtsbeschwerde ist hierzulande zwar meistens form-, fristund fruchtlos, trotzdem aber für den Betroffenen lästig. Man darf gespannt sein, wie sich Ministerium und Rektorat herauswinden.



Internationales Jugendsommercamp

"Deutschland ist nicht Frankreich" konnte man noch vor wenigen Wochen anläßlich des Generalstreiks der französischen Studenten und Schüler in der Presse lesen.

Inzwischen haben in deutschen Städten mehr als 100 ooo Schüler ge-gen die Abiturverschärfung und die Beschränkung des Hochschulzugangs demonstriert. Und in Niedersach-sen haben sich die Streiks der Studenten gegen Sparmaßnahmen, Stel-lenstreichungen und Studiengebühren ausgebreitet. In Göttingen sind 30 ooo Studenten in den Streik geooo Studenten in den Streik getreten.

"PARIS - MADRID - HANNOVER"

haben Schüler und Studenten in ihren Demonstrationen in Hannover gerufen.

Das ist kein Zufall!

Die Regierungen in ganz Europa egal welcher Coleur - treiben heute eine Hochschul - und Bildungspolitik voran, die densel-ben politischen Zielen folgt:

Studenten raus - Unternehmer

Das ist auch die Politik der Regierung Späth, die sie mit dem neuen Universitätsgesetz ver-

folgt. Für uns Studierende bedeutet dies Bildungsabbau. Die Regelstudien-zeit mit Zwangsexmatrikulation im Grundstudium an der Uni Heidelberg ist der Anfang, der nächste Schritt ist die Regelstudienzeit von 8 Semestern fürs genze Stu-dium, die laut neuem Unigesetz von keiner Studien- und Prü-fungsordnung mehr überschritten werden soll.

Neben der Verkürzung der Studien-zeit sollen Zusatz- und Aufbau-studiengänge eingerichtet werden für die das Abitur als Zugangsbere chtigung nicht mehr ausreicht.

Über die unkontrollierte Dritt-

27. - 31. JULI 1987 BEI PARIS *

mittelforschung wird die Uni für die Unternehmer geöffnet. Schon heute hat die BASF und Merck das Sagen beim Zentrum für Molekulare Biologie (ZMBH) in Heidelberg.

Studenten raus- Unternehmer reindieser politischen Logik folgte auch das Devaquet-Hochschulgesetz in Frankreich und die Hochschulreform in panien.

In Europa koordinieren sich die Regierungen in den Kommissionen der EG. Aber nicht nur das - sie entwickeln auch gemeinsame Pro-gramme z.B. das COMMETT-Pro-gramm: Hier will die EG zwischen 1987 und 1989 100 Millionen DM ausgeben, um u.a. "Ausbildungs-partnerschaften" zwischen Hoch-schulen und "irtschaft zu för-

dern. Die "Elite"förderung der EG Biner kleine: heißt ERASMUS. Biner kleinen Zahl von Studenten - den besten (!) - soll ermöglicht werden, den Studienort mehrfach während des Studiums zu wechseln.

Die Regierungen tun alles um die Studenten und Schüler gegenein-anderauszuspielen und zu spalten.

sprach Bundeskanzler Kohl vor einem Jahr bei den Jubiläumsfeierlichkeiten an der Uni HD da-von, daß zur Eihführung des Europäischen Arbeitsmarktes sich die Studienzeit der deutschen Studenten verkürzen müsse, damit sie gegenüber ihren weitaus jüngeren Kommilitonen aus den anderen europäischen Ländern 'konkumenzfähig' seien.

Dagegen sagen wir: Der einzige Garant für einen erfolgreichen Kampf zur Verteidigung des Rechts auf Bildung und Ausbildung ist unsere Einheit.

Daher haben Vertreter von Jugend-organisationen aus Lateinamerika, Afrika und Europa in Caracas anläßlich der Internationalen Kon-ferenz gegen die Politik des IWF (Internationaler Währungsfonds) und der EG vereinbart, mit der Vor-bereitung einer internationalen Schüler- und Studentenkonferenz

zu beginnen.

VON BRIGITTE KLEIN

Zur Vorbereitung der Internationalen Jugendkonferenz soll eine deutsche Koordination aufgebaut werden. Und wir wollen uns im Sommer 87 zu einem Internationalen Sommercamn bei Paris treffen,

- um Erfahrungen über unser Engagement in Frankreich, Spanien und Deutschland auszutauschen,
- um zu diskutieren, wie wir ge-meinsam gegen die Pländ'der EG aktiv werden können.

Auch die unabhängige Friedensbewegung und Jugendliche aus der DDR sollen vertreten sein.

Bereits vor zwei Jahren veröffent-lichten Jugendliche aus OSt-Berlin einen Brief an die Jugend Westeuropas, in dem es u.a. heißt:
"Das UNO-Jahr der Jugend ist uns
Anlaß, uns für die Erweiterung der
Entwicklungs- und Entfaltungsfreiheit der Jugend einzusetzeb. Deshalb sollten wir keine Möglichkeit ungenutzt lesen keit ungenutzt lassen, gemeinsam daran zu arbeiten."

Anläßlich eines Rockkonzerts in Westberlin haben sich über 3000 Jugenliche in Ostberlin vor der Mauer versammelt, um zuzuhören. Die Volkspolizei ging mit Knüppel gegen die Jugendlichen los, es gab Verhaftungen. Die Jugendlichen "Die Mauer muß weg - wir wollen Freiheit ! Kreuzberg - Kreuzberg!"

Wir wollen uns dafür einsetzen, daß auch die Meinung, Forderungen und Interessen der Jugendlichen in der DDR und Osteuropa vertreten werden.

Daher soll darüber diskutiert werden, wie das Engagement der Ju-gend in Ost und West zusammenkom-men kann, welche Erfahrungen es aus dem Kampf der Solidarnosc und unabhängigen Friedensbewegung in der DDR gibt.

Kontaktadresse für das Internationale Jugendsmmercamp und weitere Infos: Brigitte Klein, Fahrtgasse

3/5, 69 HD, Tel: 15 3 72 .

Spendet: Damit auch Vertreter aus Lateinamerika und Südafrika, Portugal, Griechenland und Schweden am gal, Griechenland und Schweden am Camp teilnehmen können, brauchen wir spenden.

Entweder direkt an Brigitte oder Christoph Krupp, Volksgartenstr.40, 5000 Köln 1, Postgiro 1953 15-508.

Der Kampf der Schüler und Studenten ist international

Frankreich: Ende November / Anfang Dezember: Generalstreik und über eine Million demonstrieren. Minister tritt zurück. Der geplante Gesetzentwurf wird

Spanien: Januar/ Februar: Mehrwöchiger General-streik. Regierung gibt nach: Stipendien werden erhöht, Studiengebühren eingefroren, für Kinder aus ärmeren Familien Gebührenfreiheit.

England: Am 21. 2. 87 demonstrierten 25 000 Studenten in London gegen die Umstellung der Aus-bildungsförderung auf Darlehen.

Italien: Landesweiter Protest von 400 000 Schülern am 6. 12. 86. Mehrere zehntausend Studenten demonstrierten am 4. 12. 86 in Rom.

Mexiko: Die Studenten der größten Universität Mexikos (340 000 Studenten) streiken im Januar und Februar 1987,

Auch im Kampf gegen die Unterdrückung und für das Selbstbestimmungsrecht stehen die Stu-denten in vorderster Reihe:

Chile: Juni 86 – Studentenstreiks an allen chileni-schen Universitäten gegen die Militärs an den Hoch-schulen und für die Demokratie. Demonstrationen und Streiks Anlang September.

Peru: In der Nacht vom 12. auf den 13. Februar 87 besetzen Polizei und Geheimdienst die staatliche Universität San Marcos und zwei weitere Hochschulen und nichmen 800 Personen gelangen. "Die Universität ser zum Studieren und nicht zum Schmieden von subversiven Plänen da", so der Rektor.

China: Im Dezember 86 finden Demonstrationen in fast allen Universitäten des Landes für demokratische Rechte und Freiheiten und das Recht der Studenten, ihre Vertreter selbst zu bestimmen, statt.

UdSSR: Dezember 86, Studentendemons in Kasachstan,

Palästina: Am 18. 2. 87 schließt das israelische Militar die fünf arabischen Universitäten und drei weitere im israelisch besetzten Westjordanland (West-banks) und im Gaza-Streifen, um weitere Unrchen zu verhinden.

Polen, Südafrika, El Salvador..., überall gehören Schüler, Studenten, Jugendliche zu den Trägern des Kampfes für Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestim-

Ein Diplom als Almosen?

ÜBER DIE AUSBILDUNG IM FACH MEDIZIN SCHREIBT ECKARD BUND



"Erhängt! 2 Leichen -'Als der AiP kam, war alles aus', schluchzt die Mutter von Thomas M., 25. Sein Abschiedsbrief: 'Ich wollte sein wie Albert Schweitzer. Nun gebe ich auf.' Nach dem Abendessen (Kakao, Käsebrot, Examed) nahm er den Strick, erhängte sich auf dem Hügel - gegenüber seinem Lieblingshörsaal. Was Thomas M. nicht mehr erfuhr: Nur

wenige Schritte von ihm entfernt ging seine Geliebte Sabine W. in den Tod ins Wasser! Eine Freundin: 'Sie hatte solche Angst vor den mündlichen Prüfungen. Und als Frau eine AiP-Stelle kriegen, aussichtslos.'

'Unfaßbar', kommentiert Dekan Prof. S. heute das grausige Ereignis. 'Die

jungen Leute haben überhaupt keinen Optimismus mehr. Diese Zukunftsangst alles linke Propaganda. Wir früher haben noch in die Hände gespuckt in die Hände gespuckt in die Hände ge-

Keine Angst, bisher hat sich niemand umgebracht. Mit diesen Sätzen beginnt die satirische Einleitung eines, wie gewohnt, sachlichen Infoblattes der Fachschaftsinitiative Medizin. Aufrüttelung scheint not zu tun, da am Fachbereich wieder einiges an elementaren Änderungen des Studiums ins Haus steht.

DIPLOM-MEDIZIN-ABSCHLUSS

Das Ministerium für Jugend, Familie, Frauen (1) und Gesundheit schlägt die Einführung eines Diplom-Medizin-Abschlusses vor, die über den Weg der Kultusministerkonferenz von den Ländern schnell in Realität umgesetzt wer-

Der Dipl.med.-Abschluß soll am Ende des Studiums nach Beendigung des Praktischen Jahres (PJ) und bei bestandenem 3. Staatsexamen vergeben werden. Er berechtigt jedoch nicht zur Ausübung der ärztlichen Tätigkeit. Das Ministerium denkt an eine Beschäftigung der Diplommediziner/innen als Pharmaberater/innen oder im Forschungslabor. Als Arztinnen und Arzte können allerdings nur diejenigen tätig werden, die nach

Absolvierung des PJ und 3. Staatsexamen 1 1/2 (ab 1992 2) Jahre als "Arzt im Praktikum (AiP)" abgeleistet haben. "Was soll's?" mag der gebeutelte Mensch im Lehramts- oder Magisterstudiengang denken, "die später an den Fleischtöpfen der Weißkittelmafia sitzen werden, schreien heute am lautesten."

Geplant ist jedoch nicht einfach ein neuer medizinischer Studienabschluß, sondern die Spaltung des Studiengangs in zwei Klassen, und hier soll, wie schon bei früheren Studienverschärfungen das Fach Medizin die Vorreiterrolle

1984 wurde mit der 4. Novelle der Approbationsordnung für Ärzte eine Benotung für alle vier großen Prüfungen zwingend vorgeschrieben. Andere Fächer folgten. Die Bafög-Teil-Erlaß-Regelung, die den 30 % Besten eines Jahrgangs 25 % ihrer diese auch unter dem Namen Noten-Terror-Erlaß bekannte Regelung "notwendig". Seit dem WS 86/87 werden 15 % der Medizinstudienplätze durch Professor/inn/en im Rahmen von Auswahlgesprächen vergeben. Das Lehrpersonal, sonst in seinen Vorträgen sehr auf objektivierbare Verfahrensweisen und Ergebnisse bedacht, setzte damit auf den subjektiven Ein-

FORTSETZUNG AUF SEITE 7

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg Klinikum * Medizinische Poliklinik

Betr.: 1hr Schreißen vom 17.3.87 Bezügl. "Anzt im Proktikum"

Sehr geehrter Herr, Junga,

im Auftrage von Prof. Hunstein möchte ich Ihre Anfrage Bezüglich der Probleme, die bei der Einführung des AIP zu erwarten sind beantworten. Die vielen detaillierten Fragen, die Sie zu diesem Problem stellen, sind durchaus berechtigt, und auch wir fragen uns natürlich, wie das wohl im Einzelnen funktionieren wird. Das heißt, auch win haßen viele Fra-gen und wenige Antworten: eine Arleitsplatzkeschreikung eines Anztes im Praktikum liegt uns natürlich auch nicht von, und die Trage der Tinanzienung müßte zunächst von den Verwaltungsseite oeklant wenden.

Im Prinzip sehen wir wenig Maglichkeiten, normale Assistentenstellen in AIP-Stellen umzuwandeln: wie soll die Studenten- und AIP-Auskildung funktio-nieren, und wie die regulüre Potientenversorgung ohne erlahrene Assisten-

Seinenzeit wurden die Medizinalassi-stentenstellen ersatzlos gestrichen, sind auch später keine neuen Planstellen eingenichtet worden: insofern ware es nur logisch, fur die AIPs zusätzliche Stellen zu schaffen. numlich die seinenzeit weggefullenen Medizinalassistentenstellen. Win können nur mit großer Skepsis der Tendenz entgegensehen, die AIPs auf Kosten der Planstellen zu Linanzieren; letztlich wird diese Billige Losung auf dem Rükken den Patienten ausgetragen werden.

Insgesamt kann ich Ihnen also keine sachlich fundierte Antwort auf Ihre Tragen geben, und letztlich wird man wohl erst einmal Erfahrung sammeln mussen: die Finanzierung muß natürlich von politischen Seite entschieden werden: den Einfluß den Knankenhausen und der Betroffenen ist ja gening. Bei die-sem Mangel an sachlich fundierten Information und Enfahrung sehen wir auch wenig Sinn in einer Podiumsdiskussion (für wen? wozu?).

> Mit freundlichen Gallben M. Hufner ltd. Oberanzt den Klinik

FORTSETZUNG VON SEITE 6

druck in kurzer Unterredung, um sich festzulegen, ob ein/e Bewerber/in nach langjährigem Studium geeignet sein werde, den Arztberuf auszuüben. Selbstredend wurde an diesem Auswahlverfahren mögliche Willkür und Protektion kritisiert.

5. AO UND "ARZT IM PRAKTIKUM"

Die an Universitäten und Kliniken seit Jahren umstrittene 5. AO-Novelle wurde im November letzten Jahres im Bundesrat durchgestimmt.

"Die Verordnung hat insbesondere das Ziel, die ärztliche Ausbildung im Hinblick auf die praktische Ausbildung und die Prüfungen zu verbessern", ist im Referentenentwurf zur Novelle zu lesen

Konkret beinhaltet sie die Einführung von zahlreichen mündlichen Prüfungen: zwei zur Ärztlichen Vorprüfung (Physikum), zwei zum 2. Staatsexamen. Die bereits bestehenden schriftlichen Examina werden in gleichem Umfange beibehalten. Außer einer Pestlegung von Kleingruppenunterricht, der auch schon unter der alten Verordnung hätte stattfinden müssen. keine einzige Maßnahme. um die Ausbildung im Studium zu verbessern. geschweige denn patient/inn/enorientiert praktischer zu gestalten.

N a c h dem Studium ist ab Herbst '88 die Tätigkeit als Arzt im Praktikum vorgesehen. "Die Tätigkeit als Arzt im Praktikum kann in jedem Krankenhaus (Akut- oder Sonderkrankenhaus), in ieder ärztlichen Praxis, in einem Sanitätszentrum oder einer ähnlichen Einrichtung der Bundeswehr oder in einer Justizvollzugsanstalt (...) abgeleistet werden." Zur Schaffung der Stellen in Krankenhäusern sollen bestehende Assistent/inn/enstellen in 2 - 3 AiP-Stellen umgewandelt werden. Das heißt, in den Krankenhäusern wird es weniger erfahrene Arzte und Arztinnen geben, die im Stations- und OP-Betrieb einsatzfähing sind. Die Krankenversorgung wird verschlechtert.

die AiPs, daß sie mit einem Bruttogehalt von lediglich 1500 DM monatlich im ersten bzw. 1750 DM im zweiten Jahr auskommen müssen – gerade für Studierende mit Kindern oder schon langer Wartezeit auf den Studienplatz eine be-

Die Aufteilung der Stelle bedeutet für

sondere Härte.

Es gibt keine Stellengarantie, wie beispielsweise beim Referendariät. Die Stelle muß selbst gefunden werden, eine Vergabe durch Universität, Land oder Bund erfolgt nicht.

DIE GEPLANTE KATASTROPHE

Hier liegt der Knackpunkt des ganzen AiP-Konzepts: Wo diese Stellen, 24.000 müssen es insgesamt sein, herkommen sollen, ist nämlich bisher niemandem klar. "... die Krankenhäuser (werden) jedoch nicht in der Lage sein, für alle Bewerber einen AiP-Platz einzurichten", schreibt die "Deutsche Krankenhaus Gesellschaft" in ihrer Grundsatzerklärung zum AiP vom 16.3.87. Bei den den niedergelassenen Arzt/inn/en hingegen besteht so gut wie kein Interesse an AiPs, es sei denn, um den eigenen Kindern eine Stelle in Papis oder Muttis Praxis zu verschaffen. (Gut 15 % der Medizinstudierenden sind Arztkinder). Der Verfasser dieser Zeilen, lief sich bei über 20 Niedergelassenen die Hacken ab, um einen einmonatigen, unbezahlten Praktikumsplatz (Famulatur) zu bekommen (und sammelte ein buntes Potpourri verschiedenster Ausreden). Einen 1500 bis 1750 DM kostenden AiP zu beschäftigen, können sich die kleineren Praxen auch aus finanziellen Gründen nicht leisten.

Es liegt auf der Hand, daß die erforderlichen Stellen nicht zusammenkommen werden. Die Medizinstudierenden haben dies den Verantwortlichen in Ministerium und Bundesrat und -tag mit öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen immer wieder deutlich gemacht. Zahlreiche Großdemonstrationen in Bonn und dezentrale Aktionen fanden statt, Streiks an vielen Hochschulen, "Besetzung der Schwarzwaldklinik" und persönliches Einwirken auf Politiker in allen Variationen waren an der Tagesordnung. Die SPD schwenkte schließlich um (wie so oft, wenn sie in der Opposition ist), die CDU, CSU und FDP stimmten durch. Die Katastrophe ist vorprogrammiert: wer keine Beziehungen, kein Spitzenexamen oder die finanziellen Mittel zur Überbrückung einer längeren Wartezeit auf den AiP-Platz hat, soll auf der Strecke bleiben, um die Ausbildungsbeendigung und Berufsausübung betrogen. Ein Protestpotential?

WURSTZIPFFI

Das scheint die Bundesregierung zu er-

kennen und erwägt den Zukurzgekommenen, den Diplom-Medizin-Abschluß als Wurstzipfel hinzuwerfen, mit dem sie allenfalls in paramedizinischen Arbeitsbereichen tätig sein könnten. Die überwältigende Mehrheit der Studierenden begann jedoch ihr Studium mit der Aussicht Ärztinnen und Ärzte werden zu können und will diesen Beruf auch ausüben (über 90 % sind nach Angaben des Stat. Bundesamtes in Krankenhäusern und freien Praxen tätig). Nun ist der Besitz eines AiP-Platzes zum entscheidenden Hebel über ärztliches Sein oder Nichtsein geworden. Die den Arzteverbänden lästige junge Konkurrenz könnte vom Markt gehalten werden. Die von der Lobby schon lange geforderte Senkung der Zulassungszahlen zum Studium stand nämlich im Widerspruch zum Grundgesetz, das ein Recht auf Ausbildung bei bestehenden Ausbildungskapazitäten der Universitäten aussprach und auch einklagbar machte:

SELEKTION UND DISZIPLINIERUNG

Mündliche Prüfungen und vor allem Auswahlgespräche und der Modus der AiP-Platz-Vergabe sorgen für die Auswahl der politisch und standesgemäß gewünschten Kandidaten. Die dynastische Weitergabe des Arztberufes scheint anzustehen.

Die verschlechterten Zukunftschancen und die Prüfungsmodalitäten bieten die Möglichkeit zur Disziplinierung der Studierenden zu noch schleuklappenmässiger Orientierung auf ihr Studium. Dies ist in einem Fach mit solcher gesellschaftlicher Sprengkraft eine große Gefahr. Das allgemeinpolitische und gesellschaftliche Engagement der Medizinstudierenden ist heute geringer als beispielsweise das der Physiker/innen. Nicht umsonst ließen sich die Mediziner nach den Juristen als zweitgrößte akademische Gruppe in den Nationalsozialismus und seine Institutionen einbinden.

. EG-RICHTLINIE

"Hauptargument der "Väter des AiP", der Ärzteverbände Marburger Bund und Hartmannbund, und der Damen und Herren in Regierungsetagen ist die EG-Richtlinie für die Ausbildung , die einen ausreichenden praktischen Kenntnisstand aller EG-Ärztinnen und -Ärzte vorsieht. Damit Deutschen in anderen EG-Ländern die Berufzulassung ausgesprochen werden könne, sei der AiP notwendig. Dies entkräftet die ÖTV mit dem Konzept, für fertige Ärztinnen und Ärzte eine Weiterbildungspflicht (in Richtung auf eine Facharztausbildung für Innere Medizin, Chirurgie etc) einzuführen, was der EG-Richtlinie ebenfalls gerecht würde.

PRAXIS INS STUDIUM!

Übrig bleibt, daß der praktische Kenntnisstand, der i m Studium vermittelt wird, recht kläglich ist. Die Studierenden haben auch im Einklang mit ihrer Interessenvertretung der VDS-Fachtagung Medizin gefordert, mehr Praxis ins Studium zu bringen statt hinten anzuhängen. Dies könnte durch verstärkte Einbeziehung der akademischen Lehrkrankenhäuser und der um die Uni liegenden Krankenhäuser in den Lehrbetrieb geschehen. Die Student/inn/en könnten dort praxisnah im Stationsbetrieb lernen und unter Anleitung auch selbständig erste ärztliche Tätigkeiten übernehmen. England und Holland sollten uns hier Vorbild sein.

INVASION DER BARFUSSÄRZTE?

Für die Durchfechtung einer Elitekonzeption wird gerne das Argument der "Ärzteschwemme" ins Feld geführt. In der Tat ist eine Bedarfsplanung nach gesellschaftlichen Notwendigkeiten auch für den Artinnen- und Arzteberuf notwendig. Immerhin zahlen die Werktätigen die Kosten für die Ausbildung und für das Gesundheitswesen. Bei der Berechnung des objektiven Bedarfs beginnen allerdings die Schwierigkeiten. Was ist gesellschaftliche Notwendigkeit? Sind zwei Stunden Wartezeit im Wartezimmer angemessen oder zulange. Sind 3 Minuten Zuwendung durch Arzt oder Arztin bei der Visite genug? Oder 10 Minuten? Oder eine halbe Stunde? Was jedenfalls zulange ist, ist die Arbeitszeit in den Krankenhäusern. Eine 40-Stundenwoche ist wohl nirgendwo die Regel. Viele leisten zus ätzlich 5 bis 10 Nachtdienste im Monat. Der Überstundenabbau in den Kliniken könnte viele Stellen schaffen. Den Großverdienern unter den freien Praxen würde etwas kalter Wind durch junge Konkurrenz auch nicht schaden.

Reim' Dich, oden ich sauf Dich

Fanta ich Fanta du Fanta er

Fanta es Fanta win Fanta ihn

Fantasie Rulps!

Scott Amundsen

Rubnicappula-Universität

Rotkäppsele auf dem Holzweg Wolfrum grapscht nach Sterntalens Schürzchen

7 Aidszwenge im Lagen Steinhausen Blasend den Mansch fängt Czaikowski die Gäulchen aus den Wanduhn. Min ist, als nöche ich Menschlichkeit doch es ist nun den Mensagesuch Leise lispett Putlitz in den Räumen Oh, ich wolfte, es wäre Nacht oden die Preussag stellte den Strom al

Scott Amundsen

Briefe an die Leser/innen

Zurück, marsch, marsch, SCHUH-BERZEL.

anläßlich Deines 25jährigen Bestehens
verkündetest Du, daß in Deinen Läden
ab nun "Jubi-Preise" angesagt seien.
Führende Orthopäden drehen sich angesichts manchen Schuhwerkes in Deinen
Auslagen in der Familiengruft - und
einschlägige Orthographen ob Deiner
Rechtschreibung: wußten wir doch,
daß Deine Treter für die Hautevolee
nur zu Yuppie-Preisen erschwinglich
sind.

Wer im Regen steht, sollte nicht mit Gummistiefeln werfen, emfiehlt

Dein Schlagloch

Liebe
JUSO-GENOSS/INN/EN.

garnicht begeistert waren wir von Eurem Wahlkampfmotto "Alles schwarz wir sind der Lichtblick".

Warum nicht gleich: Alles blau - wir

sind besoffen, oder: Alles gelb - aber wir sind keine Gefahr; Alles rot - wir ham Parteiausschluß; Alles weiß - wir waschen mit Omo...

Das nächste mal wollen wir mal was vom Sozialismus hören, gell, oder von "linker Politik konkret", "weil's doch vernünftig ist", meint

Euer Schlagloch

Sexfront, liebe SEXOLOGEN.

"Laser melts frigid woman", lasen wir verwundert auf einer Broschüre an Euren Ständen in der Stadthalle, daneben abgebildet: ein vollbusiges Girl in verzückter Pose. Sexualwissenschaft-zwischen Läser und Präser? Irritiert schritten wir weiter, um gleich vor dem "Penthouse"-Werbetisch zu landen. "Porno bringt abgeschlafftem Sexologen wieder einen hoch", dachte sich Euer Schlagfoch

LIEBER HERR ZWILLING.

der Du bald unser Prorektor werden wirst.(Schlagloch gratuliert!) Dass Du ausserdem noch Prodekan bei den Biologen bist, verstehen wir sehr gut. Du bist nicht der Einzige, der verpasste Freuden durch Anhäufung von Uniämtern zu sublimieren sucht (sog. Zwillingsämter). Auch haben wir vollstes Verständnis dafür, dass Deine Arbeit Dich fortan ganz in Anspruch nehmen wird. Deshalb: Wenn Deine Studenten nochmal mit Dir über eine Klausur reden wollen, die Du für sie geplant hast, lass sie erst gar nicht mehr zu Dir vordringen. Denn Du hast jetzt wichtigeres zu tun, als ihre ewig gleichen Argumente anzuhören.

Es grüßt Deine Schlagloch P.S. Wie gut, dass Du nicht Drilling heisst.

Friede & Quark machtunsstark

VON CHRISTOPH ECKEN

Wiewohl bei diesem Spruch, der, ob des alles durchdringenden Regens, von einer Imbi8stube prangend, wenigstens innerlich Wärme und Kraft versprach, der Kausalzusammenhang in ebendiesem Bonner Regen baden ging-

richtiger wäre vielleicht: Ouark macht uns stark-für den Frieden!gleichwohl sahen sich die nahezu 110 000 Demonstranten der (seit 1981) fünften Bonner Friedenskundgebung vom 13.6.1987 einer ähnlich existenziellen Herausforderung gegenüber. Denn es galt, die von vielen schon seit geraumer Zeit totgesagte Friedensbewegung wieder einmal ins Leben, besser: wieder einmal ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rufen.

Glaubte man/frau, bei der Kundgebung auf der Bonner Hofgartenwiese auf lauter verdrossen-mißmutig-gelangweilte Friedens-Veteranen zu stoßen, so sah frau/man sich hierin bald getäuscht: ein bunter Haufen aller Altersgruppierungen, unter ihnen, neben der parteipolitischen Präsenz fast(!) jeder couleur, beispielsweise auch die "Grauen Panther", eine Abordnung der Initiative "Staatsanvälte und Richter für den Frieden" und die vielen anderen Initiativen, die hier aufzuzählen sicherlich den Rahmen sprengen würde, hatte sich in Sachen "Frieden" zusammengetan.

"Thorsten, Anna und Katja (die Namen

wurden von der Redaktion geändert, C.E.) warten hinter der Tribûne auf ihre Eltern...". Diese Aufrufe ertönten nicht eben selten durch die Lautsprecher. Dies und die auch ansonsten reibungslos funktionierende Organisation machte einen fast schon professionellen Eindruck.

Dennoch darf das rein äußerliche Funktionieren dieses Friedenstreffens nicht dazu beitragen, daß es zum Selbstzweck institutionalisiert wird.

Tatsächlich gilt es, immer mehr Menschen für ein offenes Eintreten für den umfassenden Frieden zu gewinnen, nicht aber primär darum, dieser Veranstaltung durch Gewohnheitsrecht und äußere Annehmlichkeiten oder gar "nur" Pflichtbewußtsein Attraktivität zu verleihen. Immerhin hat das Genesis-Konzert am 20. Juni'87 selbst bei strömendem Regen ungefähr 70 000(!) Teilnehmer anlocken können, wobei ich keinem der 70 000 Zuhörer dieses Konzerts dem Willen zum Frieden absprechen will. Nur-von diesem sicherlich unzulässigen Vergleich abzurücken- f ü r etwas konsequent einzutreten und andererseits etwas "nur" gutzuheißen, das, find hier wird mir wohl niemand widersprechen wollen, ist etwas ganz anderes.

... und Stullen

Nun, nachdem der Regen, der die einzelnen Demonstrationszüge kontinuierlich begleitet hatte, pünktlich zur Großkundgebung versiegte, ja sogar die Sonne den lediglich durch den Regen bedingten Grauschleier durchbrach, die Regenschirme weggepackt und die ersten Stullen hervorgekramt wurden, zeigten

sich die Teilnehmer, vorher nur vorsichtig unter dem Regenschutz hervorlugend, wieder in bester Laune. Das laute Aufatmen der Veranstalter übertrug sich dabei mühelos auf die Anwesenden und sorgte allseits für gute

Was im folgenden auf die Demonstranten herniederkam, war dann auch den mehr oder weniger "sauren" Bindfäden vom Vormittag bei weitem vorzuziehen. Allemal aber waren es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, alte Recken der Friedensbewegung, die das Wort ergriffen und in löblich kurzen Beiträgen den Stand der (Un-) Dinge zu Gehör brach-

Petra Kelly von den Grünen, H.J. Vogel, Dorothee Sölle, Bernt Engelmann, der Physik-Nobelpreisträger K.v.Klitzing, Ilse Brusis vom DGB stellten die altbekannte Garde derjenigen, die sich im Laufe der Zeit an die Friedensbewegung geheftet haben und teilweise mit ihr gemeinsame Sache machen. Ein wenig Abwechslung in dieser Rednerliste hätte sicher auch nicht geschadet, ebensowenig wie vielleicht eine kurz referierte Bestandsaufnahme anderer europäischer oder auch außereuropäischer Friedensinitiativen, nur als lebendigen Nachweis dafür, daß die bundesrepublikanische Friedensbewegung nicht allein dasteht.

Wie die "Frankfurter Rundschau" zu berichten wußte, war, den Angaben der Organisatoren zufolge, der rugsischen Dichterin Rimi Kasakowa von deutscher Seite her(!) das Visum verweigert worden. Laut dpa nahm das Auswärtige Amt dazu keine Stellung.

Beherrschendes Thema dieses Nachmittags

Doppelte Nullösung

war naturgemäß die von Gorbatschow in1tiierte, sogenannte "doppelte Nullösung". Sie wurde allenthalben als "historische Chance", als Beginn einer umfassenden Abrüstungskampagnebegriffen, einer Chance, die man nicht verstreichen lassen dürfe. Immer wieder wurden Vorwürfe gegen die Regierung Kohl laut, die mit ihrer unpräzisen Haltung den Abrüstungsplänen gegenüber, scheinbar wie blind durch ein Festhalten beispielsweise an den 72 Pershing-Ia-Raketen, den von Ost und West vorgetragenen Abrüstungswillen in Gefahr bringen könnte.

Auf drastisch-wortgewaltige Weise machte sich die Theologin D.Sölle ihrem Unmut Luft, wies auf die ihrer Meinung nach lebensbedrohende Verquickung von Politik, Wirtschaft und Militär hin: "Schrott im Land - Schrott in den Köpfen", lautete ihr Fazit. Selbst wenn ihre rundumschlagartig verwendete "Schrott-Methaphorik" sehr bald in bittere Polemik umschlug, sprach die Sölle genau mit diesen Worten das an, was wohl viele Friedensbewegte dachten. Der vielhundertköpfige "Giftdrachen", das zur Fabelgestalt mythologisierte Kapital, bedrohe massiv den gesamten Erdball. Das militärisch Machbare, eben falls mit Politik und Kapital verknüpft dürfe nicht länger als Maßstab gelten. Für alle westliche Länder sei die sowjetische Forderung nach "Glasnost", mithin die innere und äußere Öffnung der Sowjetunion, zum Vorbild geworden. Deutlich sprach Sölle damit die Gefahr einer zwar legitimierten, aber im Ver-

laufe erstarrten Informationsfreiheit an. Gerade hierin sei einunermüdlicher Neuanfamg und Wiederbeginn von-

Überhaupt ist wohl selten auf einer Kundgebung so wohlwollend und löblich über den neuen sowjetischen Kurs gesprochen worden.

Physik-Nobelpreisträger K.v. Klitzing, der sich als Mann vom Fach, also als Atomphysiker zu erkennen gab, sagte u.a., daß Tschernobyl wohl als nahezu "bedeutungslos" gegenüber der übrigen potentiellen Gefährdung durch Atomwaffen anzusehen sei. Daher bezeichne er, v. Klitzing, den Vorstoß Gorbatschows in Abrüstungsfragen als mutig und dringend notwendig, ja, er vertrat sogar die Ansicht, daß Gorbatschow wohl, und daß aus gänzlich uneigennützigen Gründen, auf den nächsten Friedensnobelpreis zusteuere. Der Nachsatz, daß Nobelpreise teilbar seien, war unmißverständlich an die westlichen Politiker gerichtet, er bekräftigte das mit der Aufforderung: "...also strengt

Den Kontrapunkt zur ausschweifenden "Schrottpolemik" Sölles setzte H.J. Vogel, der für die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens aller Menschen gegen den atomaren "Overkill" eher besinnlich-lyrische Worte fand: " Aus dem Rinnsal der Vernunft muß ein breiter Strom des Friedens werden!" Als Vogel seine Rede begann, wurden Pfiffe und Buhrufe laut, Deutlich schwang noch die Enttäuschung vieler Sozialdemokraten nach, die ihrer Verärgerung über die Durchsetzung des Doppelbeschlusses noch nicht überwunden hatten. Nachdem die Geräuschkulisse abgeebbt war und Vogel die neu umrissene Position der SPD zur



Abrūstung erläuterte, unter anderem die Überwindung der Abschreckungsstrategie und die Abschaffung der chemischen Waffen forderte, schleuderten vermummte Autonome Eier auf die Rednerbühne. Von einem solchen, "autonomen" Ei getroffen, brauste Vogel auf: "Könnt ihr die nicht für was anderes : verwenden?", fragte er, sichtlich irritiert und entrüstet, fuhr danach aber

unbeirrt fort. Den aufbrandenden Beifall am Schluß seiner Rede quittierte er erleichtert mit einem Stoßseufzer: "So!!!" entfuhr es ihm und er warf für Augenblicke zentnerschwere Lasten ab. Der Entschluß der SPD, sich wieder auf die Seite der Friedensbewegung zu schlagen, war von der Mehrheit der Anwesenden (der Beifall bewies es) akzeptiert worden. Allerdings werden jene nun wohl auf die Konsequenzen dieser Worte warten: hoffentlich nicht vergeblich! Die Grünen-Abgeordnete Kelly warnte gleichermaßen vor einer 'Atomisierung' der Friedensbewegung, gleichwohl vor derselben innerhalb ihrer eigenen Partei. Feindbilder müßten abgebaut werden, sagte sie, und das in einer Weise, die als bewußtseisverändernde Maßnahme,

gleichsam ideell, den konkreten Abrüs-

tungsaktionen vorangehen müsse. Damit

befand sie sich in guter Gemeinschaft

mit fast allen Rednern dieses Nachmit-

tags. Ebenfalls von fast allen "Frie-

densrednern" wurde die Option für den

STA-Reisebüro Specht Specht Touristik + Abenteuer Rohrbacher Straße 27

Reisebüro Ursula Specht Türmergasse 25 6900 HEIDELBERG

06221-21897

06221-720051

"zivilen Ungehorsam" aufgenommen. Möglichkeiten und Bedingungen des gewaltlosen(!) Widerstandes wurden diskutiert, müßig vielleicht vor dem Hintergrund bayrischer Justiz-Praxis, derzufolge bereits das bloße "Muskelzukken" beim Wegtragen von Blockade-Demonstranten zur Verurteilung ausreicht. (S. den Bericht der letzten "Monitor"-Sendung vom 23.6.1987)



Friedlich, im Bewußtsein diesen Nachmittag sinnvoll verbracht zu haben, löste sich die farbenprächtige Versammlung auf, einige mitgebrachte Ziegen (ordnungsgemäß angeleint) bahnten sich einen Weg durch die lange Schlange der Polizeifahrzeuge, die,am Ausgang der Hofgartenwiese plaziert, eher verkehrsbehindernd als ordnend wirkten. Dennoch: als das "Ende eines Familien-

festes?", wie Günter Bannas in der FAZ, wohl eher rhetorisch fragt, ist dieses Werben um den Frieden nicht gerade zu bezeichnen. Mag der Rahmen dafür auch

familiäre Anklänge nicht ausgeschlossen haben- diese Friedensdemo, die Friedensbewegung insgesamt, ist mitnichten für derlei harmlos-familienähnliche Begrifflichkeiten einzunehmen. Hålt man sich demgegenüber die Worte

STA-Reisen & Flüge

einiger Sprecher der Koalition vor Augen: der Abbau der Mittelstreckenraketen könne nicht mit "Protestaktionen" erreicht werden, "sondern nur mit einer entschlossenen Abrüstungspolitik, wie wir sie seit 1982 betreiben..." (Kohl), oder: "...die Friedensbewegung ist über lange Jahre das wissentliche oder unwissentliche Instrument der sowietischen Westpolitik gewesen." (Geißler), so werden solche Außerungen von allen "Friedensbewegten" wohl nur mit einem gequälten Lächeln bedacht werden können.

Aus diesen mißbilligenden Kommentaren zu der Bonner Friedensdemo, die man als repräsentativ für die gesamte Bonner Koalition ansehen kann, spricht nicht weniger als eine tiefschürfende Diskrepanz des Politikverständnisses einerseits der (Minderheiten-) Gruppe, die sich als die uns regierende Führung ververstanden wissen will, andererseits der Gruppe, die aus der Sicht der Regierenden als die zu regierende verstanden wird.

Aus einer solch verengten Sicht herausund an vielen Beispielen ließe sich je-

...die Wende

ne allgegenwärtige Virulenz nicht eben demokratie-freundlicher Tendenzen belegen- sind die daraus folgenden und imweiter reichenden Konsequenzen der Bonner Wende nur folgerichtig.

Ein Staat der Regierenden und Regierten wird da sowohl auf semantischer als auch auf (pseudo-)legitimatorischer Ebene suggeriert und heraufbeschworen, der Politik als diplomatisches Jonglieren in Fraktions-Vorstandsphären verbannen will, da ja Politik nach dieser Auffassung ausschließlich eine Domäne für Fulltime- Politiker geworden ist. Demnach sind die oben zitierten Kom mentare Bonner Politiker als verzweifelter Versuch zu werten, die ohnehin in unseren Breiten recht sohwach entwickelte politische Kultur (die sich selbstverständlich nicht in Friedensdemonstrationen erschöpft) als marginale Randerscheinung zu brandmarken. Die Politikvorstellungen der Bonner Koalition läuft somit von vorneherein der nicht erst seit den 80er Jahren aufblühenden Protest- und (?) Selbsthilfebewegung zuwider.

In weiten Kreisen der bundesrepublika-

oder minder wirksame, neue Politik-Formen,

deren Relevanz sich weder als fiktional

Wie wenig flexibel im Grunde unser plu-

ralistisch-verfaßtes System ist, zeigt

nischen Bevölkerung wurde politische

Apathie überwunden, stehen nun mehr

noch als überflüssig erwiesen hat.

sich daran, daß neue politische Ak-

tionsformen von seiten der Politik-Macher schon im Keime zu ersticken versucht werden, Initiatoren der neuen politischen Kultur sich einem insistierenden Legitimationszwang ausgesetzt sehen, der politischer Arbeit nicht gerade zur Förderung gereicht. Aber, damit ich nicht falsch verstanden werde: dies ist k e i n Aufruf zur Anarchie! Ebensowenig ist den meisten alternativ-politisch Interessierten diese unlautere Absicht zu unterstellen. Verstanden wissen möchte ich mein Plädover lediglich als eine Aufforderung, sich nicht von denen regieren zu lassen, die von der irrigen Auffassung beherrscht sind, nur sie allein seien für die Politik, mithin für das Wohlergehen aller im Staat allein verantwortlich. Die Delegation der Macht im Staate darf nicht zu der oben überspitzt skizzierten Kluft zwischen Volk und Mandanten des Volkes führen. Die Artikulation des Volkswillens, so breit diese auch gestreut sein mag, darf mit den vom politischen System vorgegebenen Maßnahmen institutionalisierter Wahlen nicht erschöpft sein. Auch andere Artikulationsformen sind durch unser Grundgesetz legitimiert. Die (friedliche) Demonstration ist eine davon. H.J. vogels Worte, daß die Friedensbewegung mit "bewußtseinsverändernder Kraft" wesentlich zu einem Nachdenken über Möglichkeiten des Friedens beigetragen habe, haben sicherlich mehr als parteipolitische Bedeutung. Implizit zeigtsich hierin die Tragwei-

handlungen mit dem Studentenwerk, d.h. mit dessen Leiter Czaikowsky und stellvertretendem Leiter Gutenkunst, Putlitz und Prorektor Rau führte ab Oktober '86 eine Kommission aus Abgesandten aller Hochschulgruppen. Putlitz ging schon bald die Lust aus gegenüber der Unnachgiebigkeit, mit der sich die Studies Verwaltungskompetenzen vom Studentenwerk ertrotzen wollten, und kündigte seine Gesprächsbereitschaft auf. Am Debattiertisch nun noch mit Czaikowsky und Gutenkunst prallten die studentischen Kommissionsmitglieder weiterhin auf das mauernde Argument, daß das Studentenwerk das Haus besitze und sich daraus auch die alleinige Verantwortlichkeit ergäbe. Ein paritätisches Verwaltungsmodell sei juristisch nicht möglich, so wurde beharrlich beteuert



Die Ini ließ sich damit nicht abspeisen. Nachdem die festgefahrenen mündlichen Verhandlungen die Kommission Ende November zum Platzen gebracht hatten. konzentrierte sich die Ini zunächst auf die Mobilisierung einer breietern öffentlichkeit. Sie verfaßte, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, offene Briefe an Putlitz, Lothar Späth, das Ministerium für Wissenschaft und Kunst BaWű, sogar an Kohl und Weizsäcker ...und organisierte "Das Fest"im Studihaus! Am 16. Dezember schoben sich die Massen über die Tanzfläche im Clubraum, an Cocktail-, Saft- und Biertheke vorbei zu Kabarettprogramm und Dichterlesung in den Marstallsaal oder in die Mensa, wo statt des üblichen Eßtablettgescheppers diesmal zwei Bands den Sound machten.

and machten.

Kurz nach Mitternacht - das ist die Zeit, das das Studihaus laut Studentenwerksverordnung bei Feierei wie alle Tage geschlossen werden soll - fand sich im stillen zweiten Obergeschoß eine 40-köpfige Truppe Studierender ein und diskutierte unter dem Eindruck der munteren Fetenlaune, die sich unten durch die Ankündigung, daß jetzt Schluß sein müsse, keinen Abbruch hatte tun lassen, die spontane Idee, das Haus demonstrativ und symbolisch bis zum Mittag zu besetzen. Ungefähr 50 Leute blieben. Frühstück war um acht.

Das Studentenwerk verhielt sich ruhig, keine Polizei, kein Aufsehen.
Taktisch klug, sicherlich. Einen regelrecht feigen Anstrich gaben sich die Herren Putlitz und Czaikowsky erst, als sie zur Pressekonferenz im Studihaus am 17.12. gegen 14 Uhr, für die sie ihre Anwesenheit zugesagt hatten, nicht erschienen und auch von einer studentischen Abholdelegation wohl bewußtermaßen nicht aufzufinden waren.

Mit derartigem Verhalten besonders von seiten des Rektors vertraut, der sich des öfteren durch schlichte Unansprechbarkeit aus der Affäre zu ziehen versucht, und einmal mehr darūber verärgert, zog der Großteil der mittlerweile wieder im Studihaus Versammelten - ca.80 Demonstrierende - ins Rektorat. Den 'Putlitz-raus'- Sprechchor untermalte eindrucksvoll im Treppenhaus der Alten Uni das Sirenengeheul des Feuermelders, das ausgelöst zu haben von niemandem bekannt ist. Sowohl Prorektor Rau wie kurz danach auch Putlitz wurden auf dem Weg in ihre Amtsräume auf der Treppe gestellt. Während Putlitz, wenig erstaunlich, wieder durch Aussagearmut enttäuschte, sich weigerte, den Student/inn/en definitiv eine Podiumsdiskussion zur Problematik des "Hauses der Studierenden" zuzusagen, bemühte Rau die stereotype Leier von den - trotz allen guten Willens juristischen Gründen gegen eine paritätische Mitbestimmung. In einem informellen Gespräch mit zwei Kastra-Vertreterinnen kurz darauf zeigte sich Putlitz jedoch von seiner väterlichen, jovialen Seite und erklärte sich zu weiteren Verhandlungen, sogar zu der geforderten Diskussionsveranstaltung im im Januar '87 bereit. Auch billigte er den Studies das Recht zu, das Haus nach ihrem eigenen Ermessen zu gestälten.

Aha! Diesen kleinen Teilerfolg will zumindest die Ini der Vehemens ihrer Forderungen zugeschrieben haben.

Wir haben Schlagkräftige Argumente

Über die Weihnachtsferien machten sich die in Heidelberg Hinterbliebenen unter Rücksprache mit einem Anwalt daran, ein paritätisch geregeltes Verwaltungsmodell für das Studihaus, die Nutzungsordnung, zu entwerfen. Daß der Anspruch auf völlige Selbstverwaltung zunächst zurückgestellt und nunmehr ein mit je 3 Vertreter/innen der Studierenden und des Studentenwerks besetzter Ausschuß für die Leitung des Kommunikationszentrums (AUSKOZ) gefordert wurde, muß als situatives Entgegenkommen von seiten der Ini gelten. sollte sich später aber als schlichtwed naiv herausstellen. So läßt es sich aus heutiger Sicht nicht mehr als Erfolg für die studentischen Interessen verbuchen, daß Studentenwerk und Rektorat am 14.1.87 tatsāchlich auf die Nutzungsordnung eingingen und den paritätischen AUSKOZ als Entscheidungs- und Verwaltungsgremium in einer bloßen mündlichen Vereinbarung akzeptierten. Ein wahrhaftes juristisches Experiment, wie es hieß. Die erste Konsequenz war Putlitz' Absage in letzter Minute an die für den 19. Januar anberaumte Diskussionsveranstaltung per Flugblatt. Sicher glaubte er, seinen kommunikativen Pflichten als Rektor bereits genüge getan zu haben.

So fetzten sich die Studies
eben allein in Hörsaal 13 über die
Gangart, die mit der vertrackten Geschichte nun einzuschlagen sei, und besonders einzelne Vertreter der Hochschulgruppen taten sich darin hervor,
penetrant die Diskussion zu betimmen.
Eine lange Debatte um quasi "Realooder Fundi-Strategien" nahm ihren Lauf:
Nutzen des Hauses nach dem natürlich
nur den Mindestforderungen entsprechenden paritätischen Modell oder Hausboykott und keinen faulen Kompromisse.

der tragödie letzter teil?

die Studihaus - Story

VON CHRISTIANE TURSI

Zwei Semester Gerangel mit dem Studentenwerk um die Eigengestaltung und -verwaltung des im Juli '86 von Rektor Putlitz offiziell eingeweihten "Hauses der Studierenden" haben die eben letztgenannten bereits hinter sich. Für die "Initiative für ein selbstverwaltetes Student/inn/enhaus" ist ihr nun einjähriges Bestehen kaum ein Grund zum Feiern. Die Geschichte der Verhandlungen mit dem Studentenwerk ist ein trauriges Kapitel.

Bei Planung, Ausbau und Einrichtung des Marstallgebäudeteils, der mittlerweile gemeinhin als "Studihaus" bekannt sein dürfte, offenbarte das Studentenwerk in Gesinnungs genossenschaft mit der undemokratischen Uni-Leitung einmal mehr seine Neigung zur Eigenbrötelei. Die studentische Forderung, am Projekt beteiligt zu werden, blieb unerhört. So verbrach man eine Innengestaltung, die, seriös und nobel, zum Unijubiläum letztes Jahr herangepilgerte gesellschaftliche Größen vielleicht zu beeindrucken vermag, jedoch gekonnt verfehlt hat, die Interessen und Bedürfnisse kulturell oder politisch engagierter Student/inn/en zu berücksichtigen. Es gibt den zwar mit teurem Holz, aber ohne Bühne ausgestatteten Marstallsaal, einen großen "Clubraum" mit Ledersesseln, Marmortischchen, Parkettfußboden und grellem Neonlicht,

vier kleinere Gruppenräume, einen Bierkeller, ein Turm- und ein Sitzungszimmerchen mit Kronleuchter und Kamin, in
die Studies jedoch keinen Einlaß finden, einen zweiten Sock, wo zunächst
eine Bibliothek eingerichtet werden
sollte, nun aber das Bafög-Amt einquartiert wird, und es gibt einen Glaskasten, aus dem heraus es sich prima
Kuchen, Würstchen und Kaffee, etc. verkaufen und aufpassen läßt, daß es im
Studihaus gesittet zugeht und die Wände
so nackt und kahl bleiben, wie sie

te kollektiv artikulierten Volkswillens.

Student/inn/en verschiedenster politischer Coleur und mit verschiedensten Nutzungsinteressen faßten sich bei einer ersten Besichtigung des so unzweckmäßigen wie ungemütlichen Nobelschuppens an den Kopf. Einem geschenkten Gaul sollte man/frau sehr wohl ins Maul sehen, besonders dann, wenn er nur vorgegaukeltermaßen zur freien Verfügung steht. Das "Haus der Studierenden" ist ein Haus des Studentenwerks, in dem Studies nur als leisetretende Gäste willkommen sind.

Unwillens, sich auf diesen drohenden Status einzulassen, bildete sich im Sommer '86 bereits die Selbstverwaltungs-Ini, um studentische Ansprüche an ein sog. Kommunikationszentrum zu formulieren; um nach der baulichen Mißgestaltung zumindest über die Nutzung (mit-)bestimmen zu können. Die Ver-

Die erste Nutzer/innen-Vollversammlung am 29.1. entschied sich für den Versuch, probeweise für die Dauer eines Semesters mit dem Studihaus unter den ausgehandelten Bedingungen zu arbeiten und wählte aus ihrer Mitte die 3 studentischen Mitglieder des AUSKOZ, dem von seiten des Studentenwerks wer sonst, als Czaikowsky, Gutenkunst und Kulturund Öffentlichkeitsreferent Krebs bei-

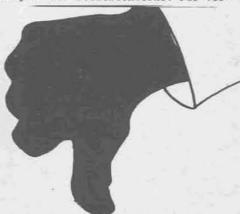
Von Zusammenarbeit, geschweige denn von paritätischer studentischer Mitbestimmung konnte jedoch von Anfang an keine Rede sein. Schon bevor der AUSKOZ zu tagen begann, wurde der Scheincharakter der Nutzungsordnung deutlich, als das Studentenwerk die implizierte Foredrung nach einer unabhängigen Schiedstelle für Streitigkeiten innerhalb des AUSKOZ milde lächelnd überging. 6 statt 15 von der Ini für knapp ausreichende organisatorische und inhaltliche Arbeit als notwendig erachtete Tutor/inn/en wurden vom Studentenwerk eingestellt und tun seit der Inhetriebnahme des Hauses zu Beginn dieses Sommersemesters ob folgender Bedingungen freudlos ihren Dienst: Oberaufsicht führt Kulturreferent Krebs. Wenn er nicht selbst mit wachsamem Auge das Geschehen im Studihaus im Schach hält, wo es unter der ruhigen Oberfläche vor lauter Subversivität und Randalelust ja nur so gart und brodelt,



ist er von dem/der Tutor/in sofort zu verständigen, so sich irgendjemand erdreistet, z.B. Plakate oder Bilder an die Wände zu kleben oder Vorhänge abzunehmen, kurz: gestalterisch im Haus tätig zu werden. Denn ein Gestaltungsrecht liegt allein beim Studentenwerk. (Selbst auf die Aussage eines Rektors kann sich niemand verlassen. Was wunder.) Statt der Tutor/inn/en hat Krebs das Hausrecht und die Schlüsselgewalt. Er bestimmt sogar - Befehl von oben! darüber, ob das Licht ausgemacht werden darf oder zu Kontroll- und Sicherheitszwecken anbleiben muß. So geschehen am 11. Mai beim Auftaktfest der Eröffnungswoche des Studihauses. Grelles Neonlicht tötete jede Tanzbereitschaft ab. 'Ob das Licht denn nicht doch ausgemacht werden könne', lauteten die Anfragen. 'Nein, das geht nicht; das geht eben nicht!', kam die Antwort aus dem Glaskasten. Das war nicht hinzunehmen. Ein kleiner Pulk kurz entschlossener Studies formierte sich zu einem Go-in-den-Glaskasten, jedoch nicht ohne mit dem Krebs (roten), der durch seine Brüllerei nur wenig beeindruckte, ein vernünftiges Gespräch zu versuchen. Schließlich sah er stumm zu, wie sich die Studies selbständig an den Lichtschaltern eine angenehme Atmosphäre im Haus schafften,...und fühlte sich genötigt! Tage später wurde dreien der am Go-in beteiligten Frauen schriftlich das Hausverbot angedroht.

Obwohl Krebsens Anwesenheit im Studihaus die gröbste Verletzung der Nutzungsordnung darstellt, erfolgte nach ähnlichen Kompetenzstreitigkeiten der Rausschmiß einer Tutorin, die für die Ankündigung der nächsten Nutzer/ innen-VV die Musik im Studihaus gegen Krebsens Widerstand leiser gestellt und zweitens tatenlos zugesehen hatte, als sich Studies zur Vorhangabnahme ermächtigten.

Im Studihaus hat das Studentenwerk mittlerweile recht schikanöse Spielregeln eingebürgert, ohne daß die studentischen Vertreter/innen im AUSKOZ ein Wörtchen dabei mitzureden gehabt hätten. Sie erfuhren wie alle anderen über Aushänge von den jüngsten "Verordnungen" des Studentenwerks. Für Ver-



anstaltungen im Clubraum oder gar im Marstallsaal gibt es Antragsformulare, die petitionär beim Studentenwerk, nicht etwa beim AUSKOZ, zur Genehmigung eingereicht werden müssen. Die Lesben-Vortragsreihe konnte da natürlich lange warten. Feste sind im Clubraum gar nicht mehr, im Marstallsaal nur unter Inkaufnahme hoher Mieten und das auch nur mit diplomatischen Fähigkeiten durchzukriegen. Alle Räume im "Haus der Sudierenden" - ha, lächerlich! sollen verschlossen gehalten werden. Biner Gruppe, die sich dort trifft, unterbreitet der/die Tutor/in mit saurer Miene zum schlechten Spiel einen Raumnutzungsantrag. Um welche Gruppe handelt es sich ? Wer zeichnet verantwortlich ? Name, Adresse! Bitte ausfüllen und Personalausweis vorzei-

Die nach allem gründlich überfahrene "Initiative für ein selbstverwaltetes Student/inn/enhaus" mit einer erstens zu lückenhaften, zweitens

nur mündlich bestätigten Nutzungsordnung und einem paritätischen Verwaltungsmodell, das zu keiner Zeit vom Studentenwerk ernst genommen wurde und zur bloßen Parce verkam, hat sich bisher auf kleine Widerständeleien beschränkt, hier mal ein Transparent aufgepflanzt, dort einen Raumnutzungsantrag unterlaufen. Allgemein hat man und frau eigentlich die Nase voll.

Aus dem Studihaus ist das geworden. was die Ini mit Kompromißbereitschaft zu verhindern gehofft hatte: ein gut kontrolliertes, vorzeigbares Wohnzimmer, weitab jedoch davon, die Bedingungen für ein studentisches Kommunikationszentrum, das diesen Namen auch verdiente, zu liefern: die Möglichkeit der eigenen Bewirtschaftung, eigenen Kneipenbetriebs, Bühne und technische Anlagen für Proben und Darbietungen von Bands und Theatergruppen, eigenständige Verfügung über den Haushaltsetat, unkontrollierter Zugang zu den Räumlichkeiten für die Studies, freie Bestimmung des Veranstaltungsprogramms, basisdemokratische Miteinbeziehung der Nutzer/innen bei der Verwaltung, sprich: Selbstverwaltung!

Das Studentenwerk - und sollte es nur das sein, was die vergangenen zwei Semester gelehrt haben - kann nicht Anwalt studentischer Interessen sein. Sein erstes Anliegen ist es augenscheinlich, die Fäden in der Hand zu behalten, um eine zweite CA-Erfahrung (Collegium Academicum - selbstverwaltetes, 1977 aufgelöstes Studi-Wohnheim) zu vermeiden.

Ist den Uni- und Studentenwerksleitungen somit jedes restriktive Mittel zur Entmündigung der Student/inn/en recht, tragen sie gleichwohl die Verantwortung für eine schärfere Gangart

Der studentische Teil des AUSKOZ wird noch einmal die persönlich Auseinandersetzung mit Czaikowsky, Gutenkunst und Krebs suchen. Die Initiative drittelte sich in Arbeitsgruppen a) zur Erstellung einer Dokumentation über die zurückliegende Konfliktgeschichte, die demnächst zu bekommen ist, b) zur Planung konkreter Aktionen mit druckverstärkender Wirkung und c) zur Ausarbeitung eines neuen Nutzungskonzepts.

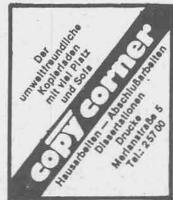
Wenn am 9. Juli der Verwaltungsrat, das quasi legislative Organ des Studentenwerks, tagt, wird ihm die Forderung nach Selbstverwaltung des Studihauses über ein Trägervereinsmodell vorliegen. (Student/inn/en gründen einen Trägerverein und mieten das Haus vom Studentenwerk an.) Eine Entscheidung ist dieses Semester kaum noch zu erwarten.

Das Studihaus ist, so wenig es bisher genutzt wird, über das Ansehen einer ziemlich pleitigen Veranstaltung noch nicht hinausgekommen. Das Studentenwerk scheint sich seiner unrühmlichen Rolle dabei noch kaum bewußt geworden zu sein. Daher nur als Hinweis: Eine Hausverwaltung, die die Student/inn/en mit ihren Interessen und Bedürfnissen langweilt, einengt oder regelrecht aussperrt, kann weder vor dem Land (Geldgeber) noch vor der allgemeinen Öffentlichkeit bestehen, und vor Studies schon gar nicht.



Die Selbstverwaltungsinitiative braucht mehr Leute, die bereit sind, ihre Anforderungen an das "Haus der Studierenden" zu artikulieren, denn ob hiermit das letzte Kapitel der Auseinandersetzung um den Kasten gehriehen wurde oder die Fortse noch folgt, dürfte eine Frage des längeren Atems und der breiteren Sympathien sein. Kontaktadresse: Andi 765605





NEWS

DER ALLGEMEINGEBILDETE

von Gunter Hofmann (aus:Die Zeit, Nr. 26, 19.6.87, mit frdl. Gen. der Zeit-Redaktion)

"Die sprachliche Schlunzerei im Schreiben verursacht eine Schlunzerei im Denken." Es war Bildungsminister Jürgen Möllemann, der mit dieser Bemerkung den Abiturienten ungenügende Kenntnisse der deutschen Sprache, ja überhaupt Lücken in der Allgemeinbildung vorhielt. Man muß hinzufügen, was Möllemann dann in dem Live-Interview mit dem Südwestfunk widerfuhr. Die Moderatoren in SWF 3 stellten dem Minister sechs Testfragen für Abiturienten,um seinen Bildungsstand zu erkunden. Also, wie schreibt man "Meerrettich"? Wohin kommt das Komma in folgendem Satz ...? Leider brach in diesem Moment die Leitung zu sammen, aber der Minister war gleich wieder am Telefon - und lag mit der Antwort richtig.

see"? Wie heißt die Hauptstadt von Texas? Der Minister murmelte nur etwas davon, es sei ja noch reichlich früh, um sich zu konzentrieren - und lag mit seinen Antworten glatt daneben. Wenig später meldeten sich die Moderatoren erneut:der Sprecher Möllemanns habe sich beschwert, der Live-Test sei gegen die Absprache gewesen; und wenn das nochmal vorkomme, na ja, er kenne den Rundfunkdirektor des SWF... Also, wer hatte nicht Wissenslücken ? Aber wer über fehlende Allgemeinbildung klagt, darf sich halt nicht selber erwischen lassen und dann auch noch böse deswegen sein. Der SWF wiederum könnte es vielleicht doch nochmal mit leichteren Testfragen an Möllemann versuchen. Zum Beispiel: Wer hat noch einen Koffer in Berlin? (Nein, nicht die

Aber wer schrieb die Novelle "Immen-

FLENSBURG (dpa) - An der privaten nordischen Universität in Flensburg/Neumünster (Schleswig-Holstein) hat der Lehrbetrieb begonnen. 31 Studenten sind seit dem 1. Oktober an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät eingeschrieben. Ein ingenieurwissenschaftliches Institut wurde in Neumünster gegründet. Jürgen Westphal (CDU), ehemaliger schleswig-holsteiner Wirtschafts- und Verkehrsminister, sagte als Vorsitzender des Trägervereins, die Nordische Universitüt bleibe vorerst ein Experiment.

Mit der Gründung und staatlichen Anerkennung im Juni 85 sei eine Stärkung des Wettbewerbs und der Kooperation zwischen den Hochschulen sowie eine Differenzierung innerhalb der "Bildungs- und Forschungslandschaft Schleswig-Holstein" beabsichtigt gewesen, meinte Kultusminister Peter Bendixen (CDU). In Anbetracht der wachsenden Zahl von Hochschulabsolventen, die in den kommenden Jahren nur schwer eine angemessene Stelle finden können, sei eine Umorientierung der Studienbildung notwendig. Die Nordische Universität biete eine Konzeption an, die auf eine Anpassung an die Anforderungen im Beschäftigungssystem ausgerichtet sei.

REGENSCHIRME 8000

GEDANKEN ZUM KONZERT AUF DER THINGSTÄTTE

VON WILLI RIEFE

Also, wenn meine Mutter mich nicht eingeladen hätte, ich weiss nicht,ob ich dafür 26 Mark berappt hätte. Und überhaupt, in ein Freiluftkonzert, wo es doch sowieso regnet, und, wie kriegen die denn all die achttausend Leute durch's enge Handschuhsheim da hoch?

Sie schafften's. Sie Hoffmann Konzerte führten den Wunsch des OB aus. wonach auf der Thingstätte endlich wieder Konzerte abgehalten werden sollten. Dieser, Zundel, schreibt dann auch im Vorwort des Programmhefts, was inzwischen wohl wieder jede weiss, dass nämlich vor soundsoviel Jahren die Thingstätte erbaut worden war, um den Deutschen die Nazikultur näher zu bringen. Das, so Zundel, erwies sich als ein großer Flop, weil diesüber das zu dieser Zeit aufkommende Radio viel billiger zu haben war.

Fünfzig Busse der HSB und der SWEG waren ständig im Einsatz, die Zufahrtstraßen für den übrigen Verkehr gesperrt, und wir kamen erstaunlich schnell und unversehrt oben an.

Die Ränge waren alle schon voll, wir waren aber bei Weitem nicht die Letzten über der Bühne war vorsorglich eine Kuppel gespannt, und die Musiker, alles Exilungarn aus Düsseldorf (oder war

Nachdem die Ouvertüren vorüber sind kommt endlich die Neunte, 1. Satz: Leise setzt er an, dann erwarte ich ein frischesForte, doch es kommt nur ein müder Abklatsch.

Die Zuschauer lauschen gespannt, ob nun der Musik, oder dem sich nähernden Donner, und gerade Letzterer gibt dem Ganzen den nötigen Gehalt. Beethoven hätte diese Interpretation seiner Mus gefallen.

Grandios das letzte ff im 1. Satz, begleitet von Blitzen, die leider etwas asynchron laufen und ... plötzlich ist er da, der Regen. Wie auf ein Kommando öffnen sich 8000 Regenschirme. Das Orchester spielt weiter.

Das Wasser läuft vom Schirm meines Hintermannes in meinen Nacken und das Ölzeug liegt noch zuhause. Ausserdem habe ich die 9. auf Platte und zuhause ist es heut eh gemütlicher. Wir gehen.

Später sagt man mir, das Konzert habe bis zum Ende stattgefunden, lediglich die am Rande der Kuppel stehenden Sängerinnen und Sänger wurden etwas nass. Sie sollen aber trotzdem recht mutig gesungen haben.

dageblieben und diese werden von sich trommels die Musik in den Hintergrund



in Gruppen oder unterhielten sich mit den Chorleuten aus Ludwigshafen und Landau. Erstere hatten schon mit, wie sie sagen großem Erfolg in Paris gesungen.

Eine kleine Verzögerung noch, zwei Busse haben sich verspätet (Plätze gibt es allerdings keine mehr), und es geht los. Ein grauhaariger Herr, dem sein Frack irgendwie schlecht steht, steigt auf sein Podest und - na ja, die Höhen kommen etwas dumpf rüber, und auch die Bässe reissen mich nicht gerade von der Stufe. Die Zuschauer und die Vögel sind noch etwas unruhig, doch bei den Pianissimos sind wir äusserst diszipliniert. Ein Misston bei einem Fortissimo, die Flöten setzten eine Spur zu spät ein,und, da wäre der alte Ludwig nie drauf gekommen, Bläser von oben, hinter den Rängen, den Ton aufnehmend und ein wenig damit spielend. Schade nur, dass es mich ein wenig an Waldhorngebläse erinnert.

Das Orchester liegt in seiner Geschwindigkeit etwa zwischen Karajan, dem Eiligen und Böhm, dem Behäbigen. Die Lautstärke war ausreichend.

Der Tag neigt sich seinem Ende, und wir sehen hinter der Bühne einige Scheinwerfer, die die Wand dahinter strahlenförmig beleuchten. Wie auf dem Plakat, über dessen Geschmacklosigkeit schon ausgiebig diskutiert worden war.

donnerwetter!



"Mei – jetzt ham ma uns scho t siebn Wochn nimma g'sehn

Unser ständiger Korrespondent in Rom meldet 2 Tage Regen auf 5 Tage Sonnenschein, bei Temperaturen um die 25 Grad. Der Hexenschuß einer unserer Mitanbeiter läßt sich kaum mehr vernehmen ein untrügliches Zeichen für besseres Wetter.

Fün die Semest-nfenion empfehlen win für die absoluten Sonnenanbeter eine Reise in die Sahara. Unbestätigten Meldungen zufolge, soll es dieses Jahr noch kein einziges Mal genegnet haben!



Heidelberg 06221-24646

ohrenschutz für Ruth Johanna Bennath schwimmbad musikclub?

VON UTE NIKOLAUS UND CONSTANZE REINDERS

Heidelberg. (citru). Wie gewöhnlich gut unterrichtete Kreise verlauten ließen, sollen künftig am Eingang des Schwimmbad Musikclubs zusätzlich zum wasserfesten Eintrittsstempel speziell hierfür entwickelte Lärmschutzhauben mit Ventilation und Mundzugang zur Verfügung gestellt werden. Vom traditionellen Ohrenwachs (OROPAX) wurde abgesehen, da man die Gefahr einer Perforation des Trommelfells durch die Wachskugeln bei starken Vibrationen nicht ausschließen konnte. Diese Maßnahmen wurden am 4.6. beschlossen, als nach einem Konzert der GOLDENEN ZITRONEN ("Monsters of Punk") Besucher über starke Koordinationsstörungen, ungewohnte Schwingungen in Bereich der Rirnrinde, Ohrensausen und Brechreiz klagten und

einige sich in ärztliche Behandlung begeben

Die zu diesen Vorfällen befragte One-man-Vorgruppe der GOLDENEN ZITRONEN, Rocko Schamoni, wehrte sich entschieden gegen den Vorwurf, "gehirnschädigende Minimalmusik" zu machen. "Es ist schlichtweg eine Dreistigkeit, uns die Auflage zu machen, Konzerte wegen akuter Einsturzgefahr künftig nur noch in Luftschutzkellern abzuhalten . Niemand kann bestreiten, daß wir uns um die deutsche Schlagermusik verdient gemacht haben, nicht zuletzt durch unser Requiem""Am Tag als Thomas Anders starb", mit dem wir meinen, unseren Beitrag zur Reduzierung von "sonnengegerbten Gesangsschwuchteln" geleistet zu haben. Und wem gelingt es schon, vor vollem Hause die gleiche Akkordfolge von kurzen Pausen abgesehen 2 Stunden lang durchzuhalten, ohne sich von den wechselnden Texten und den Jubelrufen begeisterter Fans beirren zu lassen. Das soll uns mal einer nachmachen!"

Es bleibt abzuwarten, ob der Siegeszug der "Monsters of Punk" durch die deutschen Hitparaden weitere Zitronenopfer fordern wird.

Guitar Magic'87

VON MICHAEL THIER

Paco de Lucia & John Mc Laughlin in concert

stand auf den Plakaten, die kurzzeitig an den Häuserwänden der Hauptstraße in Heidelberg klebten und alsbald, weil sehr begehrt, wieder verschwanden. So ein Tournee-Motto weckt natürlich Erwartungen, vor allem, wenn man die Kult-Scheibe "Friday night in San Francisco oder die weniger bekannte, aber mindestens genauso gute Platte "Passion, Grace & Fire" kennt.

Das ursprünglich Trio spielte am 14.6. in Mannheim zwar nur als Duo(der dritte Mann, Al Di Meola, hat sich selbstständig gemacht und war letztes Wochenende solo in Ludwigshafen zu hören), trotzdem hatten John Mc Laughlin und Paco de Lucia keine Probleme, sämtlichen Ansprüchen spielerisch und mit einem fantstischen Sound gerecht zu werden.

Faszinierend war dabei neben der Lässig keit, mit der Paco de Lucia seinen über das Griffbrett rasenden Fingern zusah, vor allem das Aufeinandertreffen zweier völlig verschiedener Spielarten: John Mc Laughlin, Plektrumspieler aus Überzeugung (Anm. für Nichtgitarristen:

KEIN KINDERSPIEL AM FUNUNDZWANZIGSTEN

Väterchen Staat

Zählt sichs an einem Händchen al

Das ist das Däumchen Das schüttelt uns wohl die Pfläumchen

Die Zeigelingerin Schon lange nicht mehr die Aufrechteste

Hat aufzuheben

Die faulen Früchtchen der Vielwirtschaf

Wer trägt sie in welches Haus In Romhensicheren Vorratskellern

IBt sie dann alle alleine auf

Das Väterchen

Von den Hand

über den kleinsten krümmsten Finger

In den großen Mund

Dieser Allesfresser

LINKES UND SCHÖNES



Martin Albrecht

DIE KUNST DES LACHELNS



10 Bausteine für ein erfülltes Leben Der garantierte Weg zum Erfolg Lemand will mich positives Denken Lehnen

Also gut

Fangen win an:

Wir bauen eine Maske DIN 2173

TUV genruft

Computersicher und

Meine ganz personliche Einheitsmaske

Mit der ich glücklich und Zufrieden bin Und vor allem

Positiv.

FREMDSPRACHEN - BUCHHANDLUNG Lothar Wetzlar/Inh.D.Michalak PLÖCK 79-81 6900 HEIDELBERG TELEFON 24165

Plektrum ist ein dreieckiges Plättchen zum Anschlagen der Saiten) und Techniker in Perfektion, erinnerte, wenn er nicht ebenfalls einen wilden Lauf austobte, etwas an seinen Landsmann Michael Hedges: fast meditativ, mit einem Hauch Jazzrock.Paco de Lucia dagegen ließ spanisches Temperament spüren, und verpackte auf einer Flamencogitarre Läufe nd Akkorde in eine mitreißende Rhythmik, für die Handballen, Gitarrenkorpus und Füße mit herhalten mußten. Von einstudierten Stücken anfangs wurde

mehr zu Improvisationen übergegangen,in denen sich die Beiden spontane Einfälle wie Spielbälle zuwarfen und regelrechte Scheingefechte durchführten,dabei wurde so ziemlich alles, was auf einer Gitarre machbar ist, mit einbezogen.

Die knappe, gerichtete Beleuchtung auf der Bühne tat ein Übriges, und der Funke sprang über. Schade nur, daß die Stimmung am Schluß (immerhin erst nach der 2. Zugabe) routinemäßig brutal abgewürgt wurde:Licht an und Musik vom Band, kaum daß die Bühne wieder leer war.

Trotzdem ein gigantisches Konzert!

"Wohlstand, Ansehen, Interesse" Was erwarten Heidelberger Schüler/innen von der Uni?

UTE NIKOLAUS UND ECKARD BUND BEFRAGTEN SCHÜLER/INNEN AM HÖLDERLIN-, KURFÜRST-FRIEDRICH- UND HELMHOLTZGYMNASIUM

"Ich bin zufrieden"



CHRISTOPH U. HANSJÖRG SIND IN DER JAHR-GANGSSTUFE 12 DES HÖLDERLIN-GYMNASIUMS

Schlagloch: Was versprecht Ihr Euch

Christoph: Ja, wahrscheinlich Berufsausbildung, und außerdem machts Spaß, man hat gute Chancen und kann ganz gut Geld verdienen mit Chemie, oder? Hansjörg: Bei mir auch wegen der Berufsausbildung, und besser als gleich zu arbeiten, mehr Freizeit. SL: Macht Euch die Akademikerarbeits-

losigkeit Sorgen? H: In Meeresbiologie gibt es noch gu-

te Chancen. SL: Wollt Thr in Heidelberg studieren? Ja, wahrscheinlich, es gibt gute Einrichtungen hier für Chemie.

SL: Wollt Ihr nicht mal weg von zuhause? Ich fühl' mich wohl zuhause. SL: Stichwort Studentenbewegung - Wollt

"...die schlappen halt

in ihre Vorlesungen"

Ihr Euch außer dem Studium noch engagie- Ich glaub' nicht, daß sich was ändert,

C: Weiß ich nicht, ich kenn' ja die Leu- Ich denke, zur Zeit, daß es viel schlimte nicht, war ja nie dort. mere Probleme gibt.

SL: Würdet Ihr gegen Studienverschärfungen etwas unternehmen wie jetzt bei Euch mit der Abi-Deform?

C: Nein, ich bin zufrieden. Solange es mich nicht direkt betrifft. Ich glaube nicht, daß ich mich groß engagieren würde, denn wenn es mal zum Konflikt

kommt mit jemandem... H: Ich glaube, das betrifft uns schon, und ich würde mich bestimmt dagegen weh-

SL: Habt Ihr von der Demo gehört, die morgen sein soll?

C: Gegen den Kultusminister? Ja, gehört schon, aber hingehen werde ich da nicht, außerdem ist mein Vater selber an der Uni, von daher... (lacht) SL: Was bekommt Ihr so von der Uni mit?

Heidelberg ist ja die Studentenstadt, die 600-Jahr-Feier wurde mit großem Pomp gefeiert.. H: Hat man wenig mitgekriegt, irgendwie

C: Nur, daß es eine Demonstration gegeben hat, und von meinem Vater her... H: Ich hab's nur von anderen Studenten mitgekriegt, die wollen schnell von Heidelberg wieder weg.

SL: Wie läuft die Finanzierung Eures Studiums?

C: Meine Eltern würden mich unterstützen. Wenn es nicht reicht, müßte ich halt jobben. Ich mach mir da keine großen Gedanken.

H: Meine Eltern sind auch positiv zum Studium eingestellt.

Ich will erst mal was mit dem Händen

machen und will mich nicht in Vorlesun-

gen setzen und mir was erzählen lassen,

später vielleicht, in 1 - 2 Jahren. Ich

möchte gerne Entwicklungshelfer werden,

und wenn man dafür studieren muß, viel-

jobben oder eine Lehre anfangen. Meine

unterstützen. Ich möchte was mit Kunst

machen, aber erstmal eine Lehre.

beide: Mensa...

SL: Was kriegt Ihr von der Uni mit?

SL: ..., und von den Student/inn/en? N: Ist wohl nicht soviel los, die

beschweren sich und machen dann doch

Abi keinen Ausbildungsplatz bekommt?

auch gerne ins Ausland gehen.

einen Studienplatz zu bekommen.

nichts. In der Schule machen wir jetzt

am Donnerstag Gottseidank eine Demo. SL: Habt Ihr Bedenken, daß Ihr nach dem

N: Ich hoffe, daß es klappt. Ich würde

SL: ..., wenn nicht, bleibt dann doch noch die Uni als Möglichkeit?

N: Na, es ist ja auch nicht so leicht,

schlappen halt in ihre Vorlesungen. Sie

schieden haben, was Ihr machen wollt. Gibt es sowenig, daß Euch die Wahl so schwer fällt?

A: Es heißt dann auch immer, dieser Beruf ist überlaufen. Ich war am Tag der

wenn sogar die Lehrer dagegen sind..

SL: In einem Jahr müßt Ihr Euch ent-

Mas man da keine Chance hat. K: Die sagen ja auch, daß der naturwissenschaftliche Bereich immer mehr gefragt ist. Wenn man sich dafür nicht in-teressiert, muß man sehen, wo man bleibt SL: Wollt Ihr Euren Beruf Euer ganzes Leben ausüben oder nur bis Ihr heiratet oder Kinder bekommt?

A: Ich möchte schon mal Kinder und viel-Leicht dann aussetzen, aber nachher offenen Tür am DI, und die haben gesagt, wieder in den Beruf hineinkommen.

"Leistung ist es, was zählt..."

SL: Wollt Ihr in Heidelberg studieren?

Katharina: Weg von hier sofort Immer dasselbe, ist doch lang-

Christiane: Es kommt auf das Fach an und auf den Ruf, den

die Uni hat. <u>SL:</u> Schon im Hinblick darauf, daß Du dann später bessere Chancen hast?

SL: Wollt Ihr studieren, um bekommen oder

primar eine Berufsausbildung zu CHRISTIANE, DANIELA, KATHARINA, RALF, JGST. 12, KFG, WOLLEN ALLE AN DIE UNI

weil Ihr denkt, es brächte etwas für Euch persönlich?

C: Das Studium ist überhaupt die Voraussetzung, um etwas zu machen. Ich kann ja kein Architekt werden, ohne daß ich studiert habe!

SL: Geht Ihr mit, morgen auf die Demo

Daniela: Was sind das für Gesetze? K: Da kann man schlecht gegen demonstrieren, wenn man nicht weiß, worum

Ralf: Ich glaube nicht, daß das großes leicht schon, z.B. Ökologie oder Agrar-wissenschaften. Jetzt aber erst mal rum-Interesse hier findet. Die Schule hier rum- ist nicht besonders aktiv, besonders die

jobben oder eine benit studiere.

Eltern wollen, daß ich studiere.

Eltern wollen, daß ich studiere.

Studentenbewegung, anläßlich des 20. To
Ger Wenn ich weiter so in der Schule rum- destages von Benno Ohnesorg. Habt Ihr

destages von Benno Ohnesorg. Habt Ihr vor, Euch an der Uni einzumischen?

C: Man kann das nur wissen, wenn es einen betrifft. Wenn man studiert, und es stört einen, glaube ich schon, daß man

etwas dagegen tut. R: Die sind ja auchpolitisch ziemlich fest organisiert. Es ist da schwierig, wenn man nicht dieselben Vorstellungen hat. Man wird Schwierigkeiten haben, sich durchzusetzen. Wahrscheinlich findet man auch nicht unbedingt Gehör. SL: Werden Euch Eure Eltern im Studium

R: Auf jeden Fall. Teils, teils. Ich denke schon, daß man noch selber dazuverdienen muß.

finanziell unterstützen?

K: Ich nicht. Ich könnte jetzt nicht jahrelang stu-

dieren, nur aus Spaß. SL: Sucht Ihr das Studienfach nach Arbeitsmarktchancen oder Interesse aus? R: Wenn wirklich das Interesse da ist, ist auch die Leistung da, und Leistung

ist es, was zāhlt. Es ist aber nicht alles von Leistung abhängig: Stichwort Lehramtsstu-

R: Ja, das ist ein besonderes Kapitel. SL: Was habt Ihr für einen von der Uni Heidelberg?

D: Tag der offenen Tür...

R: Das hat ja so ziemlich nichts gebracht, oder?

SL: Und von den Student/inn/en?

Habt Ihr den Eindruck, daß da was läuft? R: Wenn die Uni vorbei ist, läuft da auch nichts mehr - jedenfalls nicht mehr im Zusammenhang mit der Uni.

SL: Hat Heidelberg ein typisches Studen-

t/inn/enleben? R: Es ist auf jeden Fall eine typische Studentenstadt, wie die Leute aussehen.. SL: Prägt der Tourismus die Stadt nicht stärker?

K: Der natürlich auch. R: Find' ich nicht.

SL: Was ist denn das typisch Studenti -K: Cave ...

ein anderer Schüler: Das war mal! SL: Was reizt Euch an der akademischen Ausbildung?

R: Wohlstand, Ansehen, Interesse C: Ansehen und Geld zu haben spielt sicher auch eine Rolle, jeder versucht ja später mal was zu verdienen, um sich was

SL: Macht Ihr Euch Sorgen wegen der Examina und Prüfungen, die immer Schärfer werden?

D: Das schafft ein schreckliches Klima, auch schon in der Schule.

K: Find' ich nicht. R: Ich auch nicht.

leisten zu können.

Hier gammelt so ziemlich jeder rum. Es sind eigentlich nur ein paar, die totalt ehrgeizig sind. Ich mach mir da

SL: Der Streß hat sich also gar nicht ausgewirkt?

K: Überhaupt nicht!

mer vorgeschrieben, was ich machen muß. "...die haben mir gleich gesagt, daß ich

NICOLE U. CAROLA SIND IN DER JAHRGANGS-

Carola: Ich möchte gerne Fotografin wer-

Nicole: In der Schule wird mir schon im-

STUFE 11 DES HÖLDERLIN-GYMNASIUMS UND

WOLLEN VORERST NICHT STUDIEREN

Katrin: Vielleicht mach' ich eine Bankweil man da am meisten verdient

keine Chance hab'

will. Medizin, Tiermedizin würde mich interessieren, aber das Studium ist so lang, und ich weiß nicht, ob ich alles packe und alles kann.

Anna: Bei mir sind es auch finanzielle Gründe, wenn ich 8 Jahre studiere, und hinterher bekomme ich keine Stelle. Ich will auch mal selber Geld verdienen. SL: Würden Eure Eltern Euer Studium im Fall unterstützen?

K: Wenn ich ein Studium abbreche, dann ist das auch verlorene Zeit. Eine Lehre dauert nur 2 Jahre, das kann ich besser



GYMN.. JGST. 12. WISSEN NOCH NICHT GE-NAU. WAS SIE NACH DEM ABI MACHEN WOLLEN

übersehen. Da hat man schon mal was. SL: Was kriegt Ihr von der Uni mit? A: Die Biofete.

K: Ja, höchstens die Faschingsfeten. SL: ..., und von den Student/inn/en? A: Daß sie ziemlich viel freihaben. K: Die Studenten, die ich kenne, gehen ständig in Urlaub.

SL: Geht Ihr morgen auf die Demo? A: Ich habe schon davon gehört, aber ich (Gelächter). Ja, weil cih noch keine Ahhab' keine Zeit, und ich weiß auch nicht, nung habe, was ich mal machen will. ob das was bringt, wenn ich da mitmache. SL: Was erwartet Ihr vom Studium?

"Mit den Studenten ist ja auch nicht mehr viel los . . . "

SL: Wollt Ihr nach der Schule studieren? alle: Ja.
- Was, weiß ich noch nicht.

- Philosophie oder Psychologie. SL: Das kam eben so selbstverständlich, mit dem Studium...

(Gelächter) Ja. erstmal ein paar Jahre studieren



ANDREAS, RALF. SVEN, MATHIAS, PETER U. JÖRG AUS DER JGST, 12 DES HELMHOLTZGYMN.

FORTSETZUNG AUF SEITE 11 , SPALTE 1

HERCULE! und sonnigen Zeiten

Jürgen Kirch Fahrradhaus Plöck 81 Tel. 2 40 46 69 Heidelberg



Kurfürstenanlage 57, 69 Heidelberg Tel.: 06221/254 58

Frauenbuchladen

* umfassendes Literaturangebot zu Frauenthemen * monatliche Frauenkulturverantaltungen * zuverlässige, schnelle Lieferung aller Bücher

Theaterstr. 16, 69 Heidelberg, © 06221/22201 Öffnungszeiten: 10-18.30 Uhr Sa/lg. Sa: 10-14/16

VON VIRGINIA CHAN

FORTSETZUNG VON SEITE 10

"Die Dummen sollen dumm bleiben...."

- Ne gute Zeit.

- Naja, meine Schwester studiert, die

hat action den ganzen Tag. Es kommt ja darauf an, was du stu-

dierst. Bei manchen Sachen kannste aber locker deine Zeit absitzen.

Ja, sicher kann man, aber was hast du hinterher davon?

- Nimm mal an, du studiest Geografie. Da hast du hinterher auch nichts davon, das

nützt dir auch nichts. - Knn ja sein, daß ich irgendwann mal

nen Job kriege. SL: Wollt Ihr in Heidelberg studieren?

- Weg, weg!

SL: Wegen der Eltern oder wegen der

- Wegen der Stadt - die ist tot.

- Es ist zuwenig Freizeitangebot da. Es läuft allgemein zuwenig.

- Wenn du fünf, sechs Jahre hier gelebt hast, dann reicht's dir. SL: Wo wollt Ihr hin?

München

- Freibung

SL: Warum gerade Freiburg?
- Da geht's ab

- Randale

- Ja, Berlin zum Beispiel.. SL: Wollt Ihr Euch an der Uni politisch engagieren?

SL: Da würde sich auch Berlin anbieten..

- So asta-mäßig? SL: Oder auch im Bezug auf Friedensbewegung oder in einer Volkszählungsini z.B. - Ja, ich denk' schon

- So AStA vielleicht. gegangen - Wir beide waren da SL: Läuft hier was an der Schule, SV-

Arbeit oder so? - Nö, nö. - Das ist sehr stark rechts t hier. - Schwarz bis ins - Wenn alle 2 Jahre mal der orientiert hier. braune. Schülersprecher mit dem Rektor reden darf, wenn er bis ins Sekretariat kommt,

ist es schon gùt. SL: Was kriegt Ihr von der Uni mit? Wenn man keine Leute kennt, Studenten, dann kriegt man auch von der Uni nix mit SL: Gibt es sowas wie Studentenleben für

Mit den Studenten ist ja auch nicht mehr viel los. - Die Faschingsfeten. SL: Wie werdet Ihr Euer Studium finanzieren?

- Irgendwas nebenher würde ich schon ma-

chen, Taxifahren z. B.

- Ich muß mein Studium selbst finanzieren. Ich muß auch jetzt schon jobben ge-hen - das ist vielleicht die Ausnahme. SL: Später hättest Du eventuell die Möglichkeit, Bafög zu bekommen.

- Ich muß dann ja Miete zahlen und Bücher. Den Höchstsatz werde ich wohl bekommen, aber das reicht ja wohl nicht zum Leben.

SL: Wie siehst Du das Bafög als Darlehn, mit der Aussicht, Schulden zurückzahlen zu müssen.

- Das sehen die doch nie vom Andi! Wenn man mal Arzt ist, die verdienen sich doch dumm und dämlich, die können

das dann auch zurückzahlen. SL: Akademikerarbeitslosigkeit, wie seht Ihr das? Wie soll man das lösen?

- Auf jeden Fall nicht mehr zurück zu einer Blite. - Das findet aber gerade statt, in der

Schule, der ganze Leistungsdruck, der von oben auf die Schüler ausgeübt wird, und dann untereinander, und jeder Schüler ist mehr oder weniger auf sich selbst gestellt. Einzelkämpfer.

auf der Strecke bleiben, wird nix getan. - Es sollen nur die Leute studieren, deren Eltern auch das Geld haben. Die Dummen sollen dumm bleiben. SL: Was haltet Ihr von Studentenverbin-

dungen? - Wenn ich die sehe, krieg

ich das kalte Kotzen. - Rechtsradikal ja gerade nicht, aber wenn ich die Typen durch die Straßen ziehen sehe, wie zu Kaiser Wilhelms Zeiten, dann geht wir der Hut hoch, mit Ihren Bändchen und

Gegen Biertrinken hab ich ja nichts, aber in der Form ...



Sex im Aidszeitalter



EINE UNTERSUCHUNG ÜBER DAS SEXUALVERHALTEN MÄNNLICHER STUDENTEN VOR UND NACH AIDS

VON MICHEL SCHUMMER

blieben ist.

Seit Monaten sind sie in aller Munde. Worte, die wir früher nur schamhaft benutzten, sind salonfähig geworden. Kondome kann man bald an jeder Stra-Benecke ziehen, und die Tageszeitungen berichten über die unterschiedlichsten Sexualpraktiken.

Ein Virus hat unser Vokabular verwandelt, die Krankheit und deren Bekämpfung führt uns an die Grenzen von Wissenschaft und Ethik. Das Einzige, was bislang davor schützt ist Enthaltsamkeit, sexuelle Treue oder Safer Sex.

Während zuverlässige Informationen über Sex im Aidszeitalter rar sind, während die Emotionen von Gauweiler und Co. hochgepeitscht werden, haben Klaus Tillmann und Robert Braun, zwei Heidelberger Psychologiestudenten eine Untersuchung abgeschlossen, die als Projekt der Psychosomalen Klinik ihre Diplomarbeit darstellt. Darin wurden 124 homo- und heterosexuelle männliche Studenten aus dem gesamten Bundesgebiet über ihr Sexualverhalten vor und nach Aids befragt.

Von den 124 Männern waren 72 schwul oder bisexuell, 54 heterosexuell. Zum Zeitpunkt der Umfrage (Juli - September 86) beschränkte sich die Aufklärung über Aids noch auf die "Randgruppen", waren doch noch verschwindend wenig Vertreter der "Hauptgruppe" er-

krankt. Die Studie ist nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Männer in der BRD, da 1. nur Studenten befragt wurden, und da 2. Homosexuelle, die häufig wechselnde Partner haben oder in Extrembereichen der Szene verkehren (Lederbars, S&M etc.), nicht erfasst wurden.

Über die Hälfte der Schwulen bzw. der Bisexuellen haben ihr sexuelles Verhalten geändert, z.B. die Partnerzahl eingeschränkt (33%), keinen Sex mehr mit offensichtlich Promisken (40%) Die häufigste Veränderung gab es beim Verzicht auf Oral- und Analverkehr. 60% der Schwulen halten Safer Sex für notwendig. Der Begriff Safer Sex umfasst jedoch nicht klar umrissene Verhaltensweisen, sondern beinhaltet u.A.

- eine Reduzierung der Partnerzahl
- einen Verzicht auf übertragungsrelevante Praktiken
- den Gebrauch von Kondomen. Auffallend ist, dass Männer, die ihre Homosexualität nicht akzeptieren, feste Bindungen suchen, wobei ihre Angst vor Erkrankung weitgehend ge-

Umgekehrt bei den restlichen Schwuweniger Furcht vor Aids haben, als in dem Jahr vor der Untersuchung. (Ein ERfolg der Aufklärungsarbeit, meint K. Tillmann.)

Die Heterosexuellen wollen sich nicht ändern. Zwar gibt ein Drittel



von ihnen an, manchmal Angst vor Aids zu haben, da diese Angst jedoch keine Verhaltensänderung nach sich zieht, ist sie offenbar eine andere, als die der Schwulen. Möglicherweise liegt hier ein Übernehmen diffuser Bedrohungsgefühle aus den Medien zugrunde.

Klar auch, dass diese nicht mehr als bisher zum Kondom greifen. 40% der Homosexuellen dagegen benut-

Ein Großteil der SChwulen ist sich demnach seiner Verantwortung für sich und vielleicht auch für den Partner bewusst. Die Heterosexuellen schliefen vor knapp einem Jahr noch den Schlaf der Verdrängung. Es täte ihnen gut, über den Aspekt der eigenen Bedrohung bzw. der Gefährdung der Partnerin nachzudenken. Denn: Aids ist eine Gefahr für jeden Menschen, unabhängig von der sexuellen Orientierung, wenn er nicht in einer monogamen Beziehung

50.000 Studierende auf landesweiter Demo in Stuttgart Späth kündigt Wiedereinführung der Verfaßten StudentInnenschaft an Engler und Möllemann zurückgetreten

Ganz so weit ist es noch (?) nicht. Aber immerhin: 5000 (Radiomeldung) kamen, um Späths Konzept der "Ruhe an den Hochschulen zu durchkreuzen". Chancengleichheit statt Elite und Studiengebühren, Rücknahme der UG-Novelle monstrationszuges.

Auf der Abschlußkundgebung teilte Maria Leenen vom Vorstand der vds (vereinigte deutsche studentenschaften) mit, daß Möllemann den ersten Rückzieher bei seinen Plänen, das Bafög zukünftig als Bankdarlehen zu vergeben, habe machen

Dorothea Rieckhard von den Basisgruppen sagte deren Unterstützung im Widerstand gegen die Pläne von Landes- und Bundesregierung zu, betonte aber, daß es wichtiger ware, sich mit der Forschungspolitik und den Inhalten der Ausbildung auseinanderzusetzen. Die Basisgruppen forderten in ihrer Erklärung zum Boykott der High-Tech-Forschungszentren, u.a. dem Heidelberger ZMBH, auf.

VON ANSGAR LERNER

Tanja Mehrer von der Landes-Frauenkoordination meinte, daß sich die 'Studentinnen nicht von Alibimaßnahmen abspeisen lassen dürften, wie dies in der neuen Unigesetznovelle der Fall ist, dre nicht über eine pure Absichtserklärung, die Situation der Frauen zu verbessern, hinausgeht. Sie forderte mit Nachdruck eine Frauenbeauftragte für jede Uni, die über genügend Mittel und Kompetenzen verfügt, um wirksam gegen Diskriminierung vorgehen zu können. So z.B. ein Vetorecht bei Einstellungen und ein Teilnahmerecht an den Berufungskomissionen. "Wer eine humane Wissenschaft will, braucht die Qualifikation aller." Das Schlußwort hatte Martin Himmelsbach von den Fachschaften Stuttgart: "Jede Politik, die Argumente durch

Macht ersetzt, wird auf unseren erbitterten Widerstand stoßen. Es war eine gute Demo, ein guter Tag, schafft viele gute Demos und Hochschultage."

Klobürsten-Renovierung à la Studentenwerk?

Im Rahmen der Renovierung eines

Gebäudetrakts eines der Studentenwohnheime des Studentenwerks HD mußten auch die erst vor kurzem für diesen Gebäudetrakt erworbenen zehn Klobürsten wieder auf Hochglanz gebracht werden. Schließlich werden für fünf Stockwerke neue Waschbecken, Klotöpfe Küchenzeilen etc. gekauft. "Infolge eines Mißverständnisses" fanden die Bewohner/innen eines Stockwerks im anderen Trakt des Gebäudes am Wochenende 29.-31.5. jene zehn Klobürsten in ihrer Badewanne eingeweicht in einer scharfen, grünen Chemikalien-Brühe. Nach Beobachtung der Bewohner/innen war dies das Werk eines Vorarbeiters der Putzfirma, die vom Studentemwerk für die Sorge um Reinlichkeit in diesem Haus angestellt ist. Die eigentlichen Benutzer/innen der Badewanne unterbrachen den Reinigungsprozeß nicht - lediglich ein Brief wurde über dem Werk angebracht: derjenige, der auf die "glorreiche Idee" gekommen war, mit jenen zehn Klobürsten das Bad ein ganzes Wochenende lang zu besetzen, sollte sie auch wieder entfernen und die Wanne in ihren alten benutzbaren Zustand bringen. Der Brief fand Anklang und Lob bei



jenem Vorarbeiter, er am Montag darauf

kam, um zehn strahlende Klobürsten in seinem blauen Plastiksack abzuholen Er wurde von den Bewohner/innen darauf hingewiesen, daß eine Badewanne wohl in keinem Haushalt dazu dient, die Klobürste zu reinigen. Da gab er ihnen Recht, denn "normalerweise macht man dies im Waschbecken", aber Studenten/innen seien sowieso nicht so genau, sie als Klo, und deshalb... und außerdem sei es micht seine Idee gewesen, sondern die Anweisung einer höheren Stelle, die er nur ausgeführt habe, Schließlich brauchten sich die Bewohner keine Sorgen um ihre Wanne zu machen es handelte sich um ein starkes Desinfektionsmittel, das auch die Wannenwände gründlich säuberte, so der Experte, der einen Lehrgang als Desinfektor für Krankenhaushygiene absolviert hat. Das Studentenwerk hat sich inzwischen

schriftlich für die "Zweckentfremdung der Badewanne"entschuldigt und verspro chen, daß sich dieser Vorfall nicht wiederholen wird...

Liebe Loute.

in jeden Ausgake von "Schlagloch" wollen win einige Seiten für Fachschaften, Initiativen, sonstige Gauppen und alle StudentInnen, die etwas zu sagen halen, zur Verfügung stellen.

Die Artikel sollten nicht länger als vier DIN A4-Seiten sein, sonst kniegen win sie schlecht unten.

Bis zum Redaktionsschluß den nächsten Ausgale am 3. November müssen diese in unserem Fach im KastRa, Lauerstraße 1 eingegangen sein.

IG GESCHICHTE

Zur Neuregelung der Zwiechenprüfungsordnung und den Aktivitäten am Fachbereich Geschichte:

Was ist geschehen?

Letztes Semester wurde die Zwischenprüfungsordnung (ZPO) geändert, so daß Studenten zwangsexmatrikuliert werden können, sofern sie ihre Zwischenprüfung nicht bis zum Beginn des 7. Fachsemesters abgelegt haben. Aufgrund dieser Verschärfung der ZPO wurden ca. 140 Studenten exmatrikuliert. Diese Exmatrikulationen wurdenspäter wieder aufgehoben.

Jetzt, am 12.5., hat der Senatsausschuß für Prüfungsangelegenheiten erneut über die ZPO beraten und einen leicht geänderten Entwurf vorgelegt: \$5 Zeitpunkt der Prüfung, Verlust des Prüfungsanspruches, Ausnahmen

- (1) Die Zwischenprüfung ist in allen Fächern bis zum Ende des 4. Fachsemesters abzulegen.
- (2) Der Prüfungsanspruch geht verloren, wenn die Zwischenprüfung einschließlich etwaiger Wiederholungen nicht bis zum Beginn der Vorlesungszeit des7. Fachsenesters abgelegt ist; es sei denn, daß der Studierende die Fristüberschreitung nicht zu vertreten Hat. Als nicht zu vertretende Gründe sollen z.B. die regelmäßige Mitarbeit in universitären Gremien, soziale Härtefälle (wie selbstständiges Bestreiten des Lebensunterhaltes, Krankheiten ode#Schwangerschaft), Auslandsaufenthalte, Studienortwechsel gelten. Über Gewährung und Länge der zusätzlich gewährten Frist entscheidet der Prüfungsausschuß auf Antrag der Studen-

Dieser Paragraph entspricht im wesentlichen dem Paragraphen 5 des alten Entwurfes, neu sind nur dieauf Antrag der Studentenvertreter eingefügten Beispiele für die Gründe unverschuldeter Fristüberschreitung.

Welche Konsequenzen?

Mit dieser Regelung wird die Zwangsexmatrikulation von Studenten möglich!

- Verlust des Prüfungsanspruchs: das bedeutet nach §50 des Universi-Eätsgesetzes, daß demStudent die Zulassung zu seinem Studienfach verliert undsich an der Uni Heidelberg nicht mehr in seinem Fach immatrikulieren kann.
- Beantragen einer Fristverlängerung: jede Kommilitonin/jeder Komilitone kann - hat er/sie die Gründe der Fristübertretung "nicht zu vertreten" - beim zuständigen Prüfungsausschuß zwar eine Fristverlängerung beantragen doch besteht daffir kein Rechtsanspruch Es handelt sichlediglich um einen Soll

Die Möglichkeit einer Fristverlängerung

bestand schon im letzten Semester, dennoch wurden etwa 140 Leute exmatriku -

Wer ist betroffen?

Die neue ZPO tritt voraussichtlich im SS'88 in Kraft und betrifft:

- 1. all diejenigen, die im SS88 ihr Studium beginnen werden.
- 2. alle Studenten/innen, die seit dem SS '83 Geschichte studieren.
- Für sie wurde eine Übergangsfrist nicht rechtsverbindlich festgesetzt, es wird lediglich empfohlen, diesen Studenten auf Antrag hin, eine einjährige Ubergangsfrist zu gewähren; d.h. Studierende, die seit 1983 studieren, können eventuell 2 Semester Ubergangsfristbekommen.
- 3. Alle Studenten, die ihr Studium vor dem SS '83 begonnen haben. Sie haben nach Inkrafttreten der neuen ZPO drei Jahre Zeit, ihr Grundstudium abzuschließen, - danach müssen sie die ZP nach ZPO 1983 besonderer Teil nachweisen (Vorlesungsprüfung, großes Latinum) bzw. zwei Hauptseminarscheine als ZP - Leistung vorlegen.



Wie geht es weiter? Die neue ZPO wur-

de am 4.5.1987 vom Senatsausschuß für

Prüfungsangelegenheitenformuliert und

liegt demnächst als Entwurf den Fakul-

tätsräten vor. Haben diese ihre Zustimmung erteilt, wird die Vorlage an den Mleinen Senat weitergeleitet, der ebenfalls seine Zustimmung erteilen muß. Erst dann kann sie in Kraft treten. In beiden Gremien spielen studentische Interessen keine Rolle: lediglich drei "Studentenvertreter" nehmen an den Sitzungen dieser Gremien teil, die darübenhinausgemäß UG von 1977 ohnehin direkt dem Wissenschaftsministerium unterstellt sind. Die Zwangsexmatrikulation muß verhindert werden! Das geht nur, wenn wir unsere Interessen abst in die Hand nehmen! Zu den Aktivitäten im Fachbereich Geschichte: in den Vorlesungen von Prof. Gieselmann und Prof. Miethke, sowie einem PS in osteuropäischer Geschichte wurden bereits Briefe verfaßt und verabschiedet, die von einer Delegation aus Studenten/innen unpolitische Elfenbeinturmklima unserer an den Geschäftsführenden Direktor des historischen Seminars und /oder an den Dekan der phil. hist. Fakultät übergeben werden sollen. Wir schlagen allen vor, ebenfalls Protestbriefe gegen die Zwangsexmatrikulation zu diskutieren und zu entwerfen. Beisspiele und Informationsmaterial könnt ihr über Fachschaftsmitglieder bzw. auf den Fachschaftstreffen bekommen. Die Fachschaft trifft sich jeden Mittwoch, 18 h im Philosophischen Seminar, Raum 117. In einer Diskussion der Fachschaft Geschichte kam - vor allem den Erstsemestern die Frage auf, ob es denn nicht zu schaffen sei, das Grundstudium in vier Semestern (maximal in sechs) hinter sich zu bringen; die Regelstudienzeit gabe es ja 'immerhin schon seit 1983 - was hat sich eigentlich geändert?Neu ist die erstmals letztes

Semester eingeführte Zwangsexmatriku-

lation, von der ca. 140 Studenten be-

troffen sind. Das war bisher so einfach nicht möglich. Aus folgenden Gründen ist unserer Meinung nach eine derart



restriktive Begrenzung der Dauer des Grundstudiums nicht sinnvoll: a) wer bis zur ZP das große Latinum nachholen muß, kann damit sogar in 6 Semestern in Schwierigkeiten kommen, sofern nicht die wissenschaftliche Ausbildung und Qualifikation im Fach Geschichte darunter leiden soll. b) das historische Seminar ist relativ klein, die Anzahl der Lehrenden und damit auch die Anzahl der Angebote an Seminaren relativ klein. Z.B. wurden im letzten Semester nur 3 Proseminare in neuerer Geschichte angeboten (+je 1 Proseminar am Osteuropa -und am Südasieninstitut),in diesem Semester sind es 4 + 2 Proseminare.Die ohnehin minimalen Wahlmöglichkeiten werden noch weiter eingeschränkt,-wenn die erforderlichen Scheine in einem dermaßen knappen Zeitraum erbracht werden müssen. Interessenschwerpunkte zu setzen ist so kaum noch möglich. c) wegen Überfüllung der Proseminare ist es oftmals nicht oder nur unter starken Qualitätseinbußen möglich,

einen Schein gleich beim ersten Mal zu erwerben: ein Seminar mit 60 Stud. in dem jeder Student ein Referat halten muß, kann garnicht effektiv sein! d) Das Studentenwerk hat in seiner Unfrage ermittelt, daß aufgrund der Bafög-Kürzungen mittlerweile 55% aller Studenten gezwungen sind, sich neben dem Studium Geld zu verdienen - klar, daß sich das auch auf die Dauer des Studiums auswirkt.

Zugunsten einer qualifizierten wissenschaftlichen Ausbildung fordern wir daher die Abschaffung der Zwangsexmatrikulation.

IG PHILOSOPHIE

F. D. IG PHILOSOPHIE: ANGELA MUBLER

"Uns" gibt es seit dem Wintersemester 86/87. Damals beschlossen einige Unverbesserliche aus einer Spontanidee heraus am philosophischen Seminar mal wieder eine Fachschaft zu gründen und so das Fakultät etwas zu stören und zu beleben. In diesemersten Semester verbrauchten wir dann folgerichtig das meiste unserer Energie dazu, um überhaupt so etwas wie ein Bewußtsein unserer Existenz am Seminar zu schaffen und uns selbst zu einer festen Gruppe zu konstituieren. Diesen Zweck erreichte teilweise unsere erste recht gelungene Fete, die auch auf sehr gute Resonanz stieß... In diesem Semester boten wir erstmals eine Beratung und Information für Erstsemester im Fach Philosophie an, die leider nicht auf besonders großes Interesse seitens demanscheinend bereits bestens informierten Anfänger/imnen stieß. Man kann darin allerdings auch die Auswirkung eines uns inzwischen bekannten (philosophischen?) Syndroms erkennen, nämlich der Tatsache, daß ein Großteil der Studentinnen offensichtlich nicht weiß, was man unter einer Fachschaft versteht undsich anscheinend

auch kaum irgendwelcher Probleme bewußt ist, zu deren Bewältigung sie eine Fachschaft als nötig empfinden könnten --(auch das wird sich hoffentlich ändern). Ein solches Problem ist zum Beispiel der Mangel an Tutorenstellen für Studenten/ innen des Grundstudiums; obwohl die entsprechenden Gelder vorhanden sind, wurden sie bislang nur für die Interessen . derProfessoren verwendet. Das ist natürlich kein Zustand: mit Flugblattaktion und Unterschriftenlisten wollen wir momentan unsere Professoren dazu veranlassen, etwas gerechter teilen zu ler-

Wir verstehen uns aber nicht nur als Korrektiv für alle auftretenden Mißstände an unserem Institut, sondern wollen auch Anlaufstelle für sonstige Uni- und Studiumsfragen sein. Eine solche "Frage" ist z.B. die neue ZPO und ihre Implikationen, über die wir informieren, bzw. gegen diewir uns zur Wehr setzen! Über Apbeitsmangel kann also niemand klagen, im Gegenteil

könnten wir sehr gut noch einige tatkräftige Leute brauchen. Dennoch! am Ende des Semesters wird eswieder unsere Philosophenfete im Haus Buhl

f.d. FS-Philos.: Angela



IG MEDIZIN

MEDIZINISCHE PAKULTÄT BLEIBT SICH TREU

Für das Wintersemester 1987/88 plant die IPPNW-Gruppe der Fachschaftsini Medizin und die Naturwissenschaftler für den Frieden die Fortsetzung der Vorlesungsreihe "Verantwortung für den Frieden" mit den thematischen Schwerpunkten Kathstrophenmedizin, Abrüstung, Zivilschutz, radioaktive Niedrigstrahlung. Bisher wurde diese Veranstaltung über die Physiker in das Vorlesungsverzeichnis eingebracht; nun sollte dies über die medizinische Gesamtfakultät laufen. Am 7.5.87 wurde der schriftliche Antrag beim Dekan der medizinischen Gesamtfakultät eingebracht. Ein Monat verstrich, auf Nachfrage die lakonische Antwort, "man arinnere sich an etwas". Trotz mehrmaliger Anläufe und Terminversprechungen war der zuständige Dekan nicht zu sprechen. Man entblödete sich, die geplanten Themen als nicht fachgerecht hinzustellen. Den Querverweis auf die im Wintersemester 1986/87 gelaufene Ethik-Medizin-Vorlesung wurde mit einem um kein Jota intelligenteren Argument begegnet wie dem, daß dies ja eine Domane der Theologie darstelle... Tatsächlich war man auch damals froh, die Trägerschaft für eine solche Vorlesung abschieben zu können. Bleibt das Fazit, daß alles beim Alten bleibt; nach dem Fakultätsmotto: 'Nur nicht den Horisont erweitern. Man könnte ja tatsächlich aus dem gemütlichen Wissenschafts-Wolkenkuckucksheim purzeln.

Jerhard Junga (Fachschaftsinitiative Medizin)

IG-IÜD (INST. FÜR ÜBERS/DOLM):

WORKSHOP:

DANIELA VELTE

Am 12. und 13. Juni führten wir als Institutsgruppe am IUD (Institut für Ubeersetzen und Dolmetschen) einen Workshop durch, auf dem am 1. Tag die Auswertung einer Fragebogenaktion, die vor den Semesterferien stattgefunden hatte, bekanntgegeben und diskutiert werden sollte. Am 2. Tag versuchten wir dann, eine studentische Stellungnahme zu einem Memorandum des BDU (Bundesverband der Ubersetzer und Dolmetscher) zur "Ausbildungssituation" zu erarbeiten.

Unsere Einschätzung des Workshops ist etwas widersprüchlich. Vom ersten Tag waren wir eher enttäuscht, da nur ca. 40 Leute anwesend waren und die Diskussion trotz (oder wegen) reichlich Material und Zündstoff ziemlich im Sande verlief. Der zweite Nachmittag lief wesentlich besser; die anwesenden 80 Student/inn/en (sowie einige eher "schweigsame" Dozentinnen und ein Professor) diskutierten insgesamt zweieinhalb Stunden lang konzentriert. Trotzdem zeigte sich, daß Interesse von unserer Seite immer dann aufflammt, wenn wir mit etwas konfrontiert werden, eigene Ansätze (wie z.B. der Fragebogen) sind selten und können die allgemeine Letharghie schwerlich durchbrechen, Wir hatten den Fragebogen in drei Teile gegliedert: unsere soziale Situation, unsere Situation als Frauen am IUD und an der Uni und "Unterrichts-Kritik" (vorher: Wissenschaftskritik). Zu allen Punkten gibt es eine Auswertung und den Versuch einer Analyse, die wir demnächst in einer Zeitung veröffentlichen wollen.

Was nun folgt ist die Stellungnahme der Fachschaft (hauptsächlich Frauen!) zum Thema "Frauen am IUD", welches uns hier sehr bewegen muß: wir sind zu 95 Prozent Frauen! Was das Heißt, folgt im Diskussionsbeitrag, dem leider keine Diskussion folgte.

"Diskussionen über Make-Up und Haarspray bzw. Styling Gel, Foaming Cream oder Schaumfestiger, im Hörsaal ein langanhaltender Parfümvorhang betäubender orientalischer Düfte." Nicht ganz so schön formuliert, aber vom Inhalt weitgehend identisch waren die meisten Antworten auf unsere Frage, ob der hohe Frauenanteil die Situation an unserem I nstitut beeinflußt. Die meisten antworteten mit ja und meinten damit, wie aus den grklärungen folgt, "negativ". "Zuwenig Pfiff, wenig Diskussionen, wenig politische Aktivitäten, dafür viel Klatsch, Konkurrenz, Schönheitswettbewerb....

Das Interessante ist, daß offenbar jede von den anderen das leiche denkt, daß wir uns also alle diese Kritik gefallen lassen müssen. Auch wenn wir uns wohl selbst gerne ausnehmen würden, sehen uns die anderen wohl genauso wie wir sie. Die Frage ist: sind wir wirklich so, oder empfinden wir die anderen nur als "OBERFLÄCHLICH? BRAV? ANPASSUNGS-BEREIT?

als "oberflächlich, brav, anpassungsbereit, konkurrent?" Oder führt genau diese Konkurrenz zu diesem negativen Bild von der anderen? Eine zweite Frage ist, inwieweit unser Verhalten den Ruf des IUD als "erotisches Rückgrat der Universität" begründet oder bestätigt oder ob es sich ledigDospie gr

lich um ein Vorurteil handelt.
Ich glaube, daß Frauen wirklich weniger konfrontationsfreudig sind und ich
möchte dazu gerne einen Erklärungsversuch machen, in der Hoffnung, daß wir
dann in der Diskussion gemeinsam ein
Stück weiter kommen.

Fangen wir mal vorne an, also bei unserer Erziehung: mal abgesehen davon, daß wohl die meisten von uns mehr mit Puppen gespielt haben als mit Wasserpistolen: oder Ahnlichem, kann wohl jede von uns, die Brüder hat, leichte Unterschiede in der Erziehungsweise feststellen, so z.B. eine "höhere Integration" in die Hausarbeit etc., Ich glaube allerdings, daß durch dies feinen Unterschiedeerst mal nur Weichen gestellt werden, daß viel mehr Schaden bei uns angerichtet wird z.B. durch die Frauenbilder und Frauenideale, die seit Jahrtausenden überliefert sind und mit denen wir uns identifizieren: Frauen haben zumindest erst mal schön zu sein, dann noch zart, schutzbedürftig bzw. auf eine eher mitterliche Art stark, der Ruhepol der Familie, Prinzessin und Arbeitstier zugleich.

Frauen, die nicht in einer Abhängigkeit zum Mann stehen oder zumindest
auf der Suche nach einem sind gibt es
in der Literatur kaum, wenn doch, sind
es meist negative Bilder, mit denen
sich frau schwerlich identifizieren
kann. (Ubrigens, was das andere Geschlecht anbetrifft; denen geht es
auch nicht viel besser, auch ihnen werden grundlegende Fähigkeiten, z.B. das
Ausleben von Gefühlen und Schwächen
durch solcheBilder, das "Männerbild"
halt, aberzogen, auch sie verlieren
dadurch.)

Sind die Weichen erst mal gestellt, kommt die Schule, die Pubertät, Jungs und Bravo werden wichtig, Aussehen, Schminke usw. Ist die Familie zu diesem Zeitpunkt noch "intakt", wird das Mädchen jetzt besser behütet als der Junge, denn weibliche Dummheiten können ja dramatische Folgen haben.

Allerdings ist unsere Gesellschaft heute nicht mehr ganz so bürgerlich-harmonisch wie es einmal schien und wie ich sie eben geschildert habe. Berufstätige und alleinstehende Mütter sind heute keine Seltenheit mehr. Außerdem gibt es die Pille und die Moralauffassungen sind - zumindest bis zum Aids-Zeitalter - auch nicht mehr so rigide. Wir gehören zu den ersten Generationen von Frauen, die wirklich die Wahl zwischen Ehe und Beruf haben bzw. den Zwang zur Entscheidung. Als Frau stenen uns heutesehr viel mehr Wege offen, die die Frauen vor uns, vor allem durch ihre Bereitschaft zur Auseinandersetzung, oft um den Preisder gesellschaftlichen Isolation, erkämpft haben. Wir sind sogar noch etwas privilegierter, denn wir haben die Möglichkeit einer Hochschulausbildung, hätten vielleicht sogar die Chance, keine frauentypischen Arbeiten (mit entsprechender Bezahlung) machen zu müssen. Aber wir schleppen immer noch eine ganze Menge Schutt'und Ballast mit uns herum, fürchten noch immer die väterliche Autorität, in welcher Form sie uns auch begegnet, haben ein widersprüchliches Verhältnis zu den männlichen . Kriterien Macht, Kraft und Stärke, sie ziehen uns an und machen uns gleichzeitig Angst. Der Grund liegt wohl darin, daß wir in einer Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs leben, die wirk3 graceroly wing

liche Emanzipation beginnt gerade erst und der Widerspruch ist auch in uns selbst. Wir wollen irgendwie nicht werden wie "die Männer", wollen "Frau" sein können, wissen aber gar nicht recht, was es eigentlich ist, was uns unterscheidet. Trotzdem wollen und müssen wir in die Männerbastionen eindringen, spüren aber, daß es uns schwerfällt, warum, können wir meist auch nicht genau definieren.

Subjektiv unterdrückt fühlen wir uns eigentlich selten, die objektive Unterdrückung (Frauenarbeit, schlechte Löhne, Gewalt gegen Frauen, die Reduzierung der Frau auf ihren Körper in Medien, durch Männerwitze usw.) scheint uns wenig bis gar nicht zu betreffen. Damit stehen wir mit unserem Unwohlsein alleine, können keine Solidarität entwickeln, wollen sie oft auch gar nicht, denn Frau-sein alleine scheint dafür nicht auszureichen. Dazu kommt der uralte Konkurrenzkampf um die Gunst der Männer, d.h. die Gunst der Autorität, des Professors, der Macht.

Dabei haben Frauen seit Jahrhunderten gelernt, daß das eher durch Wohlverhalten zu erreichen ist als durch effektive Leistung; es war bei Frauen das Aussehen und nicht, wie bei Männern, das Ansehen, durch das sie Erfolgschancen hatten. Das Kriterium für die Wahl einer Frau war nicht, was sie tut und denkt, sondern wie sie ausschaut und wie sie sich darstellt, benimmt. Frauen hatten also immer etwas andere Qualitäten zu pflegen als Männer. Damit will ich gar nicht bewerten, was nun leichter oder schwerer ist, wer da schlechter oder besser dran ist, denn die Normen, denen sich die Männer früher alleine und heute auch wir gesellschaftlich zu unterwerfen haben, die der Leistung und des Erfolgs, oft gemessen in Geld, finde ich auch pervers. Und Frauen hatten dadurch vielleicht sogar den Vorteil, einige Zwänge weniger zu spüren, "emotionaler" sein zu können, um den Preis des vielen anderen, das sie nicht durf-

Es geht nur um die These, daß Frauen aufgrund ihrer Geschichte in direkter Konkurrenz zueinander stehen, daß sie sich viel mehr über ihren Brfolg bei Männern definieren, abhängiger sind von derenUrteil, daß es uns schwerer fällt, über andere Fähigkeiten, z.B. die Entwicklung von Fähigkeiten, zu einem Selbstvertrauen zu kommen.





Und vielleicht liegt da der Schlüssel zu unserem Problem hier am Institut, zu unserem Verhalten in den Kursen. Patriarchat ist nämlich mehr als die Männer um uns herum, es sind auch die Werte in unseren Köpfen, die wir immer noch pflegen. Wo die direkte Unterdrückung aufhört, hat die indirekte, die tiefverwurzelte, unbewußte noch lange nicht aufgehört zu existieren. Das würde auch erklären, warum nur so wenige Frauen sich an diesem Institut unterdrückt fühlen - trotz einer rein männlichen Professorenschaft. Allerdings haben wir hier einen Punkt, an dem wir selbst etwas ändern können. Wir müssen nur unsere Angst überwinden und den Mund aufmachen, um die Situation zu verändern. Es fällt Dir schwer, vor einer Gruppe

Es fallt Dir schwer, vor einer Gruppe zu stehen, Deine Meinung zu sagen, aufzufallen, Dich der Kritik der anderen auszusetzen? Das geht uns wohl allen so mehr oder weniger und vielleicht macht es dieses Wissen schon ein Stück einfacher.

Hier ist auch der Ansatzpunkt zur Erklärung des "Klatschvorwurfs" - Klatsch ist auch oft eine Form, die direkte Auseinandersetzung zu umgehen, kann aber zugegebenermaßen auch einen Mangel an anderen Gesprächsthemen oder einfach Interesse für andere ausdrücken.

Zurück zur Konfrontationsfreude: Mir ist aufgefallen, daß selbst die Langweiligsten Übersetzungskurse interessanter werden, wenn sich unter uns Diskussionen entwickeln, über Text, Ubersetzungsstrategie und Interpretationsmöglichkeiten (weniger über einzelne Formulierungen). Manchmal kann es sehr erholsam sein, wenn einem langweiligen Dozenten bzw. einer langweiligen Dozentin mal das Heft aus der Hand genommen wird. Eine falsche Übersetzung, ein ungewollter Lacheffekt können schließlich dazu führen, daß alle mehr lernen als in den restlichen zwei Stunden.

Und noch ein interessanter Gedankengang zum Abschluß, der den Ruf unseres Instituts betrifft: Es stimmt wohl, daß wir eher auf Festen auftauchen als bei irgendwelchen anderen Aktivitäten, aber dieses Bild zu verändern liegt schließlich auch bei uns. Vielleicht würden da dann auch die Senatsherren dieser Universität es irgendwann lieber lassen, dieses Institut so stiefväterlich zu behandeln, was Mittel, Lehraufträge etc. angeht. Oder ist es Zufall, daß das große Geld in die Männerdomänen Physik, Chemie etc. fließt, und für dieses Institut lächerlich wenig übrig bleibt?

IG CHEMIE

F. D. ES CHEMIE: "OFFGANG SEELIGER

Was hat die Selbstdarstellung einer FS in einer uniweiten Zeitung zu suchen? Ganz einfach: wir wollen über unseren Fachbereich hinaus über unsere Aktivitäten informieren und Leute motivieren. selbst FS-Arbeit zu leisten bzw. andere politische Aktivitäten an der Uni zu unterstützen.

Denn FS-Arbeit ist, neben fachspezifischen Problemen, politisch. Inwieweit wir unsere Ansprüche verwirklichen können, sei dahingestellt.

Wir sind 12 Leute.meist aus höheren Semestern, die sich einmal die Woche treffen. Unsere Arbeit hat 3 Schwerpunkte:

-konkrete Intressenvertretung -Service - Leistungen

-Hochschulpolitik(last but not least!). Hinzu kommen Informationen und Koordination mit anderen FS bzw. Unis und Information der Studies.

Jetzt in medias res:

unsere Interessen und (die der Kommilitonen/innen natürlich) hoffen wir ausreichend im Fakultätsrat vertreten zu können. Angesichts zehnfacher Mehrheit der Profs im Fakultätsrat verkommt das leider zu oft zu einer Alibifunktion. Aktuelle Themen sind bei uns die Änderung der Diplom - Prüfungsordnung, Streichungen oder Veränderungen der

Praktika und Zwangsexmatrikulation,wenn nach 7 Semestern noch kein Vordiplom abgelegt wurde. Gerade da versuchen wir auch, konkrete Hilfestellung

Zu den Service- Angeboten gehören umfangreiche heißbegehrte Fragenkataloge. Sie sind Teil unserer Studentenbibliothek.Wir verleihen hauptsächlich Lehrbücher, die es nicht in der UB gibt, die ausgefallen, wichtig. teuer oder eben "nur" interessant sind. rauf angewiesen sind neben ihrem Stu-

Ferner veranstalten wir jedes Jahr Anfang Oktober eine Erstsemestereinführung.An 2 Tagen erzählen wir unseren neuen Kommilitonen/innen in kleinen Gruppen, was sie erwartet - ohne allzu viele Illusionen zerstören zu wollen. Wir versuchen. Informationen über den KASTRA und andere Gremien rüberzubringen. Zur Unterhaltung und Auflockerung gibt es eine Uni - Rälli und eine Fete. Feste feiern tun wir netürlich auch mit allen Chemikern/innen. Zweimal im Jahr findet ein Chemie - Feescht statt, mit lem wir unsere PS-Arbeit finanzier Am Fachbereich gibt es auch Veranstaltungen zu chemie - relevanten Themen (nicht nur für Chemiker/innen). So haben wir z.R. mit Hilfe anderer Chemie FSen eine Giftgasausstellung incl. Filme organisiert und im Mai einen Dioxin-Vortrag angeboten. Ferner erscheint in unregelmäßigen Abständen unsere Zeitung "Zvankali".

Aktuelle Artikel und Satire haben dort ihren Platz wie Informationen über unsere Arbeit.

Bei akuten Anlässen gibt es das "Zyankali" Extra-Flughlatt(zuletzt wegen der Demo in Stuttgart).

Unser Engagement gegen das neue LHG endet jedoch nicht mit der Verteilung von Flugis und Demoaufrufen.

Es gab eine Info-Veranstaltung am Pachbereich, Parallel dazu interessieren wir uns für das Usta-Konzept.

Wir luden Milifanten und Jusos ein und diskutierten über ibre Vorstellung und, wie Usten an anderen Unis (frei burg/Karlsruhe) arbeiten. Zwecks Informationsaustausch und Koordinierung gemeinsamer Aktivitäten sind wir in der Fachschaftenkonferenz (FSK) und nehmen einmal pro Semester an einer bundesweiten Tagung der FS Chemie teil. Dadurch erhalten wir auch zahlreiche Anregungen für unsere Arbeit. So hoffen wir. nicht nur allein vor uns hinzuwursteln, sondern auch einmal etwas zu erreichen.

JOBBER-IN

Im April wurde von Studenten/innen die

Jobberinitiative Heidelberg gegründet,

die sich für all jene einsetzt, die da-

dium zu arbeiten. Angesichts steigender

Lebenshaltungskosten, viel zu hoher

Mieten und weitgehenden Bafög-Strei-

und zum Teil schlimmen Arbeitsbedin-

Krankengeld etc.) als billige Arbeits-

gegen Billiglöhne und diskriminieren-

Dazu haben wir bis jetzt Aktionen wie

ein Go-in beim Studentenservice, Flug-

blatt und Telefonaktionen, eine Bettel-

grund des Go-ins beim Studentenservice

hatten wir ein Gespräch mit Vertretern

demo und ähnliches durchgeführt. Auf-

des Arbeitsamtes Heidelberg, bei dem

wir forderten, daß die Jobvermittle-

rinnen sich aktiv für bessere Löhne

und Arbeitsbedingungen einsetzen, wie

lies in anderen Städten auch prakti-

as Arbeitsamt berief sich jedoch auf

_u unterstützen.Um überhaupt etwas zu

erreichen, sind wir auf eine breite

vieler Studenten angewiesen. Um lang-

fristig sinnvoll arbeiten zu können.

Jobberreferats.das mit einem Vertreter

Wir denken.daß unsere Ford-rungen und

unser Engagement letztendlich im Inter-

resse aller Studenten/innen_sind,d = 0

bei der gegenwärtigen politischen

Situation ist abzusehen, daß sich dle finanzielle Lage der Studenten/lunen

denken wir an die Einrichtung eines

der Jobberinitiative besetzt wird.

Öffentlichkeit und das Engagement

eine Neutralität und lehnte es ab.uns

miert wird.

Deshalb haben wir uns zum Ziel gesetzt,

gungen (auf Abruf, Nachtarbeit, kein

kräfte herhalten zu müssen.

de Arbeitsplätze vorzugehen.

chungen ist es für immer mehr Studenten/innen unerträglich, bei einem Lohn-

niveau von durchschnittlich 8-10DM/Std.

So geht's nicht weiter!

Studentinnen/en wehren sich!

Also schließen wir

uns zusammen!

Logisch? Logisch!

eher verschlechtern wird. Wir denken, daß unsere Vorschläge aktiv zu unterstützen sind, wobei wir für neue Ideen immer sufgeschlossen sind.

Unser regelmäßiger Treffpunkt ist: Haus der Studierenden mittwochs 20h

von der Jobberinitiative HD Anja Olschowski

AFLR



Verbot der Lesben-Vortragsreihe an der

Seit etwa Mitte des WS 86/87 hatte es sich der Lesben-AK des Autonomen Frauen- und Lesbenrefererats (AFLR) zur Aufgabe gesetzt, endlich auch einmal in Beidelberg das Leben von Lesben in seiner ganzen Spannbreite zur Sprache zu bringen: von der Erfahrung des Unterdrücktwerdens, des Totgeschwiegenseins (auch an der Uni), des ständigen Kampfes um Lebensraum in einer zwangsheterosexuellen Umwelt, aber auch vom Gefühl der Stärke in Gemeinschaft mit anderen Frauen und von der Erfahrung, wie emotionale Unabhängigkeit von Männern Power gibt und Energien freisetzt!

So machten wir uns an die Arbeit und hatten zum Sommersemester '87 eine Lesbenvortrags- und eine Filmreihe stehen. Der beantragte Hörsaal war uns sowohl telefonisch wie auch persönlich zugesagt worden.

Zwei Tage vor unserem ersten Vortrag am 19.5. erreichte uns aber folgender auf den 11.5.87 datierter Brief der obersten Herrschaften der Universität: "Den Anträgen des AStA...kann nicht entsprochen werden. "... "eine Überlassung von Räumen für Veranstaltungen, bei denen nicht unmittelbar universi tätsbezogene Themen behandelt werden, (kann) nicht erfolgen."... "zu der beabsichtigten Veranstaltungsreihe (sollen) nur Frauen Zutritt haben, was im Widerspruch zu Artikel 3 Grundgesetz

Entsetzt griffen wir sogleich zum Telefon, um Widerspruch einzulegen und diese fadenscheinige Argumentation nicht so stehenzulassen. Und tatsächlich bekamen wir nach einigem Nachbohren zu hören: " Das ist doch eine pervertierte Minderheit von Frauen... Die Vorträge können Sie sich praktisch abschminken!"

Auf diese Frechheit legte die Kastra-Vorsitzende schriftlich Widerspruch ein, der gekürzt so lautete: " Ein Mangel an Räumlichkeiten liegt für diese Tade nicht vor"... "Bei den Veranstaltungen werden universitätsbezogene Themen behandelt. Der Bezug besteht nicht nur darin, daß es eine

die an der Universität Heidelberg studieren. Tatsächlich nimmt die Porschung und Lehre über die Lesbenproblematik/Homosexualität einen immer breiteren Raum...ein. "... "Diese Veranstaltung wäre nicht die erste, in der nur bestimmte Gruppen der Uni geladen wären...studentische Verbindungen...Festakt des Jubiläumsjahres... Erstsemesterball."

Dieses Verbot der Uni-Leitung zeigt einmal mehr, wie Menschen, und hier insbesondere lesbische Frauen, die sich nicht in die unipolitischen, angepaßten Normen des "spāth"-kapitalistischen/patriarchalischen Uni-Umfeldes pressen und sich nicht unterdrücken lassen wollen, mit einer Strategie, die es nicht einmal mehr für nötig hālt, sich zu verschleiern, diffa-(AUTON. FRAUEN/LESBEN REFERAT) miert, diskriminiert und gesellschaftlich ghettoisiert werden.

> Gerade in diesen letzten Tagen haben wir wieder die Erfahrung gemacht, daß wir als Lesben, die wir uns hier an der Uni als politisch agierende Gruppe verstehen, durchaus für die Uni-Patriarchen (Putlitz & Co.) neben der "politischen Bedrohung" einen (persönlichen) Angriff auf ihr Männlichkeits-(wahn) selbstverständnis darstellen. Trotz all dieser Repressionen widersetzen wir uns dieser Totschweige-Kampagne. Am Donnerstag, dem 21.5., hat der erste Vortrag mit dem passenden Thema "Diskriminierung von Lesben" stattgefunden. In dem "Ausweichraum" des Theologicums fanden sich immer noch rund 70 Frauen ein. Wenn auch nicht in dem geplanten Hörsaal 10 der Neuen Uni, werden die nächsten Vorträge am 27.5., am 3.6. und am 12.6. natürlich trotzdem stattfinden. Die Orte sind entweder im Kastra zu erfragen oder werden zum jeweiligen Termin am Hörsaal 10 pla-



dokumentation der 1. HEIDELBERGER HERBSTUNI DIE WÜSTE LEBT!

IG-IG.OKTOBER 1986

Mit Berichten von AK'S

und vielen Fotos

Preis: 7 .- DM erhältlich: im KastRa, Lauerstr 1 und

- Dritte-Welte-Laden: - Der andere Buchladen -Frauenbuch laden beträchtliche Anzahl von Lesben gibt,

Im Blickwinkel: Rumänien

VON UTE NIKOLAUS

Hinter der Fassade

Anläßlich einer Rumänienreise besuchte ich ein staatliches Pflegeheim bei Predeal, wo tags zuvor ein mir bekannter Herr verstorben war. Ich wollte mich um die Formalitäten kümmern. Im Heim gibt es praktisch keine medizinische Betreuung. Den meist bewegungsunfähigen Kranken laufen die Ratten über die Betten. Auf Schmerzen wird keine Rücksicht genommen, man transportiert die Betroffenen, wie es eben geht. Als wir die Assistentin nach der Rattenplage fragten, zuckte sie nur die Achseln; die vermehren sich halt, da könne man nur wenig dagegen machen. Als sie hörte, daß der alte Herr im Heim sehr verzweifelt gewesen sei und nicht mehr habe essen und trinken wollen, um bald sterben zu können, sagte sie nur, daß sie nicht verstehen könne, was man sich mit 80 noch erwarte, und sie selbst möchte sicher nicht älter als 80 werden.

Wenige Kilometer weiter liegt ein anderes Heim, durch kein Schild oder einen sonstigen Hinweis gekennzeichnet. Einige verfallene Gebäude stehen im Gelände herum, das größte betraten wir.
Unten waren 11 Kinder im Alter zwischen

3 KINDER PRO BETT - AUF PLASTIKFOLIE

8 und 15 Jahren, die von einer Abiturientin beaufsichtigt wurden; Sie soll herausfinden, welche von diesen geistig zurückgebliebenen Kindern für sozial nützliche Arbeiten einzusetzen sind. Im ersten Stock erblickten wir einen etwa 8 qm großen Raum, wo auf dem nakkten Boden 40 Kinder zwischen 2 und 8 Jahren hockten, zum Teil unter- und übereinander und nur sehr notdürftig gekleidet. Es roch ganz penetrant nach Schweinestall. An der Tür stand eine Prau mit einem dicken Stock in der Hand: Man müsse oft hart zuschlagen, die Bengel seien nicht immer brav. noch eine Etage höher schließlich (über verwahrloste Korridore, vernachlässigte Treppen und übelriechende Toiletten und Waschräume) gelangten wir in ein Dachgeschoß, in dem wir in zwei verschlagähnlichen Räumen insgesamt 48 Kinder sahen, die kleinsten etwa 2 Wochen alt, die meisten im Säuglingsalter. Hier lagen die Kinder zu zweit oder zu dritt in einem Eisengitterbettchen auf Plastikfolien, zum Teil völlig nackt, zum Teil notdürftig mit Lumpen bekleidet, buchstäblich in ihren Exkrementen. Manche waren total ausgemergelt, ihr baldiges Ende abzusehen,

andere waren noch munter. Fast alle aber hatten entzündete Hautpartien, vor allem am Gesäß.

Für diese über loo Kinder gibt es insgesamt 3 Pflegerinnen rund um die Uhr, die natürlich total überfordert sind. Es gibt wohl Tagesrationen für die Kinder, von denen wird aber sicher viel von den Pflegerinnen selbst zurückgehalten, für deren Familien, die selber Not leiden. Bekleidung, Seife, Bettwäsche, Papier etc. gibt es kaum. So ist es verständlich, daß die Pflegerinnen erst gar nicht anfangen, sich um die Kinder zu kümmern, denn fertig werden sie ja doch nie.

Erschreckend noch ein Vorfall, der dort schon zur Tagesordnung gehört: Während unseres Besuches rief eine der Pflegerinnen ein paar der größeren Kinder, denen sie etwas zum Transportieren zum nahegelegenen Pflegeheim mitgab. Es handelte sich um Kinderleichen, einfach in ein Leinentuch eingeschlagen. Die Kinder bringen die Leichen die wanigen Kilometer zum Pflegeheim hinüber. Immer zwei gehen mit so einem Tuch schlenkernd über die Straße...."

Soweit der Reisebericht.

Doch auch diejenigen Bürger dieses Staates, die für "wertvoller" gehalten werden, haben unter der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Situation zu leiden, die sich seit 1985 nict verbessert, sondern eher verschlechtert hat. Es herrscht ständige Lebensmittelknappheit. Stundenlanges Warten vor den Läden – wenn ausnahmsweise mal eine Ladung Hühnerfüße (die dazugehörigen Hühner werden in die Sowietunion exportiert) oder gar Klopapier oder Seife angekommen ist – gehört zum Alltag. Nahrungsmittel wie Reis, Mehl, Zucker, Öl etc. sind rationiert. Das heißt aber noch lange nicht, daß man/frau seine Ration auch bekommt. "Luxusgüter" wie z.B. Butter und sämtliche Fleischpro-

dukte werden ins Ausland exportiert oder sind nur in Touristengeschäften zu haben, natürlich gegen Devisen. Benzin bekommt man/frau nur wenige Liter im Monat. Gleichzeitg sind aber die Busund Zugverbindungen drastisch eingeschränkt worden. Dies führte im Winter dazu, daß viele zu Fuß zur Arbeit gehen mußten, was bei den dortigen Wohn- und Arbeitsverhältnissen oft einen täglichen Fußmarsch von 25 km oder mehr bedeutete. Dadurch bedingte Verspätungen und Arbeitsausfälle wurden natürlich vom Lohn abgezogen.

Viele Fabriken haben ihre Produktion erheblich gedrosselt oder die Schichten so gelegt, daß nur noch bei Tageslicht gearbeitet wird. Die Arbeiter/-innen bekommen entsprechend weniger Lohn und so kommt es, daß viele nur die Hälfte oder weniger ihres Binkommens haben und versuchen müssen, damit über die Runden zu kommen, was praktisch nicht möglich ist, da die Preise auch noch erhöht wurden.

Die Leute sind also auf ihr "Organisationstalent" angewiesen, Korruption und Betrug haben Hochkonjunktur, Ellenbogendenken wird lebenswichtig. Die Schwächsten bleiben dabei auf der Strecke.

Schulen, Geschäfte, Arbeitsplätze, etc. wurden den ganzen Winter über kaum beheizt (oft gerade nur so viel, daß die Rohre nicht einfrieren konnten).

Abwechselnd wurden jeweils für mehrere Stunden Gas, Licht, Wasser abgestellt. Straßen und Hausflure blieben unbeleuchtet, was gerade im Winter und bei ungeräumten Straßen (Räumen wäre unnötiger Einsatz von Arbeitskräften) zu schweren Unfällen führte.

In den Krankenhäusern liegen die Patienten zum Teil zu zweit in einem Bett, um sich warmzuhalten oder weil zuwenig Plätze da sind; wichtige Medikamente fehlen. Alten Leuten werden Medikamente teilweise verweigert, sie bleiben den produktiveren, leistungsfähigeren Teilen der Bevölkerung vorbehalten, die noch einen "Nutzwert" haben.

Dies geschieht alles in einem Land, das von der Natur sehr reich bedacht wurde und derartige Verhältnisse selbst in Kriegszeiten noch nicht erlebt hat. Gleichzeitig wird von Regierungsseite immer noch behauptet, daß es noch nie so gut war. Es ertönen verordnete Loblieder auf den allmächtigen Staatschef Nicolaie Ceauşescu ("Friedensfürst", "bäuerlichster aller Bauern" usw.), während das Land zugrundegeht.

HABEN HOCHKONJUNKTUR....

Daß keine Meinungsfreiheit herrscht und ein politischer Witz einen ins Gefängnis bringen kann, weiß man/frau schon lange. Doch dieser Druck ist noch sehr viel stärker geworden, und mittels der allgegenwärtigen Geheimpolizei (Securitate) wird jeder Protest im Keim erstickt. Es gibt praktisch keine Privatsphäre. Jeder Besuch und jedes Gespräch mit Ausländern (vor allem mit denen aus dem Westen) muß gemeldet werden. Telephone werden abgehört, Briefe geöffnet, Spaziergänger werden regelrecht "beschattet", ohne den geringsten Hehl daraus zu machen.Jede/r weiß es und stellt sich darauf ein.

Widerstand gibt es kaum. Die Leute sind eingeschüchtert. Im Ausland dagegen galt Ceausescu lange

Im Ausland dagegen galt Ceausescu lange als Lichtblick des Ostblocks, der der Sowietunion auch mal die Meinung sagt. Dieses "kritische" und "selbstbewusste" Auftreten genügte, um sich im Westen zu profilieren und gerade konservative Politiker für sich einzunehmen (sogar Franz-Josef fand ein paar lobende Worte), in der Innenpolitik aber auf einen noch härteren Kurs zu gehen. Es wurde kaum noch gefragt, wie es im Land selber aussieht, solange Ceausecu nur seine Reden über das notwendige Abrüsten beider Großmächte hielt.

In letzter Zeit, nachdem langsam klargeworden ist, daß das Land wirtschaftlich total ruiniert ist, scheint es
eine vorsichtige Revision dieser Haltung
zu geben, und es bleibt zu hoffen,
daß dies zu einer realistischeren und
vorurteilsfreieren Sicht der Dinge führt.

Rumānien? Zugegeben, kein populāres Thema.

Da gab es vielleicht die eine oder andere Tagesschau-Meldung über winterliche Versorgungsschwierigkeiten oder die feudalen Allmachtsphantasien des Staatschefs Nicolaie Ceauçescu.

Doch der/die Durchschnitts-Bundesbürger/in weiß von Rumänien vor allem, daß es am Schwarzen Meer liegt und daß die Preise für Pauschalreisen an die Küste zu den niedrigsten in ganz Europa zählen (doch wer fährt nach Tschernobyl noch ans Schwarze Meer...?). Einen gewissen Ruf hat dieses Land auch durch Bram Stokers Roman "Dracula" erlangt und durch zahlreiche Filme zu diesem ergiebigen Thema, deren bevorzugter Schauplatz die Wälder Transilvaniens war.

Das war's dann aber schon. Hierauf dürften sich die Rumänien-Kenntnisse vieler Leute beschränken, abgesehen von der allgemein bekannten Tatsache, daß Rumänien ein "Ostblock-Land" ist, das heißt,ein Mitglied des Warschauer Pakts.

Damit aber - aufgrund seiner Zugehörigkeit zum "Ostblock" - verlieren
weite Teile der Linken jegliches Interesse an der wirklichen Lage des'
Landes (" über den Osten wollen wir
gar nicht so genau Bescheid wissen.
Es gibt doch so viel politisch
lohnendere Ziele, die von der "Rechten"
zum Glück noch nicht vereinnahmt
sind). Was dem/der einen sein/
ihr Lateinamerika ist dem/der anderen
der "Ostblock"!
Die umso größere Aufmerksamkeit von

Seiten konservativer Kreise und der Regierung ist leicht zu erklären: durch ständiges Hinweisen auf wirtschaftliche Krisen, politische Unterdrückung und bedrohliche militärische Stärke des Pakts bei gleichzeitiger Betonung der moraischen Überlegenheit des "freien Westens" sollen eigene Standpunkte gerechtfertigt und eigene Pehler relativiert werden. Auf diese Weise kann Kritik sehr effektiv unterdrückt werden, da immer auf ein "noch schlechteres " System verwiesen werden kann.

Hier geht es nicht wirklich um die Menschen, sondern um ein politisches Kalkül. Unterdrückung, Folter, Menschen-

Kommentar

psant", und der Beachtung würdig, solange sie in ein bestimmtes Feindbild
passen. Dann freilich ist die moralische Entrüstung groß und Begriffe wie
"Menschenwürde" und "politische Freiheit'
- im eigenen Land nur zu oft mit den
Füßen getreten - werden in geradezu inflationärer Weise strapaziert.
Gleichzeitig geraten aber die Menschen,
die unterdrückt werden, paradoxerweise
in dieses Feindbild mit hinein, man/
frau spricht von "dem Ostblock", "den
Russen", ohne in irgendeiner Weise zu
differenzieren und vor allem ohne
eigentlich an der konkreten Lage von
Herrn/Frau XY interessiert zu sein.
Was zählt, sind wieder einmal nur die
"großen Zusammenhänge". Diese Mechanismen sind jedoch, glaube ich, recht

rechtsverletzungen sind nur "intere,

Noch unglaubwürdiger wirkt es aber, wenn sich jene, die sich als links bezeichnen und sich dem Kampf für Menschenrechte und politische Freiheit verschrieben haben, auf dem "östlichen" Auge so verdächtig blind sind. Sicher, man/frau muß sich Schwerpunkte setzen, doch das dürfte doch nicht dazu führen, daß alles andere einfach "vergessen" bzw. bewußt übersehen und nicht anerkannt wird.

Für mich war die Ignoranz und das manchmal betont zur Schau getragene, meistens aber höflich verborgene Desinteresse, das mir entgegenschlug, sobald ich versuchte, das Thema "Menschenrechtsverletzungen im Ostblock" anzuschneiden sehr enttäuschend und desillusionierend. Daraufhin hatte ich oft nicht mehr den Mut, wieder damit anzufangen, da es auch schien, als ob dafür nie der passende Zeitpunkt da sei und man/frau sich allzu leicht dem Vorwurf aussetzt, "reaktionär" zu sein oder doch zumindest die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben und damit die wirklich brennenden Probleme.

Ich hoffe, mit diesem Artikel nicht wieder ins gleiche Fettnäpfchen getreten zu sein, das es in diesem Bereich eigentlich nicht geben sollte.



REDAKTIONSSCHLUSS DER NÄCHSTEN AUSGABE: 3. NOVEMBER !!! T

SCHÜLER

SCHLAGLOCH

HELMHOLTZ-SCHULLEITUNG ALS DEMO-GREIFER?

Wie uns Schüler/-innen des Helmholtz-Gymnasiums berichteten, kam es anläßlich der Schüler/-innen- und Studenten/-innen-Demo gegen die Abi-Deform und das Landesunigesetz am 11.6. zur Auseinandersetzung mit der Schulleitung.

6 Demonstrationsteilnehmer/-innen, die das Schulgebäude betreten hatten, wurden dort eingeschlossen. Die Notausgänge wurden abgesperrt.Der Hausmeister der Schule soll bei dieser Gelegenheit Ohrfeigen ausgeteilt haben. Anschließend wurde die Polizei verständigt und die Personalien der 6 Betroffenen wurden festgestellt. Schulleiter Fritsche war gegenüber SCHLAGL CH nicht bereit, zu den Vorfällen näher Stellung zu nehmen. Er sagte lediglich: "Es wurde randaliert und mit Getöse in die Klassenzimmer eingedrungen. Fragen Sie die Polizei. Ich bin Ihnen keine

DIE SCHILAGLOCH NACH NEUE SCHEINT IM NOVEMBER HERBSTUNI

IMPRESSUM

SCHLAGLOCH, die Heidelberger Student/inn/enzeitung erscheint zweimal pro Semester.

Herausgabet Arbeitskreis Zeitung Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes Michel Schummer, Hasenhain 16, 6915 Dossenheim.

Für nomentlich gekennzeichnete Artikel Düernimmt den Auton Ezw., die Autonin die Verantwortung.

Redaktionsadnesse: AK Zeitung, c/c KastRo, Lavenstn. 1, 69 HN, 7ef. 542456/7. Den AK tnifft sich jeden Dienstag um 18,15 Uhn im Hous den Studienenden, Manstallffügel Ost.

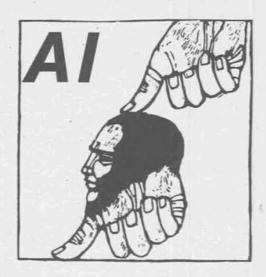
Verantwortlich für Anzeigen: Nichel Schummer, Tel.: 360535 Thomas Honsmonn, Tel.: 400290 BankverMindung: Th. Honsmann,

Heidelheager Volksbank BLZ: 672 900 00

ELC: 672 900 00 Eto. Na. 120.625.306

Dauck: Schwarzwarzeldauck, Rathausstr., HD

Auflage 1500



Sterben für die Gerechtigkeit?

Die Todeskandidatin,eine gewisse Barbara Graham, wurde auf dem Stuhl der Gaskammer von St.Quentin festgebunden.Sie war wegen Mordes zum Tode verurteilt, hatte jedoch ihre Schuld stets geleugnet.Es blieb ihr nur dich eine knappe Minute zu leben da traf die Nachricht vom Hinrichtungsaufschub ein. Als man die Verurteilte losband, brach sie ohnmächtig zusammen. Während sich der Arzt und der Gefängnisdirektor noch um Barbara Graham kümmerten kam sofort der Gegenbefehl, daß die Verurteilte doch unverzüglich hinzurichten sei. Dann erwacht die Frau aus ihrer Ohnmacht, schaut sich verwirrt um und stammelt: "Ich lebe! Mein Gott ich danke dir!" Doch der Gefängnisdirektor muß ihr ver künden, daß die Hinrichtung nun doch vollzogen wird. Und er bittet sie stark zu sein.Barbara Graham bricht mit einem Schreikrampf zusammen. Und Immer wieder betont sie ihre Unschuld. Man schleppt sie in die Gaskammer zurück,fesselt sie abermals auf den Stuhl.Die Tör schließt sich bereits - da wird telefonisch ein erneuter Aufschub durchg. sagt.Das Gericht berät zwanzig Minuten lang über einen erneuten Berufungsantray, lehnt ihn dann ab. Zum dritten Mal muß B. Graham in die Gaskammer zurück und wird auf den Stuhl festgeschnallt. Sie ist am Ende ihrer Kräfte, ihres Verstandes. Als das tödliche Gas aufsteigt und ihrem Schicksal ein Ende setzt, erscheint es fast als eine Erlösung. Barbara Graham wurde 1955 im Gefängnis von St. Quentin, in Kalifornien hingerichtet.Ein Tod für die Gerechtigkeit? Derartige oder ähnliche Fälle gehören keineswegs der Vergangenheit an.Fast täglich berichtet die internationale Presse von Exekutionen die rund um den Erdhall stattgefunden haben Die näheren Umstände werden meistens schamvoll verschwiegen. Und die Zahl der nicht bekannt gewordenen Hinrichtungen mag vielleicht noch viel größer sein als die der gemeldeten.

Die international bekannte Menschenrechtsorganisation AMNESTY INTERNATI-ONAL feierte am 28.April 1986 ihren 25. Gründungstag. Ein Grund zum Feiern? Bedenkt man, daß die Gründung dieser Menschenrechtsorganisation aus der Idee des britischen Rechtsanwalts, Peter Benenson, heraus geboren wurde, eine offizielle Kampagne zu starten, die ein"Schlaglicht"auf die vergessenen Gefangenen werfen sollte - und heute Amnesty International über 500000 Mitglieder und Förderer zählt - ist schon eine bemerkenswerte Tatsache. Betrachtet man jedoch die gegenwärtige Menschenrechtssituation, so muß man feststellen,daß heute - nach 25 Jahren Amnesty-Arbeit, hemmungslos brutale oder nischer Voranmeldung meist innerhalb kühlkalkulierte Menschenrechtsverletzungen noch zugenommen haben.

Amnesty International ist jedoch nicht entmutigt, sondern vielmehr in ihrer Überzeugung bestärkt worden, daß die "Krankheit unserer Zeit"an ihrer Wurzel bekämpft werden muß:die schwindende Achtung vor Würde und Leben des Men-

Aber-was tut Amnesty International eigentlich?

Amnesty International ist eine weltweite, von Regierungen, politischen Parteien, Wirtschaftsinteressen, Ideologien und Religionen unabhängige Menschenrechtsorganisation, die auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderer internationaler Abkommen handelt. Sie arbeitet für die Freilassung gewaltloser politischer Gefangener, die irgendwo in der Welt wegen ihrer Überzeugung, Hautfarbe, ethnischen Herkunft, Sprache, wegen ihres Glaubens oder ihres Geschlechts inhaftiert sind und Gewalt weder angewandt noch dazu aufgerufen haben. Amnesty wendet sich in jedem Fall gegen Folter, Todesstrafe, "Verschwindenlassen" und Hinrichtungen ohne gesetzliches oder gerichtliches Verfahren (extralegale Hinrichtungen) , Sie setzt sich für Asylbewerber ein, denen bei Abschiebung Folter oder Todesstrafe droht.Ferner spricht sich die Organisation in ihrem Mandat gegen internationalen Transfer von Waffen, Ausrüstung und Know-how für Militar-, Polizei- oder Sicherheitskräfte aus, wenn diese von den Empfängerländern dazu benutzt werden gewaltlose politische Gefangene festzuhalten Folter anzuwenden die Todesstrafe oder extralegale Hinrichtungen zu vollstrecken. AI entsendet Missionen in Gefängnisse und Lager, um sich für die Beachtung der Mindestgrundsätze der

Vereinten Nationen für die Behandlung von Gefangenen einzusetzen. Sie versucht politischen Gefangenen und ihren Familienangehörigen nicht nur materielle sondern auch moralische Unterstützung

HHHHHHHHHHHHHHHHHHHHH

Denkwürdige Nächte

Raserei.

Gedanken im Raum

аешодеп.

Ingendjemand ruft nach min meiner gedenkend,

erhittet bei min - dem Sterhlichen

Naßschwere Gedanken

in der Entkleidung.

Tanzen auf dünner

Troplen auf Tropfen

wie Stundenschlag,

sickert aus meinen Wunden

die Zeit.

Das nackte Gewissen offen

jedem gierigen Blick. Lidschlag auf Lidschlag.

Und niemand wird sein,

der meiner vergißt.

(1976)

(Gedicht des sowi. Gefangenen Nizametdin Achmetow, der seit 1966 ununterbrochen in Haft ist. Seit 1984 ist er Träger des "Rotterdam Poetry International Award" und Mitglied des französischen PEN-Clubs

Um diese so vielfältigen Arbeits- und Themenbereiche bewältigen zu können, arbeitet AI in den verschiedensten

tige Rolle dabei spielt die Gruppenarbeit in den einzelnen Ländern, die ehrenamtlich von den verschiedensten Personenkreisen -von Studenten bis zu Berufstätigen - ausgeführt wird. Kurz nach der Gründung von Amnesty International haben sich auch in Heidelberg Arbeitsgruppen konstituiert, die zu verschiedenen Ländern und Themen Aktionen zugunsten von AI durchgeführt haben. Heute zählt der Bezirk Heidelberg 10 Arbeitsgruppen, die Gefangene aus verschiedenen Ländern betreuen.Ferner gibt es Arbeitskreise, die zu verschiedenen Themen, wie Asylrecht, AI und Kirchen, Medizin-Psychologie, Kampagnen und "Urgent Actions' (spezielle Arbeitsform von AI - eine Aktion, die für bestimmte Zeit in besonders dringenden Fällen angewandt wird) arbeiten. Die ständig ansteigende Zahl an Menschenrechtsverletzungen beweist daß die

Gremien und Arbeitsgruppen. Eine wich-

bisherige Arbeit von Amnesty International nur einen "Tropfen auf den heißen Stein" darstellt und die Organisation noch mehr Hilfe benötigt, denn sie kann nur soviel weitertragen, wie ihr aus der Öffentlichkeit zufließt.

So freut sich auch der Heidelberger Bezirk über jede(n) neue(n) Mitarbeiter(in), die sich dafür einsetzen, daß Menschen, in allen Teilen der Welt, uneingeschränkt ihre Meinung äußern

Interessenten wenden sich bitte an: Elaine Griffiths (Bezirkssprecherin) Tel. HD/20497

Von:Christine Krüger

le zu erfahren. Dabei werden die Gespräche vertraulich geführt, ist jeder Mitarbeiter an die ärztliche Schweigepflicht gebunden. Es besteht nicht einmal eine Auskunftspflicht gegenüber den Krankenkassen. Außerdem sind die Bera-

tungs- und Therapiekosten durch den Sozialbeitrag, den jeder Student pro Semester bezahlt, abgegolten. Obwohl ein Zusammenhang zwischen so-

zialen Problemen und psychischen Schwierigkeiten der Studenten nicht nachgewiesen ist, scheint die schlechte Studiensituation, Massenuni, Zeitdruck, Geldmangel, ein mehr an psychischen Störungen nach sich zu ziehen. Es ist auch sehr auffällig, daß Frauen häufiger über psychische Störungen klagen, als Männer. Dies mag daran liegen, daß Frauen eher in der Lage sind ihr persönliches Leiden wahrzunehmen, aber wohl auch an dem vorwiegend von Männern geprägten Hochschulbetrieb.

Die Bereitschaft sich mit sich selbst zu beschäftigen und konstruktiv mit sich selbst umzugehen steigt. Kein Student sollte sich scheuen die Hilfe der Psychotherapeutischen Beratungsstelle

PSYCHOTHERAPEUTISCHE BERATUNGSSTELLE

Neue Schloßstr.42, 69 HD

Di. Mi. 14-16h, Fr. 11-13h.

Öffnungszeiten: Mo.Di.Mi.Do. 8.30-17h,

Fr. 8.30-16h Sprechstunden: nach lel. Vereinb.,

Tel.: 10026 Offene Sprechstunde in INF 684, 1.0G

Schwarzwurzel-Druck HD Rathausstra3e 44 06221/373579

Bei Studienstreß zur PBS Die Psychotherapeutische Beratungsstelle hilft

VON THOMAS HORSMANN

Daß mehr als die Hälfte der Studenten unter sozialen Schwierigkeiten, wie Wohnungsproblemen oder finanziellen Problemen leidet, ist weitgehend bekannt. Daß sich aber nach der 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks 87 Prozent durch psychische Schwierigkeiten, wie Arbeits- und Konzentrationsstörungen, Prüfungsangst, Selbstwertkrisen oder Kontaktängsten, sexuellen Problemen und Partner- und Pamilienschwierigkeiten, im Studium beeinträchtigt fühlen, weiß kaum jemand. Der weitaus größte Teil der Studierenden bewältigt solche psychischen Krisen selbst oder mit Hilfe von Freunden und Familie. Aber immerhin 13 Prozent glauben mit ihren Problemen so nicht fertig werden zu können. Diesen Studenten steht die Psychtherapeutische Beratungsstelle (PBS) des Studentenwerks kostenlos und unverbindlich offen.

Psychotherapeutische Beratungsstelle, das sind fünf Psychologen und Psychotherapeuten unter fachärztlicher Leitung eines Psychiaters, die sich keiner speziellen Behandlungsmethode verschrieben haben, sondern ein auf jeden Ratsuchenden genau zugeschnittenes angemessenes Vorgehen anstreben. Sie versuchen durch ganzheitliche Beträchtungsweise Sinn und Bedeutung der Störung zu verstehen.

Jeder Student, der sich an die PBS wendet, erhält ersteinmal nach telefoeiner Woche einen Termin für ein Erstgespräch. In Krisensituationen kann

auch kurzfristig ein Termin vergeben werden. Neben einer vorläufigen Klärung des Problems werden in dem Erstgespräch auch die weiteren Perspektiven besprochen. Dies können je nach Konfliktlage problemzentrierte Beratung oder Kurztherapien mit nur wenigen Sitzungen sein oder darüber hinausgehend Einzeltherapien und Gruppentherapien, die im Schnitt anderthalb Jahre dauern. Falls eine Behandlung nicht erfolgen kann, aber angeraten scheint, ist die PBS bei der Suchenach einem Therapieplatz ausserhalb der Beratungsstelle behilflich. Was dem einzelnen letztendlich empfohlen wird, entscheidet das Therapeutenteam nach gemeinsamer Beratung. Ob er dann das Beratungs- und Behandlungsangebot der Beratungsstelle nutzt, bleibt jedem selbst überlassen.

Trotz zwei- bis dreihundert Anmeldungen pro Jahr, die die PBS schon vollauf beschäftigen, wenden sich nach der 11. Sozialerhebung nicht etwa alle 13 Prozent der Studierenden, die Hilfe suchen, an die Beratungsstelle, sondern nur ganze fünf Prozent. Und wie es den Anschein hat, sind es gerade die Studenten, die besonders betroffen sind, die sich aus den verschiedensten Gründen den Therapeuten nicht anvertrauen.

Neben dem häufigsten Grund, sich nicht überwinden zu können, sachverständige Hilfe in Anspruch zu nehmen, wissen viele auch nicht, an wen sie sich wenden sollen, befürchten zu hohe Kosten oder haben Angst, als krank abgestempelt zu werden und dadurch Nachtei-